Beilage "Ein Jahr Militärdiktatur und Widerstand in Chile"

# WIR WOLLEN ALLES

NR. 19 (AUGUST 1974) J 7581 EX DM 1,50

Inhaltsverzeichnis:



Dieser Auflage liegt als Beilage ein Aufruf zur Chile-Demonstration in Frankfurt bei:
1 Jahr Militärdiktatur und Widerstand in Chile
Widerstand im Knast – Bericht einer chilenischen Genossin aus dem Gefängnis
Bericht über die Widerstandskomitees in Chile

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

*Bochum:* Proletarische Front c/o A. Röhm, 463 Bochum, Markstr.118
*Frankfurt:* Revolutionärer Kampf und Häuserrat c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202
*Hamburg:* Proletarische Front c/o Manifest Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr.79
*Hannover:* Hannoversche Fresse: c/o A. Baumert, 3 Hannover-Linden 1, Postfach 20125
*Kassel:* Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative c/o Redaktion der ‚Auseinandersetzung', 35 Kassel, Kennedy-Str.44-46
*Köln:* Arbeiterkampf c/o Heinzelhaus, 5 Köln 1, Moltkestr.27
*München:* Arbeitersache c/o Basis-Buchladen, 8 München, Adalbertstr.41b
*Nürnberg/Erlangen:* Gruppe ‚Solidarität' c/o Politladen, 852 Erlangen, Postf. 2849
*Saarbrücken:* Gruppe Rote Fahne c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176
*Zürich (Schweiz):* Klassenkampf, Postfach 108, CH-8025 Zürich

Redaktionsanschrift: Wir Wollen Alles c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202

*WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,50. Abopreis für 12 Nummern DM 18,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr. 16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 18,00 gezahlt wurde an: WIR WOLLEN ALLES, Gaiganz, Konto: 4684-852 Pscha Nürnberg.*

NO

NEIN zur kapitalistischen Lösung der Krise

NEIN zum kommunistischen Reformismus

NEIN zum Faschismus

# Klassenkämpfe in Italien

In der Geschichte der meisten Gruppen, die diese Zeitung herausgeben, spielte der Bezug auf die Klassenkämpfe in Italien und der Versuch, daraus zu lernen, immer eine zentrale Rolle. Was Inhalte und Formen der italienischen Klassenkämpfe ausdrückten, das schien uns richtungsweisend auch für die revolutionären Möglichkeiten in der BRD.

Häufig wurde uns deswegen der Vorwurf der „italienischen Illusion" gemacht: wir würden uns unkritisch berauschen, würden „übertragen" und uns so über die eigenen und die objektiven BRD-Schwierigkeiten hinwegsetzen, würden aus Italien die Legitimation unseres Spontaneismus und unserer Putzideologie importieren, würden Italien dazu benutzen, unsere Ignoranz gegenüber der Geschichte und den Notwendigkeiten der Arbeiterbewegung zu verdecken etc. In diesen Vorwürfen sind sich viele einig: KBW, KPD, die sonstigen ML-Organisationen, das Sozialistische Büro und natürlich auch die, die nunmehr seit mindestens fünf Jahre vorwärts und rückwärts durch die blauen Bände wandern, ohne irgendetwas zu kapieren.

Ein Teil dieser Vorwürfe ist sicher berechtigt: wir haben zu unkritisch und zu unmittelbar aus den italienischen Kämpfen lernen wollen. Dennoch aber sind wir nach wie vor der Meinung, daß die italienischen Klassenkämpfe in einem bestimmten Umfang richtungsweisend sind. Eine Diskussion darüber einzuleiten, ist Aufgabe dieser Nummer der WIR WOLLEN ALLES.

*Der Bruch mit dem kommunistischen Reformismus*

Seit der vorfaschistischen Zeit, d. h. seit der Zeit der III. Internationale, hatte die westeuropäische Arbeiterbewegung keine offensive und revolutionäre Perspektive mehr. Die Fragen des Angriffs, der Macht, der Zerschlagung des bürgerlichen Staates, seiner Institutionen und Ideologien spielten in der kommunistischen Bewegung praktisch keine Rolle mehr, die Bewegung war im Grunde genommen pazifistisch. Und schlimmer noch: es ist die bittere Erfahrung dieser Arbeiterbewegung, daß es dem Kapital gelungen ist, diese Bewegung zu einem Motor seiner eigenen Entwicklung zu machen.

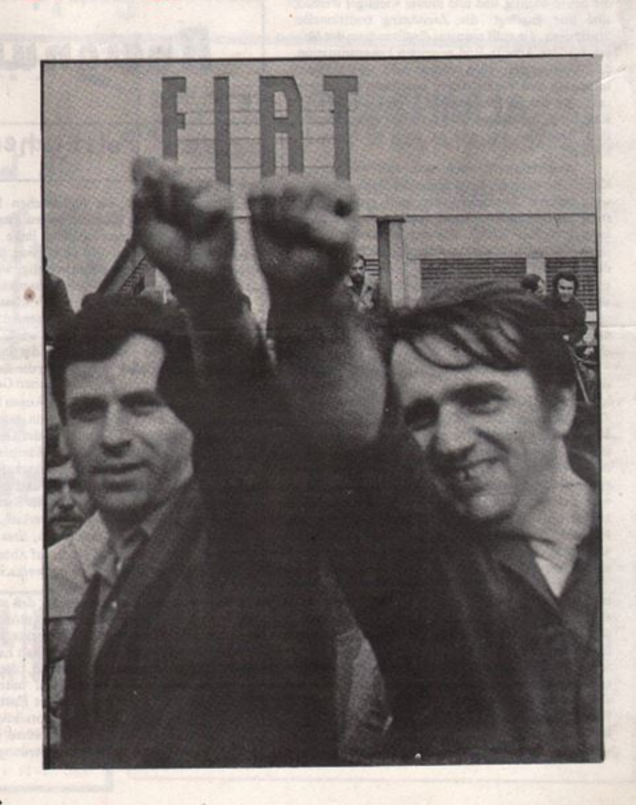
Der offene Ausbruch der proletarischen Kämpfe in Italien seit 1969 ist – neben dem französischen Mai – das erste praktische Beispiel in den kapitalistisch-demokratischen Ländern Europas dafür, das dieses Erbe überwunden werden kann. Und das nicht durch den Versuch, an die Tradition der alten Arbeiterbewegung anzuknüpfen und deren „Entartung" rückgängig zu machen – sondern durch neue praktische Antworten auf die veränderte Klassenzusammensetzung, auf die veränderten kapitalistischen Bedingungen.

Kampf gegen die Arbeit, gegen die Trennung von politischem und ökonomischem Kampf, gegen die Gewerkschaften, gegen jede Delegation – das sind sicher nur Tendenzen, aber wesentliche und perspektivenreiche, weil sie eine Antwort auf die heutige kapitalistische Realität darstellen. Es geht nun nicht darum, deswegen die italienischen Klassenkämpfe zu bewundern wie ein glückliches, aber im Grunde unerreichbares exotisches Beispiel. Vielmehr muß man sich die Fragen stellen:

Warum konnten sich in Italien (und nicht in anderen Ländern) die proletarischen Kämpfe so zuspitzen? Was sind die objektiven Gründe? Worin weisen sie eine Tendenz auch für die BRD? Aber auch: wo liegen ihre objektiven Schranken? Wo können sie für die BRD nicht richtungsweisend sein?

*Warum gerade Italien?*

Da gibt es zuerst eine oberflächliche Erklärung: die starke antifaschistische Tradition in Italien. Es gab – ganz anders als z. B. in Deutschland – einen offensiven antifaschistischen Partisanenkampf, der nicht ein Kampf für die bürgerliche Demokratie, sondern für den Sozialismus war. Diese Bewegung wurde nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes politisch und militärisch entwaffnet – das war der einzige Garant dafür, daß sich die kapitalistischen Interessen wieder durchsetzen konnten. Diese Niederlage war exemplarisch: sie zeigte deutlich die Aussichtslosigkeit der kommunistischen Strategie (PCI), die aufs breite demokratische (in diesem Fall: antifaschistische) Bündnis setzt, um so schrittweise ihre Ziele durchzusetzen. Die Niederlage zeigte, daß hier nicht kommunistische Hilflosigkeit oder Arglosigkeit versagt, sondern daß es sich hier um einen Klassenkompromiß handelt, der zur Folge hat, daß eben diese kommunistische Partei, deren Mitglieder am entschlossensten den antifaschistischen bewaff- → S.2



Fortsetzung v. S. 1

neten Kampf führten, plötzlich eine kapitalistische Politik gegen die Arbeiter macht – solange, bis sie aus der Regierungsverantwortung gekippt wird, weil die anderen das dann alleine besorgen können. – Das Bewußtsein von dieser Niederlage und von ihren Gründen ist nicht vergessen worden.

Das ist aber nur ein Grund. Der wesentlichste liegt woanders: in der Struktur des Landes. Italien ist von den kapitalistisch-demokratischen Ländern in Europa das bei weitem unterentwickeltste – es befindet sich zu Teilen am Rande der Unterentwicklung, wie sie Länder der Dritten Welt kennzeichnet. Dieses Land enthält – in einer Nation! – beides: entwickelten Kapitalismus im Norden und Unterentwicklung im Süden. Was Jahre später der wesentliche Motor für die Entwicklung und Radikalisierung von Kämpfen in der BRD führte, die Emigration, vollzog sich auch hier: aber nicht von Land zu Land, sondern **innerhalb eines Landes**. Die Kämpfe der Emigranten hier sind gekennzeichnet von einem Moment, das in allen bedeutenden Kämpfen in hochentwickelten kapitalistischen Situationen auftaucht: es kämpft nicht eine einige, geschlossene Arbeiterklasse, die ideologisch von der Notwendigkeit des Kampfes und auch von der Notwendigkeit, möglichst breite Schichten in den eigenen „berechtigten" Kampf hineinzuziehen, überzeugt ist. Es kämpft vielmehr diejenige proletarische Schicht, die – auch von Geschichte und eigener Kultur her – der neuen Arbeitssituation am fremdesten gegenübersteht, die nur noch die Ablehnung kennt und sie in ihren Kämpfen artikuliert: radikal gerade darin, daß sie – erst einmal – nicht die geringste Rücksicht auf das breite Bündnis nimmt, nicht sofort mit der großen Angst vor der **Spaltung** kommt, die in Wirklichkeit die Angst der etwas Bessergestellten davor ist, daß Interessen und Bedürfnisse wirklich bis in ihre radikalste Wurzel hinein verfolgt und vertreten werden. Alle diese Kämpfe (am deutlichsten wohl die nordamerikanischen!) haben gezeigt, daß die Spaltung eine reale ist, daß sie nicht mit Phrasen von Einheitlichkeit und notwendiger Geschlossenheit zu überwinden ist (das läuft im Grunde genommen nur auf kommunistisches Verantwortungsbewußtsein für den Kapitalismus hinaus), sondern nur dadurch, daß diese Interessen der Ausgepreßtesten und Entwurzelsten auch radikal subjektiv verfolgt werden: erst das kann die Basis einer neuen Einheit sein, die nicht den kommunistischen Kompromiß will.

In Italien gab und gibt es diese Spaltung auch: zwischen den angestammten, meist Facharbeiter des Nordens und den zugewanderten Emigranten aus dem Süden, denen die Fabriksituation völlig neu war und die zugleich an die schrecklichsten Arbeitsplätze kamen, die der Kapitalismus entwickelt hat. Daß diese Emigranten 1969 ihre Interessen radikal und ohne Rücksicht auf die angestammten Arbeiter, die weithin den traditionellen Gewerkschaften verhaftet waren, vertreten haben – darin liegt die Sprengkraft dieser Kämpfe.

Aber diese Spaltung sieht in Italien auch anders, spezifisch aus: sie verläuft in einem Land, einer Nation, unter Leuten, die die gleiche Sprache sprechen, fest in der gleichen kulturellen Tradition stehen, den gleichen Papst haben etc. Die italienische Situation stellt also zweierlei dar: auf der einen Seite den entwickelten Kapitalismus mit seinen entwickelten Kampfbedingungen und -realitäten. Was sich hier abspielte war also ein Vorgriff auf eine gesamtkapitalistische Entwicklung, das Neue sozusagen in Kleinform oder Keimform. Alle Momente, die heute wichtig sind und immer wichtiger werden, sind hier angelegt: die Zerstörung traditioneller Strukturen, die vollkommene Entfremdung der Massen von der Arbeits- und gesamten Lebenssituation, das Aufeinanderprallen vorerst sehr verschiedener Interessen und Vorstellungen **innerhalb** des Proletariats. All das ist hier angelegt – aber eben nur in Keimform, in unentwickelter, nicht zugespitzter Gestalt. Und das war und ist auch der Motor der Kämpfe.

Andererseits – eben weil sich das alles in Keimform, in einem Land und einer Nation abspielt, wird dieses Aufeinanderprallen auch gemildert, besteht eine integrative Kraft (nicht im unmittelbar kapitalistischen Sinne). Die zugewanderten Süditaliener im Norden sprechen die gleiche Sprache wie die Angestammten, sie haben die gleiche Kultur etc.: daher ist ein ungeheuer starkes objektives Potential da, wieder zu vereinheitlichen, wieder Klasseneinheit herzustellen, damit der Nordstaatler mit dem Südstaatler gemeinsam und für die gleiche Sache kämpft.

Das ist nicht gemeint als Abbiegen und vorschnelles Wiederversöhnen, sondern es ist erstmal nur eine objektive Gegebenheit. Die Elemente des Zusammenpralls sind alle da – es sind aber auch die Momente der Wiedervereinigung da, so wie es sie nur in Italien gibt. Anderswo – d. h. in den viel weiter durch die kapitalistische Mühle gelaufenen Ländern – wird sich das sicher nicht wiederholen, hier wird der Zusammenprall viel härter sein: das wird zukünftige kapitalistische Realität sein, die sich im Ford-Streik angekündigt hat und die es noch viel weiter entwickelt in den USA gibt: hier werden wir in Zukunft lernen müssen!

„Lotta Continua" wird heute nicht müde, immer wieder zu betonen, daß die Einheit aller proletarischen Schichten noch nie so groß war wie heute: und da ist sicher auch was dran (Norditaliener - Süditaliener, Junge - Alte, Männer - Frauen, Arbeitende - Arbeitslose, Arbeiter - Bauern etc.). Sicher sind Einheit und Geschlossenheit eine wichtige Sache – nur muß man ein altes kommunistisches Goldkalb schlachten: diese Einheit ist nicht moralisch herzustellen. Wer immer nur an erster Stelle „Einheit!" sagt, der nivelliert den widersprüchlichen und sehr langwierigen Prozeß, in dem diese Einheit hergestellt wird. Ein Prozeß auch, der völlig neue Formen von Kampf und Organisierung hervorbringen wird.

### *Die revolutionären Gruppen – fünf Jahre danach*

Die Geburtsstunde der Gruppen fiel zusammen mit dem Aufbrechen der Arbeiterkämpfe, in denen sie eine vorwärtstreibende Rolle spielten. Aus Italien sagte man uns immer: bei uns gibt es keine Probleme im Verhältnis der Arbeiterbewegung und ihrer Gruppen zu den Organisationen der revolutionären Linken. Beeindruckt waren wir da – wir mit unserem ewigen Problem Student/Arbeiter, mit unseren Erfahrungen vor den Werkstoren; und wir waren immer auch ein bißchen mißtrauisch.

Heute sehen wir klarer. Es gab diese Zusammenarbeit und sie war gut, weil hier zwei Bewegungen mit revolutionärer Kraft zusammenkamen und die Arbeiter die Revolutionäre einfach brauchen konnten. Das war punktuell, enthielt aber auch eine Perspektive (und enthält sie heute noch) – nur: problematisch ist dieses Verhältnis jetzt auch geworden. Das ist kein Triumph für uns: weil wir an die Abnützung glauben, weil wir gegen Organisation an sich, für Autonomie an sich sind. Problematisch ist dieses Verhältnis geworden in dem Maße, wie sich zeigte, daß auf der einen Seite der Arbeiterkampf in Italien heute seine eigene autonome Kraft hat und sich weiterentwickelt, auf der anderen Seite aber – gerade auch wegen des Problems Entwicklung/Unterentwicklung – die Perspektive und die nächsten Stufen dieses Kampfes völlig unklar sind. Was die Gruppen heute machen und sagen, ist ein Ausdruck davon.

### *LOTTA CONTINUA oder Der Himmel der Politik*

Kennzeichen der Kämpfe nach 1969 ist: Weiterentwicklung und Stagnation. Das heißt: es gelang den Arbeitern, neue und radikale Forderungen aufzustellen, militante Kämpfe darum zu führen, auf immer höherem Niveau, die bürgerlichen Regierungen – und d. h. die kapitalistische Verwaltung und Beherrschung des Landes – in die Krise immer größerer Instabilität zu stürzen – auf der anderen Seite aber war und ist völlig unklar, wie der Angriff einen qualitativen Schritt weitermachen kann.

„Lotta Continua" fand ihren Weg aus diesem Dilemma: anfangs eine Gruppe in der Bewegung, stellte sie später die revolutionären Fragen von außen an die Bewegung. Die Frage ist nicht: welches Potential steckt in der Bewegung, wie kann was aus der Bewegung kommen? Sondern: Wie kann die Bewegung weitergebracht, zusammengefaßt, vereinheitlicht, zugespitzt werden? Unter der Hand wurde das zur entscheidenden Ebene der Auseinandersetzung – von ihr aus werden Fragen und Aufgaben an die Bewegung, ihre Avantgarden gestellt.

Die autonomen Komitees von Alfa Romeo und Sit Siemens sagen dazu ganz einfach: hier hat sich unter der Hand die alte Trennung in politischen und ökonomischen Kampf wieder eingeschlichen; die Organisation stellt die Fragen der Gesamtbewegung, die einzelnen Organismen haben sich dazu zu verhalten (wollen sie noch ernstgenommen werden): die politische Linie kommt nicht mehr allein aus der Bewegung. So verstärkt sich die Tendenz, Widersprüche zu nivellieren, immer nur das vereinheitlichende Vorantreiben zu propagieren (das in der italienischen Situation allerdings eine teilweise Begründung hat). Wo die Bewegung selbst augenblicklich nicht vorankommt, wird sie zu einem scheinbaren Angriff auf der Ebene der bürgerlichen Politik zusammengefaßt.

### *POTERE OPERAIO oder Die Arbeiterklasse braucht keine Propagandisten der bloßen Tendenz*

Potere Operaio ist nie der Gefahr erlegen, an der Stärke der Bewegung zu verzweifeln und so den Weg der Realpolitik zu beschreiten. Im Gegenteil: Keine Gruppe hat klarer als sie die Tendenz der Kämpfe analysiert: den Kampf gegen Arbeit und Produktivität, die Frage der Macht und der Bewaffnung. Und sie hat sich nur noch auf der Ebene dieser Tendenz bewegt: sie bezog sich nicht auf den widersprüchlichen Prozeß, in dem allein sich diese Tendenz durchsetzen kann (nur so hätte sie Einfluß haben können auf die Bewegung), sondern auf die Tendenz an sich. Ihre Tätigkeit war die Propaganda.

So hat sich diese Gruppe (der Lotta Continua den Vorwurf gemacht hat, daß sie nicht in der Bewegung, sondern, von der Bewegung getrennt, einen Schritt voraus sei) selbst aus der Bewegung herauskatapultiert und zur praktischen Bedeutungslosigkeit verurteilt; sei hat sich aufgelöst.

### *DIE COLLETIVI POLITICE OPERAI*

Aus dem unterschiedlichen Scheitern dieser beiden Gruppen haben eine Reihe von Genossen und kleinen Gruppen eine politische Konsequenz gezogen. Sie sagen: Es ist heute nicht die Zeit, daß sich die Revolutionäre in Gruppen organisiert der Bewegung mit dem Anspruch der Zusammenfassung und Avantgarde gegenüberstellen – das muß ein Akt über die Bewegung hinweg bleiben, der die Momente, Elemente und Avantgarden der Bewegung (mit ihren Widersprüchen) nivelliert. Sie sagen: Die Perspektive der Bewegung muß einzig und allein aus der Bewegung heraus kommen, sie nennen das **Arbeiterleitung.**

Das ist an sich eine Banalität – wird aber wichtig angesichts des entwickelten Organisationslebens in Italien und wird richtungsweisend, wenn man sich vergegenwärtigt, was die notwendige Tendenz der Zukunft sein wird: allein das Ausloten der Interessen und Bedürfnisse der **verschiedenen** Schichten, wie sie sich in Kämpfen artikulieren, weist eine revolutionäre Perspektive: die Revolutionäre dürfen sich nicht auf die Seite des abstrakt vereinheitlichenden Gesamtgewissens des Gesamtproletariats stellen, sie müssen sich auf die Seite der verschiedenen Kämpfe stellen, müssen fragen, wie sie von sich aus die Perspektive der Weiterentwicklung erhalten, wie von da aus erst die Frage der neuen proletarischen Klasseneinheit angegangen werden kann. Es sind also die Fragen auch der Bewaffnung der Bewegung, der Macht.

Die revolutionäre Linke in Italien ist schwach, trotz einer ungeheuer starken Bewegung. Und da ähnelt sie sie einmal der revolutionären Linken in der BRD! Das ist nicht hämisch gemeint, es verweist vielmehr auf ein zentrales Problem: daß die Revolutionäre in den kapitalistischen Ländern insgesamt noch keine Antwort auf die Fragen der Organisierung und Perspektive wissen. Eines aber ist klar: Die hoffnungslose Krise der Sorte von revolutionären Organisationen, die – zwar an der Bewegung beteiligt, aber außerhalb dieser organisiert – die Bewegung zusammenfassen, ihr die Perspektive weisen wollen; solche Organisationen müssen sich mit Notwendigkeit von den zentralen Problemen des Kampfes wegentwickeln.

Die neuen Formen von Organisation, Entwicklung von Theorie und Kampfinhalten und -formen müssen aus der Bewegung heraus kommen und von ihr diktiert sein. Der Kampf gegen die Verwaltung, gegen die Hierarchie, gegen die Delegation wird konsequent sein: er war nicht eine Kinderkrankheit der neuen Massenkämpfe, sondern ein wesentliches Merkmal der neuen kommunistischen Bewegung, der es um die Befreiung geht.

Diese Zeitung ist wesentlich geprägt von den Beiträgen der Colletive Politice Operai (CPO), der Brigate Rosse: nicht, weil wir jetzt hier die repräsentativen italienischen Organisationen gefunden zu haben glauben, sondern weil sie – bei aller Schwäche, die sie z. T. leider noch verbergen (z. B. die Brigate Rosse) – in einem Punkt von einer wichtigen Aussage ausgehen: die revolutionäre Perspektive kommt aus den einzelnen, heute noch widersprüchlichen Momenten und Teilen der Bewegung heraus – oder sie kommt gar nicht; sie kann nicht in die Bewegung hineingetragen werden. Die Genossen stellen die Frage von Avantgarde und Massen radikal neu – nicht bestimmt vom Überlebensinteresse der Organisationen, sondern von den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der proletarischen Kämpfe aus.
Vogliamo tutto!
WIR WOLLEN ALLES!

# "Organisierte Autonomie" und Aneignungskampf

Ein ergrimmter Revolutionär mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der KPI

## Die "Politischen Arbeiterkollektive"

Die Erfahrungen der italienischen Klassenkämpfe haben seit 1969 vor allem wegen ihrer neuen Qualität die ganze westeuropäische linke Diskussion beeinflußt. Heute ist die Diskussion über die italienische Sitation vor allem wichtig, weil sich an der Entwicklung der dortigen Klassenkämpfe das Verhältnis zwischen autonomer Klassenorganisation und Reformismus richtungsweisend diskutieren läßt, einem Reformismus, der nicht wie in der BRD oder in der Schweiz vor allem durch die Sozialdemokratie verkörpert wird, sondern durch die Kommunistische Partei und die mit ihr verbundenen Gewerkschaften.

Man muß sich dabei vor Augen halten, daß die Arbeiterautonomie in Italien in einem mehr oder weniger engen Verhältnis mit der Gewerkschaft gewachsen ist. Auch die großen Kämpfe 1969 standen im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Terminen (Tarifrunde). Die Kämpfe sind zwar immer wieder über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausgegangen und sie haben die Gewerkschaft auch zu einer Radikalisierung gezwungen, aber bis heute gibt es wenig Fabrikkämpfe (auch auf Abteilungsebene!), die nicht irgendwie an gewerkschaftliche Termine gebunden gewesen wären.

Realität ist zum Beispiel, daß autonome Organismen wie die ‚Assamblea Autonoma' bei Alfa Romeo ihre Intervention in direktem Bezug auf Gewerkschaftsplattformen entwickelt haben, indem sie vorwärtstreibende Forderungen, die die Gewerkschaft aufgenommen hat, voll unterstützt haben, während sie gegen den Rest der Plattform entschieden opponierten und Gegenvorschläge durchzusetzen versuchten. Wie wir noch sehen werden, ist die ganze Diskussion über die Abteilungskomitees eng an diese Problematik gebunden, insofern nämlich, als die Genossen der „organisierten Autonomie" neue Wege zu finden versuchen, die die Arbeiterautonomie auszudrücken vermögen.

Um diesen Erfahrungen nachzugehen, sind wir gezwungen, die Diskussionen innerhalb der sog. „organisierten Autonomie" zu verfolgen, die in engem Zusammenhang mit der Auflösung zweier politischer Gruppen steht, die nach dem heißen Herbst '69 entstanden waren („Potere Operaio" und „Gruppo Gramsci").

Autonome Arbeitergruppen gab es zwar seit Ende der 60er Jahre in sehr vielen italienischen Fabriken gegeben. Sie standen zumeist in engem Kontakt mit einer der politischen Gruppen. (Zu den beiden nicht aufgelösten sind vor allem noch „Lotta Continua", „Il Manifesto" bzw. jetzt: „Partito dell' unita Proletaria" und „Avangurdia Operaia" zu rechnen.)

Die Stellung der verschiedenen Gruppen zu den autonomen Arbeiterorganismen hat sich unterdessen entscheidend verändert. Während sich „Potere Operaio" und „Gruppo Gramsci" mit dem Ziel einer Verstärkung der „organisierte Autonomie" aufgelöst haben und keine politische Arbeitsteilung zwischen Gruppe und Arbeiterorganisation mehr aufkommen lassen wollen, versuchen die übrigen Gruppen immer deutlicher, die Arbeiterorganismen als „Basisorganismen" ihrer jeweiligen Parteien bzw. Parteiansätze zu behandeln. Der autonome Vorschlag kritisiert diese Entscheidung der Gruppen, sich endlich als „Partei" zu organisieren, weil diese Entscheidung ein mehr oder weniger deutliches Abrücken von den Inhalten und den Kampfformen der Arbeiterautonomie mit sich gebracht habe.

Um also die Entwicklung in den letzten Monaten besser verstehen zu können, haben wir anhand von Texten der „Collettivi politice operai" (CPO) einen Artikel zusammengestellt, der als Zusammenfassung einer Diskussion zu verstehen ist, wie sie seit einigen Monaten vor allem in der Zeitschrift ROSSO geführt wird. Die CPO sind aus der Auflösung des „Gruppo Gramsci" hervorgegangen. Zu den autonomen sind aber auch die „Assemblee Autonome" (Autonome Versammlungen) und die „Comitati politice" zu rechnen, die in mehr oder weniger engem Zusammenhang mit „Potere Operaio" gestanden haben. Diese autonomen Arbeiterorganismen bestehen vor allem in den Automobilfabriken Mailands und in der chemischen Industrie in Porto Marghera (Veneto), aber auch in verschiedenen anderen Fabriken Nord- und Süditaliens.

Seit einigen Monaten diskutieren sie gemeinsam in der Zeitschrift ROSSO, wobei nicht unwichtig zu erwähnen ist, daß in dieser Zeitschrift, die sich als „Zeitung in der Bewegung" versteht, neben der Schüler- und Studentenbewegung vor allem auch die Frauenbewegung und die Familien- bzw. Sexprobleme diskutiert werden. Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß sich eine bedeutende Bewegung in Italien offen zu diesen Fragen bekennt.

Am 25./26. 5. 1974 hat sich die „organisierte Autonomie" zum ersten Mal zu einer gemeinsamen Koordinierungsdiskussion zusammengefunden.



## "Organisierte Autonomie"....

# CHI HA PAURA DI CHI?

**Wer hat Angst vor wem?**

(Lotta Continua, einstmals)



*1. Die Fiat-Besetzung 1973*

Die autonome Fiat-Besetzung 1973 (kurz vor dem Vertragsabschluß!) war eine Zusammenfassung eines mehr oder weniger auseinandergerissenen Arbeiterverhaltens in den großen Fabriken, das über Jahre hinweg immer wieder die grundsätzliche Ablehnung der Arbeit durch die Arbeiter ausgedrückt hatte. Die tägliche Arbeitsverweigerung: der Absenteismus, die Auseinandersetzungen mit den Meistern, die Kämpfe gegen das Arbeitstempo, für die Verkürzung der Arbeitszeit, für mehr Lohn, aber auch einen weniger aufgegliederten Lohn, gegen gesundheitsschädliche Arbeit und gegen die Schichten usw., all das war Kampf gegen die Arbeit. Aber nicht in dem Sinne, daß die Arbeiter mit der Parole „Nieder mit der Arbeit" durch die Fabrik maschiert wären. Der Kampf gegen die Arbeit war nur die Tendenz, die sich in diesen Kämpfen ausdrückte: nicht das Verlangen nach einer besser organisierten und befriedigenderen Arbeit, sondern das Verlangen nach mehr Leben und möglichst weniger Arbeit.

Sicher: diese Tendenz in den Kämpfen als bewußtes Massenprogramm durchzusetzen, das ist erst noch zu leisten. Aber ebenso sicher ist, daß es ohne diese Interpretation der Kämpfe keine kommunistische Perspektive gibt. Die Fiat-Besetzung 1973 hat sich auch deutlich von den Kämpfen der italienischen Berufsarbeiter 1920 unterschieden, die das Ziel einer Befreiung der Arbeit in der Arbeit und einer ausgeglicheneren ökonomischen Entwicklung verfolgten.

Deshalb schreiben die CPO: **„Die Arbeitermacht will sich alles nehmen, um das Leben und die Arbeit für das Überleben zu beendigen; sie will leben, um die Bedürfnisse, die in der Geschichte der Menschheit entstanden sind, zu befriedigen, und sie will in erster Linie die Zerstörung der Arbeit, die vom Kapital bereits zu einem bloßen Anhängsel der Maschinerie reduziert worden ist."**

**„Dieses neue strategische Prinzip unterscheidet das kommunistische Arbeiterprogramm von heute wesentlich von der ganzen Tradition der Dritten Internationale. Wenn auch nur implizit, so wurde es doch von den Fakten und von der Realität der Bewegung bestätigt: Deshalb nähert sich die unmittelbare und taktische Verhaltensweise immer mehr dem strategischen Ziel an."**

Was heute also zählt, ist nicht die Vertuschung und Verheimlichung der realen Schwierigkeiten der revolutionären Bewegung, z. B. durch die Instrumente des Reformismus, sondern das sichere Wissen um die **Tendenz**, ohne das man sich notwendigerweise in den Schwierigkeiten verstricken muß.

*2. Die militanten Arbeiteraktionen 1974*

Die militanten Arbeiteraktionen im Februar dieses Jahres (vgl. Berichte) haben aber auch gezeigt, daß die Bewegung ohne die massenhafte Gewalt nicht mehr weiterkommt. Die Arbeitergewalt gegen die Fabrikhierarchie, gegen das bürgerliche Eigentum und den Staat sind zu einer unabdingbaren Notwendigkeit geworden, um die Bewegung weiterzuentwickeln. Es kann und muß dies auch heißen, Gewalt der Avantgarden zu praktizieren, sofern diese in Zusammenhang mit der Entwicklung der Bewegung steht.

*3. Die neue Rolle der Reformisten*

Doch die dritte neue Tatsache ist eine Verwandlung des Reformismus, eine Verwandlung der Rolle von Gewerkschaft und KPI. Denn genau sie sind es, die sich immer umfassender gegen das neue strategische Prinzip des Arbeiterkampfs wenden. Wie wir noch sehen werden, treffen sie sich damit auch immer mehr mit den Absichten der Unternehmer; ja, sie sind die einzige Überlebenschance der Unternehmer geworden.

Der Ausgangspunkt der Reformisten ist ihr Argument, daß ein Andauern der Auseinandersetzungen die ökonomische Krise verschärfen wird und damit einerseits die Arbeitslosen und andererseits die von der Krise betroffenen Mittelschichten in die Arme der Reaktion treiben wird. Dieser Fehler sei schon in den 30er Jahren gemacht worden. Heute müsse er unter allen Umständen vermieden werden.

Ihr Vorschlag sieht deshalb so aus: Lohnerhöhungen ja, aber nur, wenn sie mit einer Produktivitätssteigerung gekoppelt werden, und außerdem auch nur in den großen Fabriken. In den kleinen Fabriken würden die Unternehmer dadurch zu stark gefährdet. Außerdem müßten die Lohnerhöhungen auch an eine Ausweitung der Produktion (Investitionen im Süden) gebunden werden. Der individuelle Konsum überhaupt soll zu Gunsten verstärkter Staatsausgaben verringert werden, damit die Reorganisation und der Ausbau der Infrastruktur (Wohnungsbau, Transport, Energie, Gesundheitseinrichtungen usw.) und die Rettung der Landwirtschaft verwirklicht werden könne. Außerdem soll die „antisubversive Gewalt" des Staates voll funktionieren, d. h. die Faschisten, aber vor allem auch die „Roten Brigaden" und andere Formen organisierter Gewalttätigkeit der Linken sollen zerschlagen werden.

*Der Putsch ist schon gelaufen*

Wenn wir nun bedenken, wieweit sich die Gewerkschaften und die KPI mit ihrer Politik schon real durchgesetzt haben, so wird auch verständlich, weshalb die Genossen der „organisierten Arbeiterautonomie" davon ausgehen, daß der Putsch, vor dem sich ganze Reihen der Linken so stark fürchten, schon gelaufen ist. Es ist allerdings nicht der Putsch der Faschisten, sondern der Putsch der Gewerkschaften. Denn alle wesentlichen Maßnahmen der letzten Zeit – die Kredit- und Steuermaßnahmen, die Investitionspolitik der großen Unternehmer, die staatliche Repression, die Ratifizierung von Restrukturierungsplänen der Infrastruktur usw. – sind direkte Ausdrücke der gewerkschaftlichen und kommunistischen Politik, die von der Regierung akzeptiert werden mußten. Die ganze Krisenpolitik des italienischen Staates wird von der reformistischen Arbeiterbewegung mitverwaltet.

*Ein Wendepunkt für die Unternehmer*

Diese immer engere Zusammenarbeit von reformistischer Arbeiterbewegung und Unternehmern ist für die Unternehmer aber auch die einzige Möglichkeit, aus der Krise herauszukommen.

Es geht vorerst einmal darum, das Defizit der Zahlungsbilanz auszugleichen, das nur ein Ausdruck der oben angegebenen Veränderung der Kräfteverhältnisse im Weltmaßstab ist. Die Instrumente hierzu sind die Steuererhöhungen und die Kreditbeschränkungen, Maßnahmen also, die die inländische Nachfrage senken. Aber dies ist bloß ein chirurgischer Eingriff, der die Krankheit selbst nicht heilt.

Wir haben die Restrukturierung der sozialen Kontrolle über die Arbeitskraft bereits erwähnt, die einerseits den Wert der Arbeitskraft senken soll, indem die gesellschaftlichen Einrichtungen rationalisiert und an die diesbezüglichen Arbeiterbedürfnisse Konzessionen gemacht werden, und andererseits die Einkommen der Mittelschicht und der Bürokratie schmälern soll. Wir kommen aber erst jetzt zum entscheidenden Punkt: zur Kontrolle der Arbeiterklasse.

Die Unternehmer müssen irgendwie mit der wachsenden Vereinheitlichung fertigwerden, die der Kampf der Arbeiter und Proletarier in- und außerhalb der Fabrik in diesen Jahren erreicht hat.

Unternehmer wie Gewerkschaft sind „bereit" (d. h. sie müssen), in den großen Fabriken in einige Lohnaufbesserungen einzuwilligen, solange sie als Gegenleistung „mehr Arbeit" herausholen können. Dieses Verhalten erklärt die Verträge in den stärksten Fabriken (Fiat, Alfa, Montedison) und das, was ihnen folgte: das gewerkschaftliche Schweigen zu den Einstellungsstops und den Versetzungen, aber auch zu neuen Arbeitszeitregelungen, die die Produktion ausgeglichen bzw. erhöht haben.

Dieses Verhalten erklärt aber auch das gewerkschaftliche Ziel, das von den Unternehmern im wesentlichen akzeptiert wird, mit dem Instrument der Lohnstufen, mit dem Lohn also, neue Arbeiterschichten einzuführen, die sich wieder mit der Arbeit identifizieren: die „neue Professionalität". Dies ist nämlich die wirkliche Bedeutung all der neuen Experimente: der Mini-Fließbänder, der Aufgabenerweiterung und -bereicherung, der homogenen Gruppenarbeit, aber auch der Ausweitung von Automatisierungsprozessen, die überall dort eingesetzt werden, wo der Kampf am stärksten ist.

Es soll eine neue Arbeiterschicht eingeführt werden, die die Rolle des Produktivitätsmotors zu übernehmen hat.

Zur Hierarchisierung in der Fabrik, zur Linie „mehr Lohn für mehr Arbeit", die in den großen Fabriken praktiziert wird, tritt die Spaltung zwischen den Fabriken mit großer Arbeiterstärke und den Fabriken mit weniger entwickelter Arbeiterautonomie hinzu, die zum ewigen Waffenstillstand verdammt werden.

Doch nicht genug damit: die Spaltungspolitik wird auf das ganze Proletariat ausgeweitet. Die jungen Arbeitslosen und die Pensionierten, die Heimarbeiterinnen und die Hausfrauen, alle diese proletarischen Schichten werden gegeneinander ausgespielt, ohne ihnen je eine Verallgemeinerung ihrer Kämpfe zu ermöglichen und ihre Bereitschaft zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit dem Staat in einen effektiven Angriff umzusetzen. Die Gewerkschaften beschränken sich darauf, ihnen einerseits Unterstützungen zu organisieren, damit ein Anschein von „Verhandlung" gewährleistet ist, und andererseits schlagen sie die völlig betrügerischen und utopistischen „politischen Preise" vor, die angesichts einer Inflationsrate von 20 %, angesichts des Preisstopps und des realen Mangels an gewissen Waren ohne jeden Sinn sind.

*Die revolutionäre Perspektive: Aneignung*

Die CPO meinen deshalb: **„Wir glauben, daß die Praxis, die verschiedenen Ausdrucksformen der Parole des garantierten Lohns, die Ebene darstellt, auf der sich die Kämpfe verallgemeinern und vereinheitlichen, eine Praxis, deren Ausgangspunkt die Fabrik und der Arbeiterlohn ist."**

Dies bedeutet offensichtlich nicht, mechanisch die Parole „Lohn für alle" aufzustellen mit dem Hintergedanken, die Gewerkschaft damit zu Verhandlungen mit der Regierung zu bringen (was die einzig realistische Methode wäre, um diese Forderung voranzubringen).

**Garantierter Lohn außerhalb der Fabrik bedeutet dazu überzugehen, sich die Waren nehmen; bedeutet, die Aneignung durchzuführen. Diese Parole, die wir in der Fabrik schon öfter gehört haben, wird heute durch erste bahnbrechende Erfahrungen wirksam umgesetzt, die in der Bewegung beweisen, wie diese Parole die Kämpfe auf eine höhere Ebene im Angriff gegen das Eigentum und den Staat heben kann.** (Die Möglichkeit, diese Parole aufzustellen, rechtfertigt sich auch aus den Erfahrungen mit den Häuserbesetzungen in Rom und Mailand. Historisch ist sie in den Kämpfen in Amerika in den letzten Jahren und in Italien 1919 und 1920 entstanden.)

**Mit der Verweigerung der Arbeit, die sich im systematischen Kampf gegen die Arbeit organisiert, mit dem egalitären Kampf gegen die Hierarchisierung und Spaltung, mit dem Aneignungskampf entwickelt sich eine ganze politische Perspektive, die im völligen Gegensatz zu derjenigen der Gewerkschaften steht.**

*Strategischer Ausgangspunkt der Organisation*

Eine Politik, die die konsequentesten Inhalte der Arbeiterkämpfe weitertreibt, die gleichzeitig eine Abspaltung der politischen Theoriebildung vom eigentlichen revolutionären Kampf verhindern will, muß ihren Weg zurück nehmen auf die Punkte, wo die Einheit von Kampf, Theorie, Strategie sich bilden kann: auf die Abteilung im Betrieb (und sich nicht nur im Himmel der Politik aufhalten).

Organisatorisch hat die Gewerkschaft die Fabrikdelegierten in der letzten Zeit entmachtet, indem sie ihnen z. B. die Kontrolle über die Abteilungsversammlungen weggenommen hat. Somit stellt sich das Problem, auf dieser unmittelbarster Ebene der Arbeiterkämpfe: in den Abteilungen, Instrumente zu finden, die den Kampf gegen die Arbeit adäquat vorantreiben können, noch viel dringlicher.

Die „organisierte Autonomie" schlägt die autonomen Abteilungskomitees vor, nicht weil sie ihre Kräfte weiter zersplittern will, sondern gerade weil es nunmehr absolut notwendig geworden ist, die autonome Organisation und die Linie gegen die Gewerkschaften so direkt wie möglich mit der Tendenz in den Kämpfen zu verbinden, die von der Gewerkschaft immer offener unterdrückt wird. Die autonome Organisierung der Arbeiterziele findet aber auch auf dieser Ebene das effektivste Feld, die Militanz der Kämpfe weiterzuentwickeln, die Gewalt der Arbeiter zu organisieren.

All das heißt nicht, daß keine Zentralisierung gefunden werden muß. Eine Zentralisierung kann aber nur auf der inhaltlichen Übereinstimmung über die Perspektive des Arbeiterkampfs gefunden werden – eine Übereinstimmung über den Kampf gegen die Arbeit, über die Aneignung und die Gewalt. Somit sind die Abteilungsgruppen gerade nicht eine Zersplitterung, sondern der einzig mögliche Ansatz, um ein umfassenderes politisches Projekt zu verbreitern.

Sie bedeuten aber aueh nicht, daß sich die autonomen Arbeiterorganismen nur noch mit den Angriffen gegen Hierarchie und die Arbeitsorganisation beschäftigen, der Kampf um den Lohn bleibt nach wie vor zentral, aber er muß immer mehr so geführt werden können, daß er unter autonomer Arbeiterleitung und nicht unter Führung der Gewerkschaften steht.

Wir zitieren zu diesem Problem noch aus einem Beitrag, der auf einer Versammlung der CPO im März 1974 gehalten wurde:

„Wenn wir heute wieder von der Abteilung ausgehen, so heißt das, daß wir beim schwächsten Punkt des Kapitals ansetzen, der zugleich die Seele der Akkumulation bildet. Zugleich heißt es, daß wir ausgehen von der Notwendigkeit, gegen die Organisation der Arbeit zu kämpfen, die für alle Arbeiter besteht; es heißt auch, daß wir die Zersplitterung, die den Arbeitern durch die Reformisten auferlegt wurde, zunächst akzeptieren und sie dann als Waffe gegen sie richten; vor allem heißt es aber, daß man an dem Punkt ansetzt, wo der Kampf, die Erarbeitung von Zielen, von einem Programm und der Aufbau von Organisation eine Einheit bilden, dieselbe Sache sind. Das heißt, hier kann die Arbeiterklasse selbst endlich Träger dieser Inhalte sein, ohne daß sie auf Vermittlungsinstrumente angewiesen ist." ●

# Die gegenwärtige Situation in Italien – Die Position von LOTTA CONTINUA:

Den Gewerkschaftsführungen ist es in Italien gelungen, den Generalstreik zu verhindern, den die Arbeiter bei zahlreichen Kundgebungen, durch Resolutionen von Dutzenden von Fabrikräten, durch demonstrative autonome Streiks und Kampfaktionen (z. B. Straßenblockaden) seit Wochen fordern, um damit auf die „Stabilitätsmaßnahmen" der Regierung Rumor zu antworten. Stattdessen fand nur ein vierstündiger Streik am 24. Juli 1974 statt – der allerdings an vielen Orten von den Arbeitern autonom verlängert wurde. Manchmal mußten da auch die lokalen Gewerkschaftsführungen nachziehen – aber dem Protest gegen die Regierung wurden dadurch natürlich von den Gewerkschaftsführungen die Zähne gezogen.

Damit hat die italienische Regierung und ihr Plünderprogramm zwar eine Atempause gewonnen, für die sie den Linksparteien PSI und PCI und der Gewerkschaft nicht genug danken kann, aber zugleich ist der Preis, den die reformistischen Organisationen in ihrem Inneren und gegenüber der Arbeiterklasse im ganzen zahlen mußten, äußerst hoch ausgefallen: einen Streik nicht durchzuführen, für den selbst die Industriegewerkschaften aller drei Gewerkschaftsbünde eingetreten waren, ist kein Spaß; das mußten die großen Gewerkschaftsbonzen gerade des linken Flügels merken, als sie Mitte Juli bei Kundgebungen in Turin und Mailand von den Arbeitern massenhaft ausgepfiffen wurden und ihnen laut und deutlich die Forderung „sciopero generale" entgegenhallte.

Jetzt ist mit Beginn der Betriebsferien in zahlreichen italienischen Fabriken eine Atempause in der italienischen Krise und der steigenden Radikalisierung des Klassenkampfs eingetreten, aber die „Vertagung auf September", die seit einigen Monaten der gemeinsame Traum der Gewerkschaftsführungen, Linksparteien und Kapitalisten war und nun endlich schlecht und recht gelungen ist, löst natürlich die Krise nicht und schiebt die Abrechnung nur hinaus – aber sie kommt, und ihre Etappen folgen in immer kürzeren Abständen aufeinander.

## Die italienische Krise

Nirgends ist die Krise der kapitalistischen Wirtschaft und des Staates so klar wie in Italien eine Folge des Klassenkampfs. Natürlich spielen da sämtliche Ursachen der weltweiten Krise des Imperialismus in vorderster Linie mit, aber während es in anderen Ländern – wie z. B. in der BRD – den Kapitalisten gelingen mag, die Auswirkungen weigehend auf die Arbeiterklasse abzulagern und sich die Arbeiterklasse nur mühsam und manchmal schwerfällig dagegen zur Wehr setzt, ist das in Italien auf diese Weise nicht mehr möglich.

In einer Situation, in der die italienische Zahlungsbilanz im Laufe dieses Jahres ein Defizit von 10 Milliarden Dollar erreichen wird, haben die italienischen Kapitalisten beschlossen, einen Versuch zur radikalen Sanierung der Krise zu machen. Dieser Versuch heißt im wesentlichen, daß die Arbeiterklasse und mit ihr das ganze Proletariat politisch und ökonomisch geschlagen werden muß. Politisch: die Stärke, die Einheit und das immer klarere Klassenbewußtsein, die innerhalb des Proletariats gerade im Jahre 1974 so deutlich geworden sind (Durchbrechung des Klassenfriedens der Gewerkschaften, Generalstreik und autonome Streiks im Februar, Referendum, Antwort auf das Attentat von Brescia), müssen zerschlagen und das Selbstvertrauen der Arbeiter und der organisierten Avantgarden muß gebrochen werden; es muß sich die Überzeugung durchsetzen, daß es keinen Sinn hat zu kämpfen, und daß sich die Krise nur durch gemeinsame Opfer „aller" überwinden läßt.

Ökonomisch: die Arbeiterklasse auf dieser Ebene in die Knie zu zwingen, ist überhaupt die Voraussetzung dafür, daß auch die politische Schwächung gelingt. Deshalb sollen Teuerung und Arbeitslosigkeit (Kreditbeschränkungen führen zu Produktionssenkungen und Investitionslücken und somit zu Entlassungen und Arbeitslosigkeit) gemeinsam die materielle Voraussetzung für die Kampfkraft der Arbeiter zersetzen.

Deshalb ist die Verwendung der Krise und die Bereinigung und Umstrukturierung des gesamten kapitalistischen Produktionsapparates heute das wesentliche Programm der Kapitalisten (nicht nur in Italien); der Erfolg soll, nach ihren Absichten, ein wiederum profitabler Kapitalismus und ein entsprechend wieder gestärkter kapitalistischer Überbau (Staat, politische Kontrolle der Arbeiterklasse) sein.

Allerdings beschleunigt und verschärft die Krise auch eine Reihe von Prozessen, die sich für die Kapitalisten als Bumerang auswirken, wenn die Arbeiterklasse stark ist und sie zu nutzen weiß: die zunehmende Proletarisierung durch die Krise (die den unteren „Mittelschichten" und einem Teil des Kleinbürgertums jede autonome Existenzmöglichkeit wegfrißt); die Kapitalkonzentration und damit auch die Konzentration immer größerer einheitlicher Arbeitermassen; die Schwächung des Staates, der nicht mehr fähig ist, die durch die Krise ausgelösten Mechanismen unter Kontrolle zu halten (Teuerung, Weltmarktstörungen, Spekulationen, Überwuchern des Finanzkapitals usw.) und dementsprechende soziale Spannungen zu verkraften hat; die Unmöglichkeit reformerischer Vermittlung von Konflikten, weil eben einfach immer weniger zu verteilen ist und daher das „Befriedungsbudget" insgesamt sinkt. Zugleich verschärft die Krise die materiellen Existenzbedingungen der proletarischen Schichten derart, daß in vielen Fällen die Alternative „kämpfen oder draufgehn" nicht mehr zu umgehen ist (so z. B. unter den Arbeitslosen, oder unter jenen Proletariern, die unter den Existenzlohn kommen).

## Das Krisenverständnis

Wir meinen nun nicht, daß die Krise an und für sich, sozusagen als objektive Selbstbewegung des Kapitals zu verstehen ist und man einerseits nur darauf zu warten braucht, bis die objektiven Widersprüche gewissermaßen von selbst einen Zusammenbruch herbeiführen, und deshalb andererseits die Aufgabe der Avantgarden einfach nur im Durchführen wegweisender, exemplarischer Aktionen bestehen kann, wie das so in den Köpfen vereinzelter Theoretiker und anderer Betrachter der Arbeiterkämpfe vorkommt, die zwar von „Arbeitermacht" sprechen, dabei aber mehr das Kapital anstarren und, bedrückt ob seiner Übermacht, keine andere und wirkungsvollere Kampfmöglichkeit dagegen sehen, als da und dort eine militaristische Flucht nach vorne – stellvertretend für das massenhafte Eingreifen der Klasse in der Krise, um sie zum Terrain für fortgeschrittenere Ebenen des Klassenkampfs zu machen, weil die Fähigkeit der Bourgeoisie, ihre Klassenherrschaft wirksam auszuüben, schwächer und unsicherer wird.

Ebensowenig glauben wir allerdings auch, daß die Antwort auf die Krise darin bestehen kann, nur immer wieder die ökonomischen Forderungen der Arbeiterklasse defensiv zu vertreten und damit sich zwar zu weigern, die Kosten für die kapitalistische Krise zu übernehmen, diese Gelegenheit aber nicht zu einem großen Sprung nach vorn zu nutzen (das ist die Position der Organisation „Avanguardia Operaia"), oder gar – wie „Il manifesto" – in die reformistische Versuchung zu verfallen, doch im Namen einer kleinbürgerlichen Rationalität dem Kapitalismus Vorschläge zur „arbeiterfreundlichen" oder zumindest schmerzloseren Bewältigung der Krise zu machen, weil man nicht wahrhaben will, daß es eben zwei radikal entgegengesetzte Klassenstandpunkte zur Krise gibt: der eine will den Kapitalismus retten, oder ist zumindest überzeugt, daß es auch im Interesse der Arbeiterklasse liegt, mit den Kapitalisten zusammen die Krise zu „überwinden"; der andere sieht in der Krise und ihrer Zuspitzung eine notwendige (wenn auch noch nicht hinreichende) Voraussetzung für eine revolutionäre Entwicklung.







Demonstration streikender Fiat-Arbeiter: „REGIERUNG UND UNTERNEHMER ELEND UND UNTERDRÜCKUNG"




Das sind die Leitlinien des „Krisenprogramms" der italienischen und auch internationalen Bourgeoisie; damit soll der politische und ökonomische Bankrott abgewendet werden, der in Italien bestimmt näher vor der Tür steht als irgend anderswo im entwickelten kapitalistischen Westen. (Aber auch in so außergewöhnlich soliden kapitalistischen Staaten wie der BRD sieht das Krisenprogramm der Bourgeoisie nicht wesentlich anders aus: Entlassungen, Kurzarbeit, Rationalisierung, zunehmende Arbeitslosigkeit für Schulabgänger oder jedenfalls Dequalifizierung, Vermehrung der Reservearmee – teilweise außerhalb der bundesdeutschen Grenzen, Fusion und Konzentration des Kapitals und entsprechende Umstrukturierungen, Emigrationsstopp usw.)

Damit aber ist unserer Meinung nach die Krise auch das Terrain der Klassenauseinandersetzung heute schlechthin. Es geht darum, von Seiten des Proletariats diese Krise offensiv zu nutzen: die Spaltungen in der Bourgeoisie zuzuspitzen, die Unvereinbarkeit der Klassenbedürfnisse klar zum Ausdruck zu bringen (siehe Referat von Platania) – und wenn die Bourgeoisie nicht imstande ist, sie zu erfüllen und die Kraft des Proletariats groß genug ist, dann geht es darum, auch auf der Ebene des Staates und der politischen Macht einen Sprung zu tun, und zwar auf Initiative des Proletariats – und nicht einfach in der Ansammlung eines vorwiegend ökonomisch („Avanguardia operaia") oder vorwiegend politisch („Manifesto", z. T. PdUP) charakterisierten Oppositionspotentials zu verharren und zu warten, bis die Bourgeoisie ihrerseits den Sprung auf jene neue Ebene versucht, auf der allein sie von ihrem Klassenstandpunkt aus die Krise lösen kann (reaktionäre Gewalt).

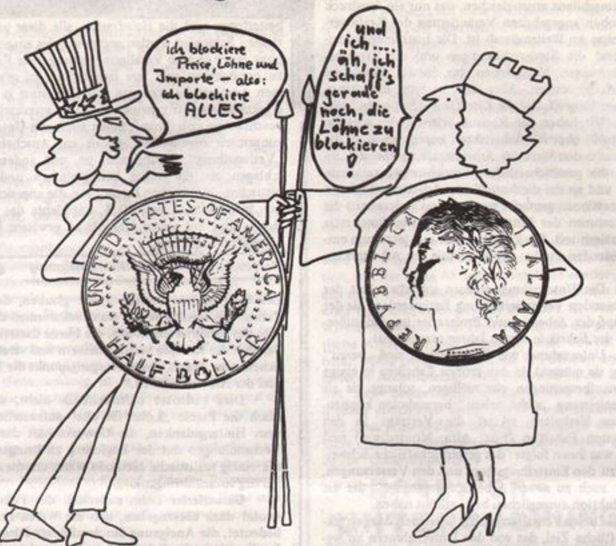
*Wie verhindert man einen Generalstreik?*

Die Krise kennzeichnet also die italienische Klassensituation in einem viel höheren Maße als jede andere, da der Zusammenhang zwischen der Klasseninitiative des Proletariats und dieser Krise so deutlich ist, daß kein klassenbewußter Arbeiter heute in Italien davor die Augen schließt, daß der Klassenkampf in allen seinen Äußerungen und überall sofort und unmittelbar **„politisch"** ist, d. h. daß z. B. keinem solchen Arbeiter es einfallen würde, bei betriebsinternen Forderungen zu verharren oder sie an die erste Stelle zu setzen, während es darum geht, die gesamte Kraft des Proletariats zu sammeln, zum Ausdruck zu bringen und für gemeinsame Ziele einzusetzen – und erst in diesem Rahmen haben auch alle die vielen betriebsspezifischen Kämpfe ihren Bezugspunkt und ihren Sinn. So war zum Beispiel die Forderung nach einem Generalstreik gegen die Stabilitätsdekrete der gemeinsame Nenner der fortschrittlichen Arbeiter in den Betrieben und Fabrikräten, aber auch aller anderen klassenbewußten Kräfte außerhalb der Betriebe.

Auf diesem Hintergrund lassen sich auch die Ereignisse in Italien in den letzten zwei Monaten lesen und deuten. Die Regierung Rumor stürzte Anfang Juni ausdrücklich deshalb, weil es unmöglich schien, der Arbeiterklasse nach der Machtdemonstration als Antwort auf das faschistische Attentat von Brescia jegliches bürgerliche Krisenprogramm aufzuzwingen. Die einzige Möglichkeit, so eine Absicht durchzusetzen, konnte durch die Komplizenschaft von Gewerkschaften und Linksparteien erreicht werden – aber wer hatte nach den Tagen von Brescia den Mut dazu?

Die Alternative war allerdings eine weitere Verschärfung der Krise des Staates und der Christdemokratie (der sogar die Unternehmer jetzt immer deutlicher ihr Versagen vorwarfen) und die Anbahnung einer neuen Regierungskoalition, die unweigerlich eine Ausweitung nach links bedeutet hätte. Dazu waren aber weder die Bourgeoisie noch die Revisionisten bereit. So kam es zur Exhumierung der bereits gestürzten Regierung Rumor: Voraussetzung dazu war die stillschweigende Verpflichtung von Gewerkschaft und PCI, die Stabilitätspolitik und Plünderpolitik der Regierung nur verbal anzugreifen, →

## Was will die Bourgeoisie aus der Krise machen?




Wir sehen in der Krise heute eine Reihe sehr präziser Angriffe der Bourgeoisie:

- Durch die Abschöpfung von Kaufkraft, durch Teuerung, Steuern und Niedriglöhne soll die materielle Existenz der Arbeiterklasse so geschwächt werden, daß der Zwang zur Lohnarbeit und zur sozialen Disziplin zunimmt; die Krise soll die Arbeiter zwingen, ihre Arbeitskraft ökonomisch und politisch billiger zu verkaufen;
- Die politischen Errungenschaften der Arbeiterkämpfe dieser Jahre sollen zerstört und damit die Kampfkraft der Arbeiterklasse wesentlich zerschlagen werden: Schluß mit der erkämpften relativen leistungsunabhängigen Entlohnung (automatischer Aufstieg, gleiche Lohnstufe für alle usw.), Schluß mit den Kämpfen gegen den Arbeitsdruck und Arbeitshetze, Schluß mit allen antiinstitutionellen und antihierarchischen Kampfzielen und -formen (dafür wieder Zwang zu Überstunden, Leistung, Aufsteigen, individuellem Verhandeln mit dem Meister usw.): die politische Tragweite eines solchen Angriffs auf die Arbeiterautonomie ist klar!
- Zerstörung der materiellen und politischen Klassenstärke durch Entlassungen oder Entlassungsdrohung, Zerstückelung der Klasse durch Stillegungen, Betriebsverlagerungen, Umstellung von kampferfahrenen Abteilungen, Intensivierung der Ausbeutung, Vermehrung der industriellen Reservearmee, Spaltung des Proletariats zwischen Arbeitern und Arbeitslosen usw.
- Umgekehrt entsprechende Stärkung des Großkapitals (Rationalisierung, Konzentration usw.) und des Staatsapparates, wozu noch den Proletariern das dafür nötige Geld aus der Tasche gezogen wird.

praktisch aber zu verhindern, daß sie durch die Klasseninitiative zu Fall kommen könnte. Nach außen hin mußten allerdings die reformistischen Organisationen ihre Opposition zur Regierung unter dem Druck der Massen nach und nach verstärken. Denn als schließlich am 6. Juli 1974 das Stabilitätsdekret der Regierung erlassen wurde und damit ein beispielloser Raubzug gegen das Proletariat in Gang gesetzt wurde (siehe oben), war die Reaktion der Arbeiter in den ersten spontanen Äußerungen schon klar und deutlich: das darf nicht durchgehen, wir machen Generalstreik. Viele Fabriken wurden sofort blockiert, Demonstrationen gegen staatliche Gebäude fanden statt, Straßen wurden gesperrt und vor allem wurde immer wieder von den Gewerkschaften gefordert, einen sofortigen Generalstreik gegen die Regierung und ihre Wirtschaftspolitik auszurufen.

Von da an bestand das Problem der Reformisten darin, möglichst ungeschoren den Anfang der Betriebsferien in den wichtigsten Betrieben zu erreichen und damit die unerwünschte Konfrontation mit der Regierung zu vermeiden. So zögerten sie die Entscheidung zuerst hinaus, veranstalteten dann eine Reihe regionaler Streiks, um Dampf abzulassen (bei denen aber die Arbeiterforderung einhellig Generalstreik hieß), und versuchten weiterhin, durch die Vertagung von Sitzungen Zeit zu gewinnen. Schließlich war es unvermeidlich, auf den massiven Druck der Arbeiter irgendwie zu antworten; zugleich aber verstärkte die ausdrücklich regierungshörige fünfte Kolonne in der Gewerkschaftsführung ihre Aktivität, die bis zur Androhung von Spaltungen in der Gewerkschaftsbewegung ging, um einen Generalstreik gegen die Regierung zu verhindern. Die Gewerkschaftsführung zog es vor, eine Spaltung gegenüber der Masse der aktiven und kämpferischen Proletarier in Kauf zu nehmen. Der Preis war hoch; so hoch, daß die Kommunistische Partei es übernahm, erstmals wieder auf parlamentarischer Ebene eine härtere Opposition gegen die Regierung und die Stabilitätsdekrete anzukündigen, um den Druck der Massen irgendwie aufzufangen.

War das eine Niederlage der Arbeiterautonomie? Bestimmt stellt es einen schwerwiegenden Schritt zurück dar, daß es der Gewerkschaft und den Revisionisten gelingen konnte, die Initiative unmittelbar von den Massen auf die parlamentarische Ebene zurückzuführen und damit den Kampf gegen das Plünderprogramm der Bourgeoisie auszuhöhlen; es wird auch für die Stärke der Arbeiterklasse nicht ohne Folgen bleiben, wenn im September die Kämpfe in einer Situation wieder einsetzen müssen, in der nicht ein „heißer" Juli, sondern ein immer wieder kastrierter und seiner Spitzen beraubter Kampf vorangegangen ist.

Außerdem wird die materielle Existenzgrundlage der Arbeiterklasse bis dahin bestimmt schon viel stärker die Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik verspüren. Im ganzen aber haben die Wochen seit Brescia auch ein ungeheuer hohes Kampfpotential und immer deutlicher anerkannte Avantgarden der organisierten Arbeiterautonomie erkennen lassen. Das Problem kann nun nicht sein, die „autonomen Arbeiter" für sich zu sammeln und separat in irgendwelche Pseudo-Massenorganisationen zu zwängen, sondern das politische Potential und die Sprengkraft der Klassenautonomie in die realen Zusammenhänge und Organisationen hineinzutragen, in denen die Massen sich befinden.

So etwa: Der Kampf um den Generalstreik und gegen die Gewerkschaftslinie in diesen Wochen wurde von uns in der intensivsten und kapillarsten Art geführt – aber nicht etwa, indem wir als „Lotta continua" einen Generalstreik ausriefen (so etwas kann nur der PCmlI – „servire il popolo", ML, einfallen), oder indem wir die revolutionären Arbeiter in irgendwelchen „assemblee autonome" organisierten, sondern indem in jedem Betrieb, in jedem Fabrikrat, in jeder nur möglichen Gewerkschaftsversammlung, bei jeder Demonstration oder Kundgebung für dieses Ziel agitiert wurde.

Wenn die autonomen Arbeiter eine tatsächliche Avantgarde-Rolle den Massen gegenüber ausüben wollen, müssen sie dort sein und handeln, wo die Massen ihren Kampf führen (und daß dies historisch mehrheitlich die reformistischen Organisationen sind und für lange Zeit bleiben werden, hat nicht vor allem ideologische, sondern sehr konkrete materielle Gründe: die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und den Zwang, die eigene Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen, und überhaupt im weiteren Sinne die Notwendigkeit, innerhalb der kapitalistischen Voraussetzungen zu existieren).

Natürlich ist eine solche Avantgarde-Rolle nur möglich, wenn die autonomen Arbeiter in der revolutionären politischen Organisation (für uns also „Lotta continua") organisiert sind: bei dem hohen Grad an unmittelbar allgemeinpolitischer Tragweite der Arbeiterkämpfe und ihrer quantitativen und qualitativen Ausdehnung dürfte das selbst jenen Genossen klar werden, die sich diese Frage auf grundsätzlicher Ebene nie gestellt haben.

## „PCI al governo" – Was wollen wir damit?

In der Situation und auf der Höhe, in der sich der Klassenkampf in Italien heute befindet, glauben wir, daß es Zeit ist, innerhalb des Proletariats offensiv auf die Frage nach den nächsten Ebenen der Auseinandersetzung zu antworten. Daß eine qualitative Veränderung der Voraussetzungen, die den Klassenkampf auf der Ebene des Staates und der Regierung betreffen, heute im Bewußtsein des Proletariats liegt, hat sich in den Tagen nach dem Attentat von Brescia und bereits vorher nach dem Sieg im Referendum sehr klar gezeigt.

Wir meinen, daß es jetzt nicht darum geht, einfach zu warten, bis die Bourgeoisie in dem für sie günstigen Moment die Initiative ergreift – sei es durch den Versuch, die Reformisten heranzuziehen, damit sie ihnen helfen, ihre Krise auszubaden. sei es durch einen offen konterrevolutionären Präventivschlag –, sondern daß heute die Bedingungen existieren, dafür zu arbeiten, daß eine Regierung mit Beteiligung der PCI die Unstabilität der bürgerlichen Klassenherrschaft noch weiter verschärft. Natürlich ist das weder ein ganz kurzfristiges Ziel (es wird vorher noch eine akute Phase der Kämpfe und der Krise geben müssen), noch darf diese taktische Etappe mit einer strategischen verwechselt werden oder in einer „linken Regierung" etwas anderes als eben eine bessere Voraussetzung für die Führung des Klassenkampfs gesehen werden.

Welche Garantie gibt es, daß eine solche Regierungsbeteiligung der Kommunistischen Partei nicht ein Schuß nach hinten wird? Die erste und größte Garantie ist die Breite und die Qualität der Arbeiterautonomie heute innerhalb des italienischen Proletariats: es bestehen heute die Voraussetzungen, daß z. B. ein Regierungsprogramm der Linken oder die Regierungsbeteiligung selbst nicht mit dem Programm und den Bedürfnissen der Massen verwechselt werden oder diese jenen untergeordnet werden; das italienische Proletariat hat eine Ebene erreicht, auf der es niemandem mehr möglich ist, sich die Klassenstärke auf Gedeih und Verderb verschreiben zu lassen und sie nach eigenem Gutdünken im Parlament, an der Regierung oder sonstwo auszuspielen.

Die zweite Garantie dafür ist, daß zwischen dem politischen Handeln und dem Programm und der Organisation der Revolutionäre und den reformistisch beherrschten Massenorganisationen eine tatsächliche Dialektik besteht, das heißt, daß die Revolutionäre die Fähigkeit besitzen und immer weiter festigen und ausbauen, innerhalb der Massenorganisationen die revolutionäre Linie zu vertreten, die richtigen Ziele anzugeben und voranzutreiben. Die chilenische Erfahrung hat gezeigt, wie wichtig das ist; und die bisherigen Erfahrungen in Italien stellen eine sehr gute und weiter ausbaufähige Voraussetzung dar.

Damit sind wir aber auch schon bei der dritten Bedingung, nämlich beim Vorhandensein einer revolutionären Organisation und Führung, die in diesem Prozeß unerläßlich ist, wenn daraus nicht doch noch am Schluß eine reformistische Illusion – eine selbstmörderische Illusion – werden soll. Vorhandensein einer revolutionären Führung und Organisation heißt, daß zu jeder Frage, zu jedem Problem, die revolutionäre Linie der Klassenautonomie angegeben und vertreten, aber auch organisatorisch umgesetzt wird. Anderenfalls stünde die revisionistische und reformistische Politik ohne Alternativen da, und selbst die kampferfahrensten Arbeiter müßten dieser Politik gegenüber eine untergeordnete Rolle spielen. Wir sagen, daß heute in Italien sehr wesentliche Schritte in diese Richtung bereits geschehen und noch weitere bereits angebahnt sind, daß eine revolutionäre Organisation und Führung unter den Massen z. B. wesentlich fester und breiter verankert ist als in Chile zu Beginn der UP-Regierung.

Worauf muß hingearbeitet werden, wenn aus diesem taktischen Entwurf die nächsten Etappen des revolutionären Prozesses in Italien werden sollen?

Natürlich muß an erster Stelle die weitere Entfaltung der Arbeiterautonomie stehen; „PCI al governo" (KP an die Regierung) kann nicht als Aktionslosung oder als Kampfziel verstanden werden, sondern nur als Angabe des Weges, auf dem bestimmte Ziele zu erreichen sind. Diese Ziele, und zwar die unmittelbar auf die Krise bezogenen Nahziele wie auch die ferneren Ziele in der Richtung einer revolutionären Entwicklung, müssen als proletarisches Programm unter den Massen immer klarer werden und zwischen diesem Programm und einer PCI-Regierungsbeteiligung muß ein klares Verhältnis geschaffen werden. „Die KP muß an die Regierung gehen, um bestimmte Forderungen einzulösen, die wir erheben; diese Forderungen aber müssen ständig wie ein Gewehr im Rücken der PCI stehen", sagte ein Arbeiter von LC bei der letzten Arbeiterkonferenz in Florenz. Es muß der KP unmöglich gemacht werden, von der Bourgeoisie gegen das Proletariat zur Repression der Klassenbedürfnisse verwendet zu werden (vgl. Portugal); ihre Regierungsbeteiligung muß sich auf eine derartige Massenmobilisierung und auf so klare programmatische Forderungen der Massen stützen, daß sie nicht als Gefangene der Bourgeoisie, sondern umgekehrt als Geisel des Proletariats an der Regierung funktioniert.

Die zweite Voraussetzung dafür ist, daß in jedem Fall eine Regierungsbeteiligung der KP nicht ohne eine Phase scharfer Klassenkämpfe und Zuspitzung der politischen Instabilität der bürgerlichen Regierung vor sich gehen kann. Nur wenn der direkte oder indirekte Eintritt der PCI in die Regierung als Folge einer solchen Kampfphase und als – wenn auch noch so deformierter – Ausdruck dieses Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen geschieht, kann er für die Entfaltung des revolutionären Prozesses positiv sein – also gilt es, in diese Richtung zu arbeiten.

Und schließlich braucht es die Zuspitzung der Krise und des Zerfalls der stärksten bürgerlichen Partei, der Christdemokratie, oder zumindest die weitgehende Lähmung ihrer politischen Handlungsfähigkeit, wenn eine solche Perspektive sinnvoll sein soll: auch auf diesem Wege sind in der letzten Zeit (vor allem seit der Referendumskampagne) ganz große Schritte gemacht worden.

Wenn diese Bedingungen heute verhältnismäßig klar sind, sind es die internationalen Voraussetzungen weniger: die letzten Ereignisse im Mittelmeer, um Zypern, und die voraussichtlichen Erschütterungen in diesem Raum (Spanien, Portugal, vielleicht Jugoslawien, Nahost . . .) müssen erst noch klarmachen, bis zu welchem Punkt sich eine Regierung mit der KP trotz des Neins der USA (Kissinger hat sich eigens nach Rom begeben, um dieses Nein zu wiederholen, und die Christdemokratie hat damit z. B. jede innere Diskussion um den „historischen Kompromiß" als sowieso gegenstandslos bezeichnet) halten könnte. Das hängt natürlich nicht nur von der Stärke der Klassenbewegung, sondern ebenso von der Schwäche und den inneren Widersprüchen der NATO und des Imperialismus – der USA im besonderen – ab.

Ziel dieser taktischen Forderung „PCI al governo" ist also folgendes: die Krise für das Proletariat und die Entfaltung des revolutionären Prozesses zu nützen und die bürgerliche Nutzung der Krise unmöglich zu machen; eine neue Phase der Klassenkämpfe auf einer höheren und fortgeschritteneren Ebene zu eröffnen.

Um die Frage der Regierung polarisiert sich jetzt schon die gesamte Auseinandersetzung innerhalb der revolutionären Linken in Italien und zunehmend innerhalb der Massen: bestimmt muß noch viel Klarheit geschaffen werden (denken wir nur daran, daß gerade die Erpressung mit der Regierung und die Angst vor einem „Sprung in den Abgrund" immer wieder zur Rechtfertigung der gewerkschaftlichen und revisionistischen Stillhaltepolitik herangezogen wird). Aber wir sind überzeugt, daß darin heute die entscheidende politische Frage für die Revolutionäre in Italien liegt.

Lotta continua




## Hier noch ein „Blauer Brief" an die Adresse der deutschen Genossen betitelt WIDER DIE „ITALIENISCHE ILLUSION":

*Bei Ausarbeitung dieses Artikels über Italien wissen wir nicht, wie die Italien-Nummer von WIR WOLLEN ALLES, zu der wir um einen Beitrag gebeten worden sind, aussehen wird und ob Klarheit darüber besteht, welcher politische Zweck mit einer Italien-Nummer überhaupt verfolgt werden soll, und von welchem Standpunkt aus die italienischen Klassenkämpfe betrachtet werden. Natürlich ist das Sache der WIR WOLLEN ALLES-Redaktion, die dabei – so ist anzunehmen – nach bestimmten politischen Kriterien verfahren wird.*

*Wir möchten unsererseits im Anschluß an unseren Beitrag etwas über die politische Art sagen, wie man nicht „von Italien lernen" sollte. Vor allem scheint uns, daß nur wer einen politischen, globalen Standpunkt zu den Klassenkämpfen im eigenen Land hat oder zumindest ernsthaft danach sucht, auf sinnvolle Weise eine Auseinandersetzung mit der italienischen Situation führen kann, weil sonst einfach sehr schnell die Gefahr besteht, Italien irgendwie enthusiastisch anzuhimmeln oder aber sämtliche Wünsche aus der eigenen Situation hineinzuprojizieren.*

*Es gibt Genossen, die zwar sehr gerne von den einzelnen Kämpfen sprechen oder hören möchten, aber völlig außer Acht lassen. daß heute in Italien die vom Klassenkampf erreichte Ebene viel höher ist. Die Arbeiterklasse kämpft immer deutlicher und bewußter nicht nur gegen den einzelnen Kapitalisten und seine ausbeuterischen Methoden, sondern gegen den ganzen Kapitalismus und die Ausbeutung überhaupt. Dies zu behaupten, und die entsprechenden politischen Konsequenzen sowohl in der politischen Arbeit als im Bericht über Italien zu ziehen, ist nicht Abstraktion oder Verbalpolitik, sondern die adäquate Art, die italienischen Klassenkämpfe zu begreifen. Dies nicht zu tun, führt zum Spontaneismus (oder ist Ausdruck des Spontaneismus) und das Anstarren der Einzelkämpfe, ohne zu sehen, daß die Arbeiterklasse immer klarer um die Macht kämpft, liegt letztlich in derselben ökonomistischen Tradition, die in der Sozialdemokratie ihre verkommensten Blüten getrieben hat. (Es ist ein historisches Problem, daß in den Ländern mit vorwiegend sozialdemokratischer Tradition in der Arbeiterbewegung zwar häufig zahlreiche Kämpfe stattfinden, aber das Problem der Macht nie gestellt wird.)*

*Auch die abstrakte Emphatisierung von Ideen – und sei es die „Arbeiterautonomie", der nichts Schlimmeres passieren kann, als zur „Idee" in den Köpfen irgendwelcher Betrachter der Klassenkämpfe reduziert zu werden – oder vorgeblichen Avantgarden, deren Isolierung von den Massen anscheinend größere revolutionäre Reinheit verbürgt (siehe z. B. die „brigate rosse"), führt zu nichts; das heißt, sie führt zu einer neuen Art von Idealismus, wo hinter bestimmten Schlagwörtern und Schablonen (Militanz, Gewalt usw.) nichts anderes als die Haltung steht, den Klassenkampf in Italien so lange „schön" und „interessant" zu finden, als er den eigenen Vorstellungen entspricht und sich in der kristallklaren Linearität kleinster Minderheiten bewegt, während doch die Massen immer wieder von so viel reformistischem und institutionellem Ballast beladen erscheinen. Die Arbeiterautonomie ist keine Nacht, in der alle Kühe schwarz sind, und die nur solange anerkannt wird, als sie sich nicht in politische und organisatorische Konsequenzen auf Massenebene und zu jedem einzelnen Problem des revolutionären Kampfes niederschlägt!*

*Da sind wir auch schon beim Problem der Organisation: es gibt da so manche dieser Betrachter des Klassenkampfes, die eine revolutionäre Organisation anscheinend mehr nach den Kriterien der Originalität und Ungewöhnlichkeit ihrer Ansätze als nach der Richtigkeit ihrer politischen Linie und ihrer Verankerung unter den Massen beurteilen. Nur so ist es verständlich, daß die Reste nicht mehr vorhandener politischer Gruppen weiterhin zum Bezugspunkt genommen, Bücher über sie geschrieben und Konferenzen mit ihnen gehalten werden. Das ist nichts anderes als Subjektivismus, und die Folge davon heißt wählerisches Darüberstehen über den Klassenkämpfen und den revolutionären Organisationen, indem man womöglich von jedem etwas „dufte" findet: von „P. O." die „Militanz"; an der „unorganisierten Arbeiterautonomie" und den Gruppen, die heute predigen, die politischen Organisationen seien tot, es lebe die spontane und freischwebende Arbeiterautonomie, liebt man die Phantasie, die Spontaneität und das Unbürokratische (besser wäre zu sagen: das Unverbindliche), und an „Lotta continua" vielleicht . . . die Massen!*

*Das kann nicht der Weg sein, von der „italienischen Illusion" zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung mit den italienischen Klassenkämpfen zu kommen; und solange dieser Frage gegenüber entweder der Anspruch einer zu unmittelbaren Umsetzung oder aber die Haltung einer unkritischen Delegierung an eine oder mehrere italienische Gruppen oder Organisationen ohne Verifizierung ihres Zusammenhanges mit den Klassenkämpfen besteht, wird es schwer sein, aus den italienischen Klassenkämpfen für das schwierige Geschäft der Revolution in Westdeutschland etwas zu lernen.*

*Lotta continua*

# Die Bomben der Faschisten

**In der Nacht auf Sonntag, den 4. August 1974, explodierte im Zug Rom-München kurz vor Bologna eine Bombe, die 12 Menschen tötete und 36 schwer verletzte** ... was sind das für Schweine, die so eine Bombe legen, um irgendwelche, zufällig anwesende Personen zu treffen? Nun, es ist klar, daß nur Faschisten es sein können – neu aber an diesem Attentat ist, daß sie es offen zugeben: in einem in Bologna gefundenen Flugblatt bezeichnen sie ihre Tat als Vergeltung für die Verhaftung einiger ihrer „Kameraden", als Rache für einen von den Carabiniere erschossenen Faschisten und als Beweis dafür, daß sie in der Lage sind, „Bomben zu legen, wo wir wollen, zu jeder beliebigen Zeit, in jedem beliebigen Ort, wo und wann es uns gefällt".

Das ist aber auch schon alles, was sie können – außer den täglichen Provokationen, Denunzierungen und dem Zusammenschlagen oder gar Ermorden einzelner Genossen!

Sie können nicht mehr, wie sie's noch 1969 versucht haben, ihre Bomben den Linken in die Schuhe schieben:

Am 12. Dezember 1969 explodieren als Höhepunkt einer Serie von Attentaten (seit Anfang 1969 ca. 100) etwa zur gleichen Zeit – nachmittags – in Mailand und Rom zwei Bomben – bei der Explosion der Bombe in Mailand, in einer Bank, werden 16 Personen getötet und 90 zum Teil schwer verletzt (in Rom gab es zum Glück nur Verletzte).

Dieses Massaker sollte die Arbeiterklasse einschüchtern in einem Moment, wo sie in den Kämpfen des „heißen Herbstes" zum erstenmal seit langer Zeit wieder ihre Kraft erfolgreich gezeigt hat und den linken Gruppen in die Schuhe geschoben werden, um diese von den Massen zu isolieren, unter denen sie gerade in den vorausgegangenen Kämpfen an Einfluß gewonnen hatten.

Es sollte als Vorwand dienen für die Repression gegen die gesamte revolutionäre Linke und dementsprechend ermittelten die Bullen von Anfang an nur gegen Genossen – insbesondere Anarchisten. Sie stützten ihre Anklagen gegen die Genossen auf die Aussagen von Faschisten, die anarchistische Gruppen unterwandert hatten und auf sonstige dubiose Aussagen von Zeugen, die dann z. T. auf sehr merkwürdige Weise verschwanden. Auf dieser Grundlage wurden die Genossen Valpreda und Pinelli verhaftet und angeklagt. Die von vornherein vorhandenen, deutlichen Hinweise auf die wirklichen faschistischen Täter wurden – auch von den höchsten Stellen – wohlweislich „übersehen".

Aber durch eine langanhaltende Massenmobilisierung und durch von den Genossen selbst getragene Ermittlungen konnten die Bullen und ihre Institutionen die gegen die Genossen gerichteten Vorwürfe nicht länger aufrechterhalten, ohne vollständig das Gesicht zu verlieren. So wurde Valpreda freigelassen ... Pinelli jedoch war schon lange tot: in der Nacht vom 15./16. Dezember 1969 wurde er während eines Verhörs aus einem Fenster des Mailänder Polizeipräsidiums geworfen! Dennoch ist bis heute die Anklage immer noch nicht fallengelassen worden; Valpreda, Anarchist, soll zusammen mit den Faschisten Freda und Ventura vor Gericht gestellt werden.

Durch diese Massenmobilisierung und die Aufklärung über die wirklichen Täter, ihre Auftraggeber, die Rolle der Institutionen und der DC (= christdemokratische Partei) bei dieser „strage die Stato", bei diesem „Staatsmassaker", konnte jedoch nicht nur Valpreda und die anderen Genossen befreit werden, sondern auch die Taktik der Reaktion vereitelt werden: ihre These von den „entgegengesetzten Radikalen", die gleich gewalttätig, gleich gefährlich sind, ist als Vorwand für die Repression gegen die Linke kaum noch tauglich.

Trotzdem gab es bis heute immer wieder Versuche, Bombenattentate auf Züge zu verüben, die aber alle zum Glück nicht klappten – für diese Attentate waren jeweils von den Faschisten selber Flugblätter vorbereitet worden, die so abgefaßt waren, daß sie linke Organisationen als Täter erscheinen lassen sollten.

Nachdem es also in der letzten Zeit nicht mehr möglich war, diesen ungezielten Terror den Linken anzuhängen, nach den langen, harten Streiks vom Januar dieses Jahres und dem achtstündigen Generalstreik vom 27. Februar, und vor allem nachdem sich in den hohen Siegen der Linken beim Referendum und bei den Regionalwahlen in Sardienien gezeigt hat, daß die Rechten auch immer mehr an Wählerpotential verlieren, änderten die Faschisten ihre Bombentaktik:

Am 29. Mai 1974 töten sie in Brescia während einer antifaschistischen Kundgebung mit einer Bombe neun Genossen und verletzen einige Dutzend! Hierdurch haben sie die Arbeiterklasse zum ersten Mal nach dem Krieg in einem Masaker direkt und physisch angegriffen, um Angst zu verbreiten und sie zu schwächen!

Aber die unmittelbare, massenhafte, entschlossen antifaschistische Antwort der Arbeiterklasse beweist, daß sie ihr Ziel nicht erreicht haben:

- unmittelbar nach Bekanntwerden des Attentats beginnen in vielen Fabriken spontane Streiks;
- am Tag darauf findet ein achtstündiger, nationaler Generalstreik mit Demonstrationen in vielen Städten statt;
- zur Beerdigungsdemonstration kommen ca. 500 000 Antifaschisten nach Brescia und lassen auf der Abschlußkundgebung den Regierungschef Rumor nicht sprechen, pfeifen ihn aus und rufen Sprechchöre gegen die Faschisten und die DC: **„MSI fuorilegge – a morte la DC, che lo protegge!" = „Verbot der MSI - Tod der DC, die sie schützt!"** In vielen Städten wurden bei den Demonstrationen die Büros faschistischer Organisationen zerstört.

Diese Antwort zeigt, daß die Faschisten mit ihren Bomben nicht die Angst vor sich vergrößert haben, sondern nur die Wut gegen sie!

Aber es blieb die Notwendigkeit, die Arbeiterklasse zu schwächen, ja sie war für die Interessen der Kapitalisten dringender denn je! In der Situation der sich permanent verschärfenden Krise und der Maßnahmen der Regierung, die die Lebenshaltungskosten der Massen enorm verteuert haben, war klar, daß der Widerstand der Massen gegen die Pläne der Kapitalisten zunehmen würde. Im Juli konnte der achtstündige Generalstreik nur durch die massive Abwiegelei der Gewerkschaften auf vier Stunden reduziert werden und so der Kampf auf den kommenden September vertagt werden.

Und die Faschisten wählten die für sie einfachste Art und den günstigsten Zeitpunkt, um erneut Angst und Unsicherheit zu verbreiten: sie inszenierten das Massaker im Zug, um eine möglichst große Anzahl wahllos herausgegriffener Personen zu töten, und um sich selbst dadurch als stark und mächtig zu präsentieren – sie wählten Anfang August, wo in Italien „ferragosto" ist, d. h. die Zeit, in der bestimmt zwei Drittel der Italiener ihren Urlaub nehmen und also nicht zusammen in den Fabriken, Schulen und Universitäten etc. sind, sondern verstreut und vereinzelt und die Faschisten somit hoffen konnten, nicht wieder auf so eine massenhafte und entschlossene Antwort zu stoßen wie in Brescia.

Doch trotz der Feriensituation war die Mobilisierung relativ groß: Generalstreik am Tag nach dem Attentat und massenhafte Demonstrationen in den großen Städten in Bologna allein 40 000.

(Hier wurde wiederum der Delegierte der DC durch Pfeifkonzerte am Sprechen gehindert, eine Tatsache übrigens, die die KPI ängstlich verschweigt und vorher schon durch einen Artikel in ihrer Tageszeitung, der „Unita", zu verhindern suchte: sie forderte alle Teilnehmer an der Demonstration auf, sich zivil zu benehmen und „großes Verantwortungsbewußtsein" zu zeigen, was ganz klar nur eins bedeuten sollte: die Vertreter der DC in Ruhe sprechen zu lassen ...)

Aber es gibt in Italien nicht nur die Faschisten, die diese Massaker ausführen, sondern noch die legale faschistische Partei MSI und die Faschisten in den staatlichen Institutionen und in den Führungspositionen in der Industrie. Die Faschisten der MSI versuchen, seit sie gemerkt haben, wie die Massen auf diesen Terror reagieren, sich krampfhaft von den Massakern zu distanzieren oder immer noch zu behaupten, die Linken seien dafür verantwortlich. Und auch die übrige Reaktion ist darauf bedacht, jede Verbindung mit diesen rechten Terroristen abzustreiten und zu vertuschen – so sind die antifaschistischen Sprüche der rechten bürgerlichen Parteien, insbesondere der **DC**, die die Rechtsradikalen oft genug gedeckt hat und weiter in den staatlichen Institutionen agieren läßt und rechten bürgerlichen Parteien, insbesondere der **DC**, die die Rechtsradikalen oft

Aber man weiß, wo die Hintermänner und Auftraggeber des faschistischen Terrors sind und wo sie zu finden sind:

- Cefis (Präsident des staatlichen Chemiekonzern Montedison)
- Monti (großer Ölboß)
- im SID, dem italienischen Verfassungsschutz
- bei den Carabinieri, einem Teil der Armee, der Polizeiaufgaben hat
- und in der oberen Hierarchie der Armee

Diese finstere Reaktion setzt in dieser sich verschärfenden Krisensituation, in der keine der bürgerlichen Parteien mehr in der Lage ist, einen überzeugenden Weg anzubieten, um die kämpfenden Massen niederzuhalten, auf einen offenen Putsch und versucht dementsprechend ein Klima herzustellen, in dem er machbar wird: durch Verbreitung allgemeiner Angst und Unsicherheit ihre eigene („schwarze") Ordnung als einzigen Ausweg erscheinen zu lassen.

Und hier wird auch die volle Funktion der Bomben erst verständlich: sie entsprechen genau jener **„Strategie der Spannung"**, die für die Faschisten die einzige Chance überhaupt ist, an die Macht zu kommen!!!










## Flugblatt der Faschisten

Der Text des in Bologna in einer Telefonzelle deponierten Flugblatts der faschistischen Organisation „ordine nero" (= „Schwarze Ordnung", wobei in Italien **schwarz** nicht die Farbe der Anarchisten, sondern traditionell die der Faschisten ist – es entspricht also dem **Braun** der deutschen Faschisten):

*Der Versuch Tavianis und Santillos, durch die Verhaftung der Kameraden von „ordine Nero" die Organisationen zu stoppen und zu zerschlagen, ist fehlgeschlagen.*
*Mit der Bombe, die wir in den Rom-Florenz-Expreß gelegt haben, wollten wir der Nation zeigen, daß wir in der Lage sind, Bomben zu legen, wo wir wollen, zu jeder beliebigen Zeit, in jedem beliebigen Ort, wo und wann es uns gefällt.*
*Die nazistische Fahne ist nicht im fernen Berlin von 1945 gestorben – sie lebt weiter für ein großes Italien, faschistisch und nazistisch.*
*Die wirklichen Verantwortlichen für die 12 Opfer sind: Taviani, Santillo, Longo, Leone, die durch die Zerstückelung unserer Organisationen Italien unter den Marxismus führen.*
*In dieser traurigen Stunde, die Italien durchlebt, blüht die Idee jeden Tag umso mehr auf.*
*Der Nazismus kommt wieder – für die Rettung Italiens wird er wiedergeboren werden.*
*Es lebe Italien*
*„ordine nero*
*Sektion Pierre Drieu la Rochelle*
*Sektion Giancarlo Esposti*

*Bologna, den 3. 8. 1974*

*Giancarlo Esposti ist gerächt worden.*

Erläuterungen der Redaktion:
Taviani = Innenminister
Santillo = Chef des „Anti-Terrorismus-Kommissariats"
Longo = Es gibt zu viele Longo, um zu wissen, welche sie nun gerade meinen.
Leone = Präsident der Republik
Pierre Drieu de Rochelle = Weiß der Himmel wer das sein kann ...
Giancarlo Esposti = Faschist, der beim Sturm der Carabiniere auf ein von den Faschisten organisiertes paramilitärisches Trainingslager erschossen worden ist.

# Fabrikbesetzung in Milazzo

16. Juli: „Die 1 200 Arbeiter des Zweigwerkes der Mittelmeerraffinerie Monti in Milazzo müssen am 27. Juli entlassen werden und der Lohn kann wegen Finanznot nicht ausgezahlt werden." (Monti, Ölmillionär und Zeitungsverleger) An der Raffinerie sind Petro chemical, Somic, Bentini beteiligt.

Die ganze Angelegenheit hat einen erpresserischen Charakter und die Arbeiter riefen sofort eine Vollversammlung ein, um sich gegen die Arbeitslosigkeit zu wehren, da es in Sizilien noch sehr wenig Industrie gibt.

19. Juli: Die Arbeiter beschlossen, die Fabrik zu besetzen. Streikposten standen vor allen wichtigen Eingängen.

20. Juli: Vom 18. auf 19. Juli schliefen etwa 1 000 Arbeiter in der Raffinerie. Sie ließen die drei Öltanker im Hafen ungelöscht vor Anker liegen. In der Stadt und der Umgebung, wo viele Leute abhängig von Monti sind, wurde die Besetzung begrüßt.

23. Juli: Trotz Spannungen an den ersten Tagen halten die Arbeiter die Monti-Fabrik weiter besetzt. Tag und Nacht bewachen sie die Fabrik, da evtl. Provokationen erwartet werden. Der Kampf wird zur Zeit von den Arbeitern autonom geleitet. Überall in der Stadt sind an den Wänden Parolen gegen Monti und die Faschisten zu lesen. Auch die Gewerkschaft mußte sich dann gegen Monti aussprechen. (Monti pflegt Kontakt mit faschistischen Abgeordneten, die an dem Mailänder Attentat beteiligt waren.)

24. Juli: Ein Zug von 2 000 Arbeitern zog vom Fabrikhof nach Milazzo, und Arbeiter der anliegenden Fabriken, wie Galileo und Enel schlossen sich der Demonstration an. Sie forderten sofortige öffentliche Verhandlungen. Ihre Parolen: Monti Faschist! Gegen die Erpressung der Fabrikherren – nationaler Generalstreik! Die Arbeiter von Milazzo wollen nicht auswandern, sie werden dafür kämpfen, um hierbleiben zu können!

27. Juli: Ein erster Sieg der Raffineriearbeiter: – Monto hat den Arbeitern versprochen, erst Ende September die Fabrik zu schließen. Sie sollte eigentlich am 27. Juli geschlossen werden. Nun verlangen die Arbeiter ihr Geld der letzten zehn Streiktage. Deshalb bleibt die Fabrik weiter besetzt und die Arbeiter wollen neue Kampfformen ausdiskutieren, auch deshalb, weil sie Ende September die Fabrik nicht verlassen wollen.

28. Juli: Die Arbeiter legen dem Präfekten von Messina und Monti ihre Plattform vor. Darin fordern sie die Garantie, daß die Arbeiter, die wegen der Wartung der Anlage eingestellt waren, im Oktober weiterbeschäftigt werden sollen, Garantie der Arbeitsplatzbeschaffung in anderen Fabriken oder Garantie der weiteren Lohnauszahlung für die Arbeiter und die Übernahme der Arbeiter durch die nächstgelegene Raffinerie, Zahlung der Streiktage.

Dann versuchte Monti, die Streikfront durch Artikel in seinen Zeitungen (La gazetta del sud) zu spalten. Er ließ darin verlauten, daß eine Einigung erzielt worden sei und am Montag alles wieder zur Arbeit gehe. Dem widersprachen die Arbeiter durch Kampagnen, die sie in der Stadt und auf dem Lande durchführten und erklärten, daß der Kampf weitergehe.

Nun sprach man in vielen Diskussionen immer mehr über die Perspektiven des Kampfes, die Einbeziehung anderer Fabriken in den Kampf, über die Verbindung des Kampfes gegen die Entlassungen und Restrukturierung der Gegend mit dem antiproletarischen Rumor- und Carli-Dekret und den faschistischen Manövern von Monti.

30. Juli: Mit der Sturheit der Fabrikleitung geht Hand in Hand das Vorhaben der Gewerkschaft, den Kampf aufzugeben. Die Gewerkschaft schlägt vor: Arbeit bis 15. Oktober, dann Auszahlung. Die Arbeiter wollen aber die Lohnfortzahlung und weitere Beschäftigung. Auch wollen sie selbständig den Kampf fortführen und mit benachbarten Fabrikarbeitern ein Kampfkollektiv bilden.

Die Benzinknappheit in der Gegend läßt erwarten, daß die Raffinerieleitung dem Vorschlag der Gewerkschaften zustimmen wird. Die Arbeiter wollen aber eine Versammlung mit den Arbeitern der anderen Raffinerien abhalten und treffen sich deshalb mit den Leuten von Enel, um die Arbeitsplatzerhaltung zu diskutieren.

1. August: Die Arbeiter lehnen den Vorschlag, der zwischen den Gewerkschaften und Monti ausgehandelt wurde, ab. So stehen sie alleine den ganzen politischen Parteien und Gewerkschaften gegenüber (PCI, CGIL, CISL, UIL).

Die Gewerkschaften sagen, ihr Vorschlag sei reell und durchführbar, doch was die Arbeiter wollen, müßten diese selbst verantworten.

In einem offenen Brief (in Unita veröffentlicht) versuchen die drei Gewerkschaften klarzumachen, daß das Abkommen mit Monti die bestmögliche Lösung sei. Die Arbeiter haben dann die Verantwortung auf sich genommen, haben Gewerkschaftsbürokraten eingeladen und ein Telegramm nach Rom geschickt, worin sie sich bei der Gewerkschaftsspitze über das Monti-freundliche Gebaren der Gewerkschaft in Sizilien beklagen. Trotzdem konnte auch nach 15 Tagen Streik durch solche Manöver die Streikfront nicht gebrochen werden und auch nicht die Solidarität der Leute aus Milazzo.

2. August: Die Polizei räumt in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag die besetzte Fabrik.

# 11. September 1974 : 1 Jahr

# Militärdiktatur und Widerstand in Chile



Vor einem Jahr, am 11. 9. 1973 stürzte das chilenische Militär mit Hilfe des US-Geheimdienstes CIA in einem blutigen Putsch die Regierung der Unidad Popular. Während dieser Regierung hatten die Arbeiter begonnen, die Produktion und die Verteilung der Waren selbst zu organisieren und sich ihre eigenen Machtorgane zu schaffen. Die armen Bauern und Landarbeiter versuchten, das Land gemeinsam unter eigener Planung zu bebauen. Gegen diese Bewegung richtete sich der Putsch der Junta.

Die Junta versuchte vom ersten Tag ihrer Machtübernahme an, diese Bewegung wieder rückgängig zu machen: sie gab Fabriken, Banken und Landgüter wieder an ihre früheren Eigentümer zurück und handelte mit den US-Konzernen, die bis zur Regierung der Unidad Popular die chilenischen Kupferbergwerke ausgeraubt hatten, riesige Entschädigungssummen aus. Die großen imperialistischen Weltkonzerne wurden ermuntert, jetzt wieder in Chile zu investieren.

Gleichzeitig vermehrte sich die Zahl der Arbeitslosen, Zehntausende von Arbeitern und Angestellten wurden entlassen. Im Juni 1974 waren es schon 1,2 Millionen, das sind 11 %! Die Inflationsrate wird 1974 300 % erreichen. Ein Arbeiter muß mehr als vier Stunden arbeiten, um 1 kg Brot zu kaufen. Früher gab es in den Läden viele Lebensmittel nicht zu kaufen, sondern nur auf dem Schwarzmarkt, weil die bürgerlichen Gegner der Unidad Popular alles horteten und zurückhielten, um Chile in ein wirtschaftliches Chaos zu stürzen. Heute sind die Läden voll: nur sind die Preise höher als früher auf dem Schwarzmarkt und niemand außer den Reichsten der Reichen kann es sich leisten, davon etwas zu kaufen. Das sind die Erfolge der Junta: die Arbeiter und Bauern leben unter dem Existenzminimum – die ausländischen Großunternehmen beginnen wieder, Profite zu machen!

Es ist klar: diese Politik kann nur mit Gewalt erzwungen werden. Seit dem Putsch wurden alle Freiheiten abgeschafft, es wurden über 30 000 Menschen getötet, es wurden 40 000 und mehr in Gefängnisse und Konzentrationslager gesteckt. Tausende von Menschen sind Opfer von standrechtlichen Erschießungen geworden. Im Namen des ‚Kampfes gegen den Marxismus' foltern die Offiziere der Junta massenweise „Verdächtige", kastrieren sie Gefangene, brechen ihnen die Rippen, die Beine, die Arme, das Rückgrat.

In einem Bericht eines kirchlichen „Friedenskomitees" aus Chile werden 65 verschiedene Foltermethoden beschrieben, mit denen seit dem 11. September letzten Jahres die Menschen in Chile gemartert werden.

Trotzdem hat die Junta wesentliche Ziele, die sie sich stellte, nicht erreicht:

die katastrophale wirtschaftliche Lage beginnt bereits, sich gegen die Junta umzuschlagen; die Junta hat es weit rascher als voraussehbar ‚verstanden', sich fast allen bürgerlichen Kräften im Lande zu entfremden; die Ereignisse in Chile haben eine breite Bewegung internationaler Solidarität ausgelöst und auf internationaler diplomatischer Ebene die Junta stärker als erwartet isoliert, so daß sogar ausgesprochene Rechtsregierungen sich gezwungen sahen, ihren chilenischen Partner zur Mäßigung anzuhalten.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Junta sind auch ein Ausdruck des Widerstandes des Volkes gegen das Militärregime und seine ‚Produktionsschlacht'. Schon wenige Wochen nach dem Putsch begannen die ersten Widerstandsaktionen: im November streikten die Arbeiter auf den Metrobaustellen von Santiago. Die Arbeiter des Textilkonzerns Sumar, einer der traditionellen Bastionen der Arbeiterbewegung, streikten eine Stunde lang aus Solidarität mit dem schwedischen Botschafter Edelstam, der wegen seiner Hilfe gegenüber Verfolgten zur „unerwünschten Person" erklärt worden war. Ende Januar waren die Baustellen von Santiago mehrere Tage lang fast verlassen: die Bauarbeiter ‚schwänzten'. Die Bäckereiarbeiter von Santiago haben in der ersten Januarwoche dieses Jahres 85–90 % der regulären Arbeitszeit nicht gearbeitet. Der Generalsekretär des Bundes der Bäckereiarbeiter sagte: „Viele Kollegen sind nicht zur Arbeit gekommen, weil ihre Löhne zu niedrig sind".

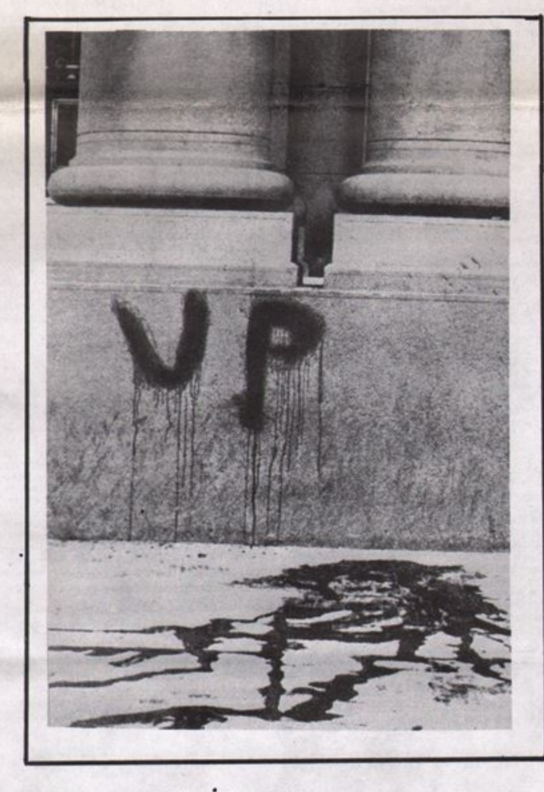
Diese Auseinandersetzungen finden unter den schwierigsten Bedingungen statt. Als im Januar 1974 ein neuer Streik bei Sumar ausgebrochen war, kam es zu einer blutigen Repression: mehr als dreißig Verhaftungen und mehrere Hinrichtungen!

Gleichzeitig entwickeln sich neue Formen aktiven Widerstandes: zum 1. Mai zirkulierten heimlich Flugblätter. Auch die politischen Kundgebungen anläßlich der Beerdigung von Toha (Verteidigungsminister unter Allende) – wie früher schon bei Neruda – stellen offene Formen des Widerstands dar.

Der folgende Absatz wurde in der Mittagszeitung „La Segunda" (die, wie alle erlaubten Zeitungen, junta-freundlich ist) in der Ausgabe vom 30. 4. 1974 veröffentlicht:

„In verschiedenen Vierteln Santiagos tauchen Zettel auf, kaum größer als eine Briefmarke, mit Inschriften, die auf den Tag der Arbeit anspielen. Es handelt sich um gummierte Aufkleber, die in der Handfläche getragen und leicht auf Masten, Baumstämme und Wände aufgeklebt werden können. Die subversiven Losungen sind offenbar mit selbstgemachten Stempeln hergestellt. Auf diesen kleinen Papieren wird angekündigt, daß der 1. Mai der Tag ist, an dem der Widerstand beginnt."

Natürlich können solche kleinen Ansätze nicht unmittelbar etwas an den Machtverhältnissen ändern, doch erfordern sie unter den Bedingungen der uneingeschränkten breiten Repression und der wirtschaftlichen Not ein **Höchstmaß an Kampfbereitschaft**. Wer heute in Chile an einem Streik teilnimmt, ein Flugblatt weitergibt oder eine politische Parole an die Wand malt, **riskiert sein Leben.**




Beilage der Zeitung: WIR WOLLEN ALLES, Nr. 19
Redaktionsanschrift: c/o SC, 6 Frankfurt, Postfach 4202
Presserechtlich verantwortlich: Gisela Erler, 8 München, Josefsburgstr. 16

**Unterstützt den Widerstand des chilenischen Volkes!**

Der Widerstand in Chile ist auf internationale Hilfe angewiesen. Wie kann man den Widerstand unterstützen?

Die chilenische Linke befindet sich in einer wirtschaftlich verzweifelten Lage: Sie braucht Geld, um zu überleben, um Kommunikation herzustellen, um sich zu organisieren. Sie braucht also zunächst materielle Unterstützung!

Darüber hinaus wird der Sturz der Junta beschleunigt, wenn es gelingt, die BRD-Regierung und das westdeutsche Kapital daran zu hindern, die Junta weiter politisch und ökonomisch zu unterstützen. Durch eine breite Solidaritätsbewegung können wir die wirtschaftliche, politische und diplomatische Isolierung der Junta vorantreiben und so dem chilenischen Widerstand helfen.

Deshalb haben die Chilekomitees aus der ganzen BRD zu einer Aktionswoche vom 7. bis 11. September und zu einer zentralen Demonstration aufgerufen:

## Widerstand im Knast

*Bericht einer chilenischen Genossin aus dem Gefängnis*

Ich erzähle über das Nationalstadion und die Casa Correccional (Frauengefängnis) in Santiago, die werden immer von ausländischen Beobachtern besucht. Andere Gefängnisse und Folterkammern werden nicht gezeigt (Regimenter, Kommissariate etc.). Der rein physische Anblick der Genossinnen zeigte, was mit ihnen vor der Einlieferung ins Nationalstadion geschehen ist; und trotz der sichtbaren Brutalitäten, denen man die Frauen im Stadion unterwarf, versuchten die Gorillas vor dem Ausland eine saubere Fassade aufrechtzuerhalten.

Vor der Feria Industrial de Cerrillos kamen Genossinnen, die 3 Tage lang in einem Pferdewaggon eingesperrt waren, nur mit Lebensmitteln, die ihnen die Truppe solidarisch hinter dem Rücken der Offiziere gegeben hatte. Eine von ihnen, die mit mir zusammenkam, wurde verhört, geschlagen und direkt vor meinen Augen mit ihren Händen an Strom angeschlossen. Sie hatte die ganze Zeit eine Kapuze übergestülpt. Sie war 16 Jahre. Sie wurde später häufig verhört; einmal kam sie mit Brandwunden von einer Zigarette auf der Backe wieder. Ihre Anklage war nicht schwer; viel geringer als die von Frauen, die nicht angerührt wurden. Das war weder Zufall noch Irrtum. Die Anwesenheit von Jüngeren in der Gruppe war ein Moment von ständiger und entsetzlicher Beängstigung. Es wurde als Mittel der psychologischen Spaltung vom Rest der Frauen, meistens Mütter, ausgenützt. Das Gleiche geschah durch die Anwesenheit von schwangeren Frauen, die erst kurz vor der Geburt freigelassen wurden. Gleichzeitig verkündete die Junta ihre Losungen: Wir haben die Zukunft des Landes gerettet, unsere Kinder werden in Ruhe aufwachsen.

Von Chena, einem Ort in der Nähe von Santiago, kam eine Gruppe von Lehrerinnen mit ihrer Direktorin, einer Frau von ungefähr 60 Jahren. 15 Tage lang hatten sie die Augen verbunden gehabt, waren absolut ohne jede sanitäre und hygienische Versorgung. Eine von ihnen hatte den Kopf rasiert, etliche hatten Male von Schlägen auf ihrem Körper und ihren Knieen. Die kamen vom Runterfallen von einer Treppe, die sie ohne zu sehen runter mußten, um zu den Verhören zu gehen.

Die Genossinnen, die von der Luftwaffe kamen – dort sind die Militärs am brutalsten – hatten Verletzungen und Brandwunden. Sie wurden mit Elektrizität an Mund und Genitalien gefoltert, mit Pentotal verhört etc. . . 2 brasilianische Genossinnen kannten diese Foltermethoden schon von Brasilien.

Während der Verhöre, Schläge und Folterungen wiederholten die Militärs ständig vor ihren Opfern: „Wir tadeln nicht eine Ideologie, die eure ist verschieden von der unsrigen; wir wollen nur Verbrechen bestrafen." Man könnte meinen, die Folter sei für die Militärs nur eine wohlüberlegte Verhörmethode. Die Vermutung verstärkt sich, wenn man selbst gesehen hat, wie ein Folterer 3 Tage später zu einer geschlagenen Genossin kam, um sich zu entschuldigen zu bitten: „Ich habe mich geirrt, man hat ihre Papiere verwechselt." Es ist aber ein Irrtum zu glauben, daß die Folter und der Stock ein bürokratisches Problem sind. Das ist eine unkontrollierte Maschine, die nichts mit der menschlichen Natur zu tun hat. Das ist Irrationalität und Zerstörungslust bis zu der letzten Konsequenz getrieben. Und das zwingt die Gefangenen so schnell wie möglich ein Abwehrsystem zu entwickeln, um wenigstens bei Verstand zu bleiben.

Das geht hauptsächlich durch zwei Sachen: durch die Bildung einer einheitlichen Gruppe, auf die man sich emotional beziehen kann, und durch den Kontakt mit der Außenwelt. Nicht nur um Informationen zu erhalten, sondern um nicht zu vergessen, daß die Gefangenen und Gefolterten im Augenblick die wichtigste Anklage gegen das repressive System sind. Der Einblick in die politische Rolle gibt der Gefangenschaft einen Sinn.

Die Organisierung der Gruppe kommt von selbst. Gegenüber dem gemeinsamen Feind, klar vor Augen, sind alle gleich. 5 Leute benutzen eine Zahnbürste, zu viert schläft man auf einer Matratze, Essen kriegen die Schwangeren zuerst, 50 teilen sich ein Huhn. Die Militärs merken etwas von dieser Situation. Sie legen die Frauen häufig woanders hin; sie bringen zuviel Bettdecken; am nächsten Tag nehmen sie sie wieder weg. Die Gruppe bestimmt eine Delegierte, beauftragt sie, alles zu verteilen. Die Militärs setzen die Delegierte in Einzelhaft, wählen aber einen Platz, wo die ganze Gruppe sie sieht. Darauf gibt es viele Delgierte, die man aber von außen nicht sehen kann. Als es eine Tatsache ist, daß die Organisation Ausdauer hat, fordern die Militärs eine Delegierte, um besser die Anordnungen übermitteln zu können. Die Gruppe hat aber gelernt, daß die Militärs dafür selbst eine aussuchen müssen.

Der Kontakt nach draußen kommt ähnlich zustande. Dort, wo wir sind, erspäht man Leute auf der Straße. Schnell entwickelt sich eine mimische Sprache, die schließlich ganz leicht verständlich ist. Und die es erlaubt, eine unglaubliche Vielfalt von

→

# Solidaritätsdemonstration

## Am 14. September – in Frankfurt – 14. Uhr – Römerberg

Zur Chile-Demonstration nach Frankfurt werden drei Sonderzüge der Bundesbahn fahren!!

Bremen-Münster-Ruhrgebiet-Köln-Bonn-Frankfurt

Hamburg-Hannover-Kassel-Gießen-Frankfurt

Freiburg-Karlsruhe-Heidelberg-Mannheim-Frankfurt

Nähere Auskunft bei den örtlichen Chile-Komitees!

(Fortsetzung)

Inhalten auszudrücken. Die Truppe akzeptiert es. Wenn die Offiziere es bemerken, helfen ihre Drohungen gar nichts.

Die Militärs gehen bei Besuchen von ausländischen Kommissionen mit. Die Anwesenheit des Folterers schüchtert anfangs die Frauen ein, vor allem, weil die offizielle Solidarität, ebenso wie die vom Roten Kreuz, offensichtlich oberflächlich ist. Die Beobachter können es nicht lassen, häufig noch hinzuzufügen: „Schließlich habt ihr ja doch was angestellt.“ Diese Farce wird den Gefangenen bewußt, vor allem, wenn Leute kommen, die international als Rechte bekannt sind. Irgendwann reicht einem das. Als ein Delegierter von der UNO, von je einem Offizier der 3 Waffengattungen begleitet, kommt, gehen die Frauen eine nach der anderen an ihm vorbei und zeigen ihm die Spuren der Folterungen. Währenddessen schildert eine andere Frau, was mit ihr gemacht worden ist, und fragt, was für ein Verbrechen man begangen haben muß, um das zu verdienen. Beim 4. oder 5. Fall hält der Delegierte es nicht mehr aus. Er verlangt, daß man ihn mit den Gefangenen allein läßt und notiert sich, was man ihm sagt. Er bittet den Rest der Gruppe um Entschuldigung, nicht alle anhören zu können. Er sagt, mehr könne er nicht verkraften. Der Delegierte war Bolivianer, ein Funktionär eines anderen repressiven Systems.

Die Folterungen und Isolation waren nicht die einzigen Probleme. Jede Frau plagte sich mit dem Unsicherheitsgefühl und der Angst um ihre Familie.

Das Rote Kreuz empfing die Nachrichten für die Familienangehörigen; ein System, was die Militärs akzeptierten, solange es mündlich war. Es nahm die Pakete, die Angehörige schickten, in Empfang. Sie wurden ständig verwechselt; die Kleidung landete oft in den Händen von Leuten, für die sie nicht bestimmt war; das Essen verfaulte. Die Antworten auf die Nachrichten waren wirr, und zog sie mal jemand zur Rechenschaft, gaben sie zu, sie vergessen zu haben.

EINEN STUNDENLOHN FÜR CHILE

SPENDET FÜR
DEN SIEG
DER CHILENISCHEN
ARBEITERKLASSE

Pschk. Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

Vorschlag eines Kollegen aus Berlin:

Das chilenische Volk braucht weiterhin und dauerhaft unsere Solidarität. Besonders wichtig ist die materielle Unterstützung. Um es nicht bei gelegentlichen Spenden auf Solidaritätsveranstaltungen bewenden zu lassen, hatten sich Kollegen eines Berliner Industriebetriebes auf einer Betriebsversammlung im Oktober letzten Jahres verpflichtet, einen Stundenlohn pro Woche für Chile zu spenden, solange die Junta an der Macht ist.

Diesen Vorschlag habe ich an meinem Arbeitsplatz in der wöchentlich stattfindenden Konferenz eingebracht. Nahezu alle Kollegen stimmten dem Vorschlag zu. Inzwischen konnten wir schon viermal vierhundert Mark auf das Chile-Konto überweisen.

Ich bin davon überzeugt, daß auch in anderen Betrieben eine derartige Aktion Anklang finden würde. -rep-

Das Rote Kreuz verschenkte auch Kleidung. Wenige Tage, nachdem sie uns mit den notwendigsten Sachen eingekleidetet hatten, brachten sie uns einen kleinen Wagen, ließen ihn stehen, damit jede Frau herausziehen konnte, was sie wollte. Wir waren mehr als 100. Die meisten besaßen nur ein Kleidungsstück, wuschen nachts, um es am nächsten Tag wieder anziehen zu können. Deshalb war die allgemeine Reaktion vorhersehbar und auch emotional verständlich. Es entstand ein Riesendurcheinander. Nur die Gruppenführer brachten es fertig, Ordnung zu schaffen und die Situation zu bewältigen. Unter den Sachen gab es Badeanzüge, Küchenschürzen und Bilder. Wir durften uns über den guten Willen der Hausfrauen nicht ärgern. Anscheinend haben sie es ehrlich nicht geschafft, ihre karitativen Gefühle mit Verstand umzusetzen. Genauer betrachtet ist es eine Klassenhaltung. Es ist die Strafe und moralische Abwehr der Bourgeoisie gegen Frauen, die zu denken wagen. Als 6 Gefangene die Verteilung der Pakete übernahmen, gab es kein Durcheinander mehr. Das war auch das letzte Mal, daß was gekommen ist.

Aber schließlich fanden sie eine Methode, die Würde der ganzen Gruppe zu brechen. Sie erpreßten uns mit den Besuchen der Familienangehörigen. Anfänglich gab es zwei Besuche, scheinbar durch einen bürokratischen Fehler. Wie wir später bemerkten, war es sehr gut vorausgeplant. Die Familie sehen, sie berühren zu können, war ein bißchen, wie nicht mehr gefangen zu sein. Und diese 2 Besuche gaben jedem Tag einen Sinn. Dann wurden die Besuche gestrichen, es sei ein Irrtum gewesen. Von da ab begannen alle, die was mit dem Besuchersystem zu tun hatten, völlige Unterwerfung zu verlangen. Sie ließen durchblicken, sie würden wieder versuchen, wieder Besuchserlaubnis zu bekommen. Die Gruppe war politisch so bewußt, daß sie die Falle spürte. Um Weihnachten rum fingen die Nonnen an, von einer Freilassungswelle zu sprechen. Nach vielen Bittschriften, die immer mehr unsere tiefe emotionale Abhängigkeit von unseren Kindern deutlich machte, teilten sie uns mit, daß wir Besuch kriegen würden. Aber am Morgen des Besuchstages sagten sie uns, daß je nur ein Erwachsener und die Kinder unter 5 Jahren eingelassen werden. Man betonte noch die Güte der Staatsanwaltschaft. Die Entwürdigung war brutal. Wir wollten erst überhaupt nicht rausgehen. Aber das wagten wir nicht, weil wir an die Familien dachten, die seit Stunden auf das Einlassen warteten. Ihnen ergings genauso, sie hatten sich auch überlegt, nicht reinzugehen. Das Zusammentreffen fand zum ersten Mal auf beiden Seiten unter Tränen der Scham und der Demütigung statt.

Die Gruppe lernte ein für alle Mal, daß gegenüber einem System, was versucht, die Würde zu zerstören, die Gefühle und vitalsten Regungen verborgen bleiben müssen. Die Demütigung war tief und brachte eine neue Stufe politischer Reife.

Praktisch bis Mitte Januar, wo ich raus kam, hatte das System dagegen keine neuen Mechanismen gefunden. ●

# Der Kampf der Widerstandskomitees

Am 30. 5. 74 brannte das Lager der größten Textilfabrik Chiles (YARUR S. A.) aus. Die Fabrik war im Dezember an ihren früheren Besitzer Amadeo Yarur zurückgegeben worden. Die Arbeiter der damals verstaatlichten Fabrik hatten dem Putsch bewaffneten Widerstand geleistet. Dann waren sie der Verfolgung und Rache des Unternehmers ausgesetzt. Sie haben sich in Widerstandskomitees organisiert (Chile Informativo Internacional 5, 30. 7. 74).

*Lieber sterben wir im Kampf als durch Hunger und Ungerechtigkeit!*

Aus einem Aufruf eines Widerstandskomitees: „. . . Mit Gewehren, MP, Flugzeugen und Foltern haben sie uns entrissen, was wir uns in langen Kämpfen erobert haben. Die Offiziere und die Fabrik- und Landbesitzer füllen sich die Taschen mit Reichtum, der mit dem Elend von Millionen Chilenen bezahlt ist. Wir müssen Schulden machen, wenn wir essen wollen. Sie verweigern uns das Recht auf Arbeit. Sie nehmen uns das Recht, jeden Tag Brot zu essen. Sie verweigern uns das Recht, ein Dach über dem Kopf zu haben. Jeden Tag steigen die Preise, vielleicht wollen sie uns alle verhungern lassen, um die Patronen zu sparen.

Aber wir haben diesen Aufruf nicht geschrieben, um über unsere gemeinsame Not zu klagen. Wir haben ihn geschrieben, um uns gegen die Gorilla-Diktatur aufzulehnen. Nur Kampf wird uns unsere Rechte wiederbringen. Wir müssen den Widerstand des Volkes gegen die Diktatur organisieren und in jeder Fabrik, auf jedem Landgut, in jeder Schule und in jedem Wohnviertel ein Widerstandskomitee gründen. Die Diktatur ist nicht unbesiegbar. Wir müssen gegen die Preissteigerungen kämpfen, für das Recht unserer Kinder auf kostenlose Milch, gegen die hohen Fahrpreise für Kinder und Schüler und für bessere Löhne. Wir müssen uns organisieren und für diese Forderungen kämpfen. Es gibt keine Alternative; lieber sterben wir im Kampf als durch Hunger und Ungerechtigkeit.“

Der gemeinsame Feind steht jedem vor Augen, und der Kampf ist lebenswichtig. Alle politischen Organisationen betonen, daß es jetzt darauf ankommt, auch die mit einzubeziehen, die bisher nicht auf Seiten der Linken gestanden haben, die sich rausgehalten haben, die in keiner Arbeiterpartei sind oder die in einer bürgerlichen Partei sind. Und in den Widerstandskomitees sind jetzt auch schon viele Christdemokraten drin. Jeder, der gegen die Diktatur zu kämpfen bereit ist, soll sich in einem Widerstandskomitee organisieren. Die Möglichkeit der Einheit der Arbeiterklasse war noch nie so groß.

Der MIR sieht die Entwicklung der Widerstandskomitees sehr optimistisch: Edgardo Enriquez erklärte im Juni: „. . . der MIR kann die Arbeiter der ganzen Welt informieren, daß der chilenische Volkswiderstand täglich wächst, die Arbeiterklasse und die Volksmassen sich für den Kampf neu organisieren und schon da und dort organisiert Widerstand leisten gegen die Willkür des Regimes. Aber die Organisation des chilenischen Widerstands geht nicht nur im Untergrund vorwärts: am 1. Mai z. B. machten der MIR und die Widerstandskomitees einen ersten, wenn auch bescheidenen Schritt zur nationalen Koordination in der offenen Agitation. Das konnten die Gorillas nicht verhindern. Tausende von Flugblättern riefen zur Organisierung in den Widerstandskomitees auf und erklärten ihre Aufgaben. Sie wurden in ganz Chile von den Widerstandskämpfern verteilt. Früher oder später wird der Widerstand auch an anderen Fronten und mit anderen Kampfformen auftauchen. . .“

*Die Arbeit und die Aufgaben der Widerstandskomitees*

Die Widerstandskomitees entstehen da, wo man zusammenkommt und wo man den Feind vor sich hat: im Betrieb, wo Überstunden geschafft werden, der Lohn aber nicht mal zum Essen reicht; in der Uni, wo nicht mehr als zwei Studenten an einem Tisch sitzen dürfen (es könnte ja eine Verschwörung sein) und wo die Bullen rumlaufen und kontrollieren; im Stadtteil, wo man pünktlich zuhause sein muß, weil nachts während der Ausgangssperre scharf geschossen wird; auf dem Land, wo die alten Gutsbesitzer sich die besetzten Güter wieder holen.

Natürlich sind die Widerstandskomitees verboten, illegal, clandestin und können nur unter äußersten Vorsichtsmaßnahmen was machen. Im August erst sind bei einer Pinselaktion in Santiago sieben Genossen erschossen worden, das ganze Komitee wohl. Aber man kann doch was machen: schon im vergangenen November erzielten die Arbeiter von CHILEELECTRICO ihren ersten Erfolg im Streik, als die Diktatur willkürlich einbehaltenen Lohn doch bezahlen mußte. Aus Furcht, die Hauptstadt könnte mal ohne Licht sein, gab die Junta nach. In so einer dunklen Nacht könnte allzuviel passieren.

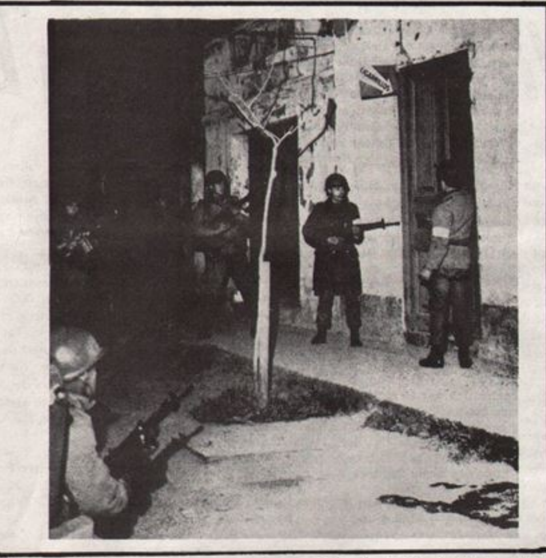
Das meiste läuft aber auf einem viel niedrigeren Niveau. Aber bei der Repression ist jede Aktion politisch, jeder Warnstreik ist ein Streik gegen die Junta und ihre „Produktionsschlacht“; die bloße Existenz von Arbeiterorganisationen ist ein Schlag ins Gesicht der Generäle. Und sie werden hysterisch: beim Erscheinen von Flugblättern in der Innenstadt von Santiago wurden ganze Straßenzüge abgesperrt und durchgekämmt. Obwohl viele Leute mitgenommen wurden, waren die „Verbrecher“ nicht dabei.

Die Forderungen, die die Widerstandskomitees aufstellen, setzen an ganz unmittelbaren Sachen an: Lohn! Z. Zt. geht in den Vorstädten von Santiago 60 % des Lohnes für den Einkauf von Brot drauf, das heißt, daß die Arbeiter dort praktisch nur von Wasser und Brot leben.

Die Forderung nach freier gewerkschaftlicher Betätigung, überhaupt nach Versammlungsfreiheit, und sei es auch in einem Sportverein, gewinnt große Bedeutung; nicht nur, weil in Chile Karate und sowas verboten ist, sondern auch, weil man sich da treffen kann, sprechen. Das kann eine gute Tarnung sein für ein Widerstandskomitee. Die Genossen müssen alle legalen Spielräume ausnützen. Die zentrale Gewerkschaftsorganisation ist verboten. Die Junta versucht aber, eigene Gewerkschaften aufzubauen. Die sind natürlich scharf überwacht und mit Rechten durchsetzt und die Junta hofft, sie in der Hand zu behalten. Aber die Genossen arbeiten auch in diesen Gewerkschaften mit und versuchen sie in die Hand zu kriegen. Auch in den bestehenden Nachbarschaftsvereinen, Mütterzentren (die sich z. T. unter der UP-Zeit radikalisiert haben), Jugendclubs und allen Organisationen, die von der Junta noch nicht verboten sind, arbeiten die Widerstandskomitees.

Ein politisches Treffen zu organisieren, ist sehr schwer. Die Militärs sagen: fünf Menschen, das kann noch ein Familienfest sein –15 sind eine Verschwörung – und handeln danach. Oft kriegen dann die Genossen, die ursprünglich von den Christdemokraten kommen, besondere Bedeutung. Im Betrieb und in der Nachbarschaft sind sie nicht als Linke bekannt und deshalb weniger gefährdet. Auch Kleinbürger, die sich entschließen, in einem Widerstandskomitee zu arbeiten oder es irgendwie technisch, finanziell oder sonstwie zu unterstützen, riskieren dabei Kopf und Kragen.

Agitation und Propaganda sind eine weitere wichtige Aufgabe der Widerstandskomitees. Jede Ansammlung von Menschen gibt die Möglichkeit, dem Widerstand Ausdruck zu verleihen. Jede Schlange an der Bushaltestelle bietet Gelegenheit für Gespräche (deshalb ist auch jede Menschenansammlung für die Junta gefährlich). Die Flugblätter werden oft mit der Hand geschrieben, wo man nicht an eine Druckmaschine rankommt, werden auf dem Klo liegengelassen, heimlich wo angeklebt usw. Natürlich hat jede freie Information einen ungeheuren Wert, offiziell gibts ja nur die CIA-Presse. Inzwischen erscheinen die Untergrundzeitungen regelmäßig. Eine Seite paßt in eine Handfläche, winzig klein beschrieben, gerade noch zu lesen; die werden irgendwo so klein gedruckt oder photomechanisch verkleinert und vervielfältigt. Über die inzwischen wieder vorhandenen Strukturen der linken Organisationen werden sie verteilt, gehen



von Hand zu Hand. Und wenn ein Genosse von dieser Organisation dann im Widerstandskomitee ist, verbreitet er die Information dort weiter. Sie dienen zur Grundlage der Agitation. Sie berichten auch über das Ausland. Die Zeitung „Venceremos“ (Format 7 x 5 cm!) berichtet z. B. seit Anfang des Jahres auch über die Solidaritätskampagne in Europa.

Die Widerstandskomitees organisieren auch Sabotageaktionen, wegen der Repression und der relativen Schwäche der linken Bewegung aber bisher noch unkoordiniert. Einer macht abends beim Verlassen des Arbeitsplatzes den Feuerwehrwasserhahn auf und am nächsten Morgen steht die ganze Halle unter Wasser. – In einer Nudelfabrik haben die Widerstandskomitees organisiert, daß in die 1kg-Packungen 1,3 kg gepackt wurden. – Es wird schlampig gearbeitet, damit möglichst viele Produktionsfehler auftreten. Aber der Druck ist ungeheuer groß. Jeder, der irgendwie auffällt, fliegt raus. Im öffentlichen Dienst sollen jetzt 100 000 Beschäftigte entlassen werden, als Maßnahme der Junta gegen die Inflation. Das wird die Arbeitslosigkeit noch mehr erhöhen. Betroffen sind natürlich vor allem die, die irgendwo und irgendwann mal auch nur den leisesten Linksverdacht haben aufkommen lassen. Am schlimmsten sind die Familien dran, wo ein Genosse gefallen, gefangen oder vermißt ist.

Gerade in der schwierigen Situation, wo auch viele der früher engagierten Genossen pessimistisch und adaptisch sind, kommt es darauf an, eine Möglichkeit des Widerstands zu zeigen und sei sie auch noch so klein. Jedes Flugblatt, die Tatsache allein, daß Flugblätter gemacht werden, jede Aktion zeigt, daß es den Widerstand gibt. Natürlich gilt das auch für unsere Aktionen in Deutschland: CHILE SOCIALISTA hat man im Fernsehen in Chile gesehen. Der MERCURIO hat auch darüber berichtet, genau wie über die Vertreibung der Huasos Quincheros (der Junta-Song-Gruppe vgl. WWA 18, S. 12) – und die Genossen verstehen, was sie da lesen richtig.

*Bewaffneter Kampf*

Nach übereinstimmenden Einschätzungen wird sich die Krise der Junta und der Bourgeoisie in Chile innerhalb des nächsten Jahres zuspitzen. Dann muß die Massenbewegung gegen die Diktatur so weit entwickelt und vereinigt sein, daß sie die Offensive auf breiter Front beginnen kann. Die revolutionären Parteien müssen bis dahin so weit gefestigt sein und so einig, daß sie diese Offensive mit tragen, stärken, strukturieren und leiten können. Es darf der Diktatur nicht gelingen, sich aus dieser Krise zu erholen und sich womöglich langfristig zu festigen, wie in Spanien.

Die Offensive der Massen wird nicht mit friedlichen Mitteln allein vorgehen. Das wissen die chilenischen Genossen. Der bewaffnete Kampf wird bald beginnen. Träger dieses bewaffneten Kampfes werden in Chile nicht einzelne relativ kleine Guerrillagruppen sein, das entspräche weder der objektiven Situation noch dem Bewußtsein der Massen in Chile. Die Massen selbst werden die Träger des bewaffneten Kampfes sein und zwar in den Organen, die sie sich selbst geschaffen haben. Ebenso, wie in der Endzeit der UP-Regierung die Arbeiter in den Cordones Industriales und den Comandos Comunales – ihren eigenen Kampforganen – mit militärischer Ausbildung und der Bewaffnung begonnen haben, wird es eine Aufgabe der Widerstandskomitees sein, unter den veränderten Bedingungen den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Mit einem schnellen Sieg über die Repression, etwa in einem militanten Generalstreik und einem kurzen Straßenkampf kann man nicht rechnen. Nur ein harter, langandauernder Kleinkrieg auf allen Ebenen und in allen Bereichen, mit allen Mitteln wird die technische Überlegenheit eines vom Imperialismus gestützten Repressionsapparates zermürben und wird die politischen, organisatorischen und militärischen Gegebenheiten schaffen, die Macht zu übernehmen.

In einer Erklärung der MIR heißt es: „der bewaffnete Kampf wird nicht ein Kampf von Avantgarden sein. Er wird auch nicht in einigen spektakulären Aktionen bestehen, denen die Massen zuschauen. Der bewaffnete Kampf hängt ab von der Verfassung und dem Bewußtsein der Massen, ihrer Fähigkeit und Bereitschaft zum bewaffneten Kampf und vor allem zum Aufbau der Widerstandsbewegung und des Volksheeres, das in vielen Gefechten und einem langen Krieg der Diktatur entgegentritt, bis ein Kräfteverhältnis geschaffen ist, das die endgültige Offensive ermöglicht, den Sieg über die Diktatur und die Ergreifung der Macht durch die Arbeiter!

Im Augenblick, wo die Massenbewegung noch schwach ist und den gezielten Schlägen der Repressionsstreitkräfte nicht widerstehen kann, wo die technischen Möglichkeiten erst im Aufbau sind und schließlich, wo innerhalb der Streitkräfte starke Widersprüche bestehen, sind **spektakuläre bewaffnete Offensivaktionen** nach übereinstimmender Einschätzung der Gruppen verfrüht; sie würden die noch wenig gefestigten Strukturen zu sehr gefährden; außerdem würden sie Fraktionen innerhalb der Streitkräfte wieder zusammenführen, an deren Spaltung jedem gelegen sein muß. So mußte z. B. jetzt Santiago von den Militärs in vier Regionen aufgeteilt werden, von denen die drei Waffengattungen und die Bullen je eine beaufsichtigen. Zu oft wurden die Parouillen von „Extremisten“ beschossen. Dabei ging aber nur die Hälfte der Aktionen auf das Konto der Genossen. Die Patrouillen beschossen sich auch gegenseitig, eine Waffengattung die andere, um Verluste und Chaos in den eigenen Reihen zu schaffen, aus Protest gegen Korruption und Willkür der Vorgesetzten.

Der bewaffnete Kampf wird nicht auf den St. Nimmerleinstag verschoben. Die Offensive muß mit der erwarteten Verschärfung der Krise der Buorgeoisie aufgenommen werden und die Widerstandskomitees müssen sich schon jetzt auf die Phase politisch, technisch und militärisch vorbereiten.

E. Enriques sagt in seiner Erklärung des MIR vom Juni 74: „Pnochet und seine Bullen fallen erst am Ende eines langen Volkskrieges, schwierig und voller Opfer; er wird münden in den vollständigen militärischen Sieg der Arbeiterklasse und des Volkes über das Regime. Die Hauptaufgabe derer, die heute gegen die Diktatur kämpfen ist es also, die Bedingungen herzustellen, um diesen Krieg zu beginnen, ihm eine möglichst breite soziale Basis im Volk zu geben und die nötige Kontinuität. . . Die Neuorganisierung i n den Reihen des Volkes und die Erfahrungen des chilenischen Volkes und die Erfahrungen des chilenischen Volkes in den Formen des illegalen Kampfes wird es ermöglichen, diesen Kampf zu eröffnen.

Wir sind sicher, daß der Tag nicht weit ist, an welchem der Volkskrieg in Chile in den Städten und auf dem Land ausbrechen wird.“ ●



*Dieses Papier stammt aus dem Umkreis der Diskussion, die der „organisierten Autonomie" verpflichtet ist. Es leitet die Kritik an Kommunistischer Partei und bestimmten anderen Positionen nicht ideologisch ab, sondern aus der politischen und ökonomischen Perspektive Italiens als Teil Europas.*

Die EG-Kommission sagt für 1974 eine Erhöhung des italienischen Bruttosozialprodukts um 4–5 % voraus. Das ist die höchste Quote unter den europäischen Ländern. Was die Industrieproduktion angeht, so liegt der Index in den ersten fünf Monaten dieses Jahres im Durchschnitt 13 % über dem Vergleichszeitraum 1973: auch dieser Wert ist der höchste unter den europäischen Ländern. Seit Mai/Juni läßt sich feststellen, daß die Großhandelspreise langsamer ansteigen. Und die Handelsbilanz, der wirklich schwache Punkt der italienischen Unternehmer, scheint sich seit Juni wenigstens nicht weiter zu verschlechtern. Durch die Maßnahmen zur Verknappung des Geldes und verschärften Besteuerung, die die Regierung im Mai/Juni ergriff, haben die italienischen Unternehmer sich den „Empfehlungen" der übrigen europäischen Länder (vor allem Helmut Schmidts) angeschlossen und damit wieder ein „herzliches Verhältnis" zu diesen Regierungen hergestellt. (Dieses Verhältnis war durch das Ausscheren Italiens aus dem europäischen Währungsblock und durch den Streit mit der Bundesrepublik über Kredite zugunsten der unterentwickelten Gebiete in Europa getrübt gewesen.)



# ITALIEN ist nicht CHILE

Wir sagen das nicht, um zu leugnen, daß die Krise in Italien fortdauert, oder um zu behaupten, sie sei schon fast überwunden; es geht uns vielmehr darum klarzustellen, daß diese Krise immer weniger Merkmale zeigt, die **spezifisch** für Italien sind. Italien ist nicht das schwächste Glied innerhalb der Kette der imperialistischen Länder Europas; seine Krise hat sich allmählich verändert und die Besonderheiten ihrer Entstehung haben sich immer mehr aufgelöst; das italienische Kapital hat sich unwiderruflich an die europäische Art der Krisenbewältigung angeschlossen. Das bedeutet kalkulierte wirtschaftliche Entwicklung, Erhöhung der Produktivität, der Löhne und Gehälter sowie Sozialleistungen, Veränderung der Kontrolle über die Arbeiterklasse in einer Weise, die dem Modell der übrigen EWG-Länder entspricht. Die wirtschaftliche Krise Italiens läßt sich heute also als eine Krise darstellen, die die Strukturmerkmale der Krise in den übrigen europäischen Ländern aufweist; die Unternehmer planen eine Lösung dieser Krise durch Restrukturierungsmaßnahmen und durch Anpassung der ökonomischen Struktur Italiens an europäisches Niveau.

Einen klaren Beweis für diesen Prozeß und die Tatsache, daß er sich endgültig durchsetzt, liefert eine Analyse der letzten Krisenmaßnahmen der Regierung. Es handelt sich dabei um eine verschärfte Kreditpolitik, die die Konzentration vorantreiben soll, um einen schwerwiegenden Steuerangriff auf parasitäre Einkommen (z. B. aus Immobiliengeschäften und freien Berufen) und um eine ganze Serie von Maßnahmen, die darauf abzielen, unproduktive Konsumausgaben zu reduzieren und die Investitionen zu steigern. Zum ersten Mal richten sich Steuererhöhungen nicht undifferenziert gegen die Einkommen der Arbeiter und Proletarier, sondern vor allem gegen den unproduktiven Mittelstand. Diese Tatsache spiegelt selbstverständlich die Kraft der italienischen Arbeiterklasse. Vor allem aber drückt sie den Willen der Unternehmer aus, die Krise zu überwinden und die Kontrolle durch eine Modernisierung des Produktionsapparats und eine Veränderung der Sozialbeziehungen, die den jetzigen Produktionsapparat kennzeichnen, zu überwinden.



Fiat-Chef Agnelli, der zum Leiter des Unternehmerverbandes gewählt wurde, wiederholt ständig und bis zum Überdruß: „Wir erstreben einen neuen sozialen Friedenszustand, aber auf einem Stand höherer Produktivität. Dies ist nur möglich durch eine Politik der Modernisierung, der Reformen und Bündnisse, die in der Lage ist, die italienische Ausbeutung der Unterentwicklung sowie die parasitären Strukturen, die sie begleiten, zu überwinden." Einigen eher altmodischen Vertretern der Unternehmerschaft, die entweder das Maschinengewehr oder einen Paß verlangen (d. h. entweder eine repressive Politik gegen die Arbeiterklasse oder die Möglichkeit, Kapital ins Ausland zu transferieren) antwortet Agnelli in aller Ruhe, der Unternehmerverband werden beides nicht zulassen: die Herren sollten sich andere Bündnispartner suchen.

Das heißt also, die italienische Krise ist heute von allgemeinen Strukturmerkmalen gekennzeichnet, die nicht von der spezifischen Situation Italiens bedingt sind. Es ist eine Krise, die in Italien ebenso wie den übrigen entwickelten kapitalistischen Ländern auf ein verändertes Kräfteverhältnis zwischen den beiden Klassen, auf die Umstrukturierung der imperialistischen Machtverhältnisse zurückgeht, sowie auf das vage Bewußtsein beider Seiten, daß die bisherige Situation nicht weiter aufrechtzuerhalten sei. Deswegen gibt es auch keine isolierte „italienische" Lösungsmöglichkeit für die Krise, z. B. durch einen faschistischen Staatsstreich.

Sogar die Polizei verfolgt inzwischen die faschistischen Wühlmäuse. Denn eigentlich besteht spätestens seit Beginn der 60er Jahre für Italien keine faschistische oder putschistische Lösungsmöglichkeit mehr. Heute aber hat das Bewußtsein dieser Tatsache sich sogar innerhalb des ideologischen Apparats und der kapitalistischen Repressionsorgane durchgesetzt: der Sieg der progressiven Bourgeoisie beim Referendum, der Sieg der Ehescheidung, hat das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer reformistischen Strategie sogar am Himmel der hohen Politik durchgesetzt.

## Die Einbeziehung der KP ins Regierungsgeschäft

Die Kommunistische Partei Italiens ist groß und zugleich mächtig. Vor allem aber betreibt sie eine konsequente Politik. Seit 1944 (seit der Rückkehr Togliattis nach Italien) vertritt sie die in den 30er Jahren von Stalin formulierte Linie, die Macht der „Volks"schichten durch eine reformistische Allianz mit der progressiven Bourgeoisie zu entwickeln. Inzwischen sind viele Leichen begraben, aber die KP hält ihr Konzept weiter aufrecht, daß der Reformismus das grundlegende Element einer Strategie der Arbeiter sei, daß der Reformismus in der Lage sei, die Einheitlichkeit der kapitalistischen Entwicklungspläne ernsthaft zu stören, und daß Reformen notwendigerweise geradlinig die Macht der abhängigen Klassen stärken. Getreu diesem Konzept hat die KP jeden Auflehnungsversuch der Arbeiterklasse entweder entwaffnet (so nach der Phase des Widerstandes 1945), kontrolliert (so in der Zeit des kalten Krieges) oder bekämpft (wie seit Mitte der 60er Jahre). Heute steht sie nahe vor der Verwirklichung ihres volksnationalen Projekts: der „historische Kompromiß" mit der Christdemokratie (in der BRD würde man sagen „die Große Koalition") liegt in Reichweite, der Unternehmerverband (und nicht mehr nur die „erleuchteten" Kleinunternehmer gewisser Gebiete, die bis heute mit der KP kooperiert haben) hat sich für den Reformismus entschieden, das gesamte politische Feld Italiens und sogar die staatlichen Strukturen selbst stellen sich auf die neue Situation ein.

Alle großen Organe der Bürokratie ändern – wenn auch mit einigem Widerstand, aber doch kontinuierlich – ihre Ideologie und tauschen ihr Personal aus, um sich der politischen Kehrtwendung anzupassen. Nach dem Modell der BRD wurde eine Anti-Terror-Zentrale gegründet, die die Große Koalition aufrechterhalten soll, d. h. eine „antifaschistische, demokratische" Institution.

Der Montedison-Konzern strukturiert das Pressewesen um, konzentriert es in seinen „demokratischen" Händen und entzieht es allmählich der Kontrolle der alten faschistischen Ölherren, usw.

Wie alles in Italien, ist dies einerseits ein Scheinmanöver („Alles muß sich ändern, damit alles gleich bleiben kann.") und andererseits doch wieder nicht: denn die KP in Regierungsnähe (auch wenn sie nicht direkt in die Regierung einbezogen wird) verändert so manches. Verändert es, indem die Kontrolle über die Arbeiter verstärkt wird, indem die italienische Entwicklungsstruktur der europäischen angepaßt wird, indem das Land sozialdemokratisiert wird. Was sich dabei allerdings nicht ändert, ist die Fortdauer der kapitalistischen Herrschaft und das Gesetz, das die Arbeiter zur Lohnarbeit zwingt.

## Der neue Zusammenschluß links von der KP

Diese verstärkte Tendenz zur Sozialdemokratisierung der Regierungsstruktur hat selbstverständlich bestimmte politische Auswirkungen. Das parlamentarische System **muß** eine innere Oppositon aufrechterhalten. Früher wirkte die KP als Druckmittel innerhalb des Systems in Richtung Reformismus und zugleich als Oppostion. Doch je mehr sie sich in die Nähe von Regierungsfunktionen begibt, desto mehr läßt sie zu ihrer Linken, allerdings sehr wohl innerhalb des parlamentarischen Systems, innerhalb der Entwicklungsideologie, ein politisches Feld unabgedeckt, das vielleicht durchaus reich an Wählerpotential ist. Der Vereinigungsprozeß eines Teils der ehemaligen außerparlamentarischen Linken ist in diesem Bereich angesiedelt. Eine gewerkschaftliche Strömung an der Spitze von PDUP (Partito dell' untia Proletaria – linker Flügel der PSIUP) und eine Gruppe unzufriedener Intellektueller an der Spitze von „Il Manifesto" haben diese Operation durchgeführt. Es ist ein Vorgang, der der Gründung der PSU i n Frankreich und ihrer programmatischen Äußerungen gemeinsam mit dem linken Flügel der CFDT vergleichbar ist.

Die Trotzkisten der „Avanguardia Operaia" haben sofort ihr Auge auf dieses neue Gebilde geworfen: Seit die Trotzkisten die Praxis des Entrismus in der KP aufgegeben haben, suchen sie nämlich nach einer Möglichkeit, ihre an der Dritten Internationale orientierten Organisationsvorstellungen und ihr Konzept von bürokratischen Verirrungen des Sozialismus (denn so begreifen sie die UdSSR) an irgendeiner parlamentarischen Formation festzumachen . . . was Verachtung ausdrückt.

Es ist hier nicht der Mühe wert, sich lange mit den Eigenheiten dieser neuen Sammlungsbewegung zu befassen: die übliche opportunistische Organisation, ein Produkt des parlamentarischen Mechanismus, theoretisches Anhängsel der Arbeitsideologie (aber freie Arbeit . . . !), das Gothaer Programm der Sozialdemokratie, während die italienischen Kommunisten sich nach Bad Godesberg begeben und so diesen Platz freigegeben haben.

→ nächste seite

## Die Arbeiter von Fargas verhindern die Stillegung de ihres Betriebes

Der Kampf begann Ende 1973 mit der Ankündigung der Schließung der Fabrik, einem Betrieb des Montedison-Konzerns. Die Arbeiter wurden vor die Alternative gestellt, entweder wechseln in eine andere Stadt und eine andere Fabrik – oder Entlassung.

Doch die Arbeiter wählten eine dritte Möglichkeit: den Kampf. Sie streikten, blockierten die Produktion und besetzten Ende März die Fabrik. Sie blockierten die Büros von Fargas in der Stadt, ebenso wie die Auslieferungen aus dem Lager in Nerviano.

Die Direktion antwortete darauf zunächst mit dem Angebot von sehr guten Arbeitsplätzen an die Avantgarden des Kampfes. Danach wurde sie drastischer. Um den Arbeitern die Sinnlosigkeit des Kampfes aufzuzeigen und ihnen ihre Niederlage zu demonstrieren, ließ sie die Öfen löschen, die praktisch nur nach einer Erneuerung wieder in Gang gesetzt werden können; selbst Licht und Telefon wurden gekappt. Nur das Gas blieb erhalten, da die Arbeiter des Gaswerkes, die geschickt wurden, um die Hähne abzudrehen, sich mit dem Kampf der Belegschaft solidarisierten und die Hähne offen ließen. Das Gas war das wichtigste Energiemittel während der Besetzung, denn mit Gas wurde die Kantine betrieben.

Insgesamt 65 Arbeiter hielten weiterhin die Fabrik besetzt. Einige von ihnen spielten Fußball auf dem leeren Hof. Die Eingänge zu den Hallen waren mit Firmenwagen verbarrikadiert.

Ausräumen des Werkes zu erschweren. Die Arbeiter hielten Wache rund um die Uhr; sie pennten im Duschraum auf Campingbetten. Eine Halle wurde zum Raum für Versammlungen umgebaut, mit Stühlen und Podium, an der Wand entlang wurden Bildtafeln aufgestellt über Chile und die MIR. In einem anderen Versammlungsraum hing ein großes Bild Allendes, neben ihm eine Fahne Chiles.

Äußerst wichtig für den Kampf war die Kontaktaufnahme mit anderen Betrieben. Man hielt offene Betriebsversammlungen ab, zu denen Delegierte aus vielen anderen Betrieben kamen. Der Kampf war überall bekannt. Die Fargas-Arbeiter bildeten die Spitze der Demos in Milano sowohl am 1. Mai als auch bei der Demo nach dem Brescia-Massaker.

Die Gewerkschaft wurde gezwungen, eine Delegiertenversammlung aller Montedison-Betriebe zu organisieren, denn in keinem anderen Sektor wird die Umstrukturierung so über Entlassungen vollzogen wie in der Chemie. Selbst die Betriebe, in die Montedison die Fargas-Arbeiter verlegen wollte, sollten nach dem Generalplan später einmal geschlossen werden. Die angebliche Verbesserung der Lage der Arbeiter, die dieser Generalplan (Umstrukturierung) mit sich bringen sollte, bedeutete für die Fargas-Arbeiter nichts anderes als die Entlassung, Lohneinbußen, Verschlechterung des Arbeitsplatzes und Erhöhung des Arbeitstempos: die Schließungen von Laben, Lesa, Polaroid und Galileo hatte es ihnen gezeigt.

Am 20. Juli wurde die Wiederinbetriebnahme von Fargas angeordnet.

## Italien ist nicht Chile....

### 'Lotta continua' und der chilenische Weg

In der italienischen sozialistischen und gewerkschaftlichen Linken existiert schon ewig ein sympathischer Wirrkopf. Er ist sehr häßlich, hat aber großes Ansehen und heißt Vittorio Foa. Während des Faschismus war er im Gefängnis, er war ein hohes Tier bei der CGIL (KP-nahe Gewerkschaft), hat trotzdem an der Gründung der Quaderni Rossi mitgearbeitet (sich jedoch davon distanziert, als die Arbeiter 1962 gegen Unternehmer und Gewerkschaften auf die Straße gingen); heute, nach einer Phase des Schweigens, die die ganzen letzten Jahre der Kämpfe umfaßte, ist er in PDUP. Im Unterschied zu seinen Parteigenossen und den intellektuellen Mitstreitern, die mit „Il Manifesto" unzufrieden sind, vertritt er eine politische Linie à la Mitterand (oder besser: à la Debray nach dessen Wandlungen). Foa meint, man muß sich für eine „Regierung der Linken" einsetzen; der „historische Kompromiß", wie ihn die Kommunisten wollen, sei unzureichend und kompromittierend, es gebe heute in Italien Platz für eine linke Alternative. Er sagt es mit allen sympathischen Eigenschaften, über die er verfügt.

Als einziger wirft er die Angelschnur einer mehr oder minder plausiblen politischen Argumentation aus, die er mehr oder minder genau begründet und die von einem Teil der ehemaligen außerparlamentarischen Linken aufgegriffen wird. Eine Angelschnur, wo an den parlamentarischen Köder der Inhalt der Arbeiterkämpfe angefügt wird. Lotta Continua hat angebissen.

Grob gesagt argumentiert Lotta Continua heute folgendermaßen:

1. Der Kampf der Arbeiter und des gesamten Proletariats in Italien hat eine Intensität erreicht, die sich nicht zurücknehmen läßt und die die Arbeiterklasse zum grundlegenden Faktor im ganzen System macht.
2. Dennoch bleibt die Kraft der Arbeiter unzureichend, wenn es ihr nicht gelingt, sich auch auf der politischen Ebene Ausdruck zu verschaffen.
3. Dieser Ausdruck kann nur aus dem Zerbrechen des Blocks der Reformisten entstehen.
4. Aber dieser Bruch kann nur **im Innern** des Reformismus herbeigeführt werden, indem der Antifaschismus weitergetrieben, der Widerstand in den Gewerkschaften gefördert wird, d. h. indem man die Elemente als Ansatz wählt, die „alle Linken vereinheitlichen".
5. Der „chilenische Weg" für Italien besteht darin, das Bündnis aller linken Kräfte zu entwickeln, die kommunistische Basis ständig zu agitieren und von innen zu kritisieren, wieder eine Situation herbeizuführen, in der der Arbeiterkampf die Oberhand gewinnt.
6. Deswegen geht es darum, ausgehend von einer Kampagne über ein „Regierungsprogramm" der vereinigten Linken, den Bruch mit dem Reformismus der KP und der Gewerkschaften von innen heraus zu organisieren.
7. Dieser Bruch, der sich parallel zu einem Wahlsieg der Linken entwickelt, wird es dann möglich machen, den Prozeß des Aufstands zu organisieren.
8. In diesem Moment, und erst in diesem Moment, ist es für die Arbeiterklasse und das Proletariat legitim, sich zu bewaffnen. Kurz, Lotta Continua denkt an einen **siegreichen** chilenischen Weg, ist bereit, den Preis für diese Strategie zu zahlen, und ist der Meinung, diese politische Linie werde viele Leute an der Basis der KP und der Gewerkschaften überzeugen.

Wir müssen zugeben, daß die Position Foa/Lotta Continua die einzige Position ist, die sich innerhalb des elenden Chaos der parlamentarischen Einigung der früheren außerparlamentarischen Linken abzeichnet. Doch kommt man nicht umhin, eine politische Kritik an den Genossen von Lotta Continua zu leisten. Die Genossen überschätzen ihre eigene Stärke und unterschätzen den Gegner!

### Zwei Fehler von 'Lotta continua'

**a) Selbstüberschätzung**

Die Tatsache, daß die Besonderheit Italiens zunehmend verschwindet und die staatlichen Strukturen immer stärker sozialdemokratisch ausgerichtet sind, verbietet es, heute noch daran zu glauben, die Massen der Arbeiter und Proletarier könnten sich siegreich spontan erheben — siegreich auf nationaler Ebene und vor allem gegen die Beredsamkeit einer in Wahlen siegreichen Volksfront.

Grundlage dieser These von Lotta Continua ist ein Spontaneismus, von dem die Geschichte der Arbeiterbewegung schon erwiesen hat, daß er die Schlacht verloren hat, vor allem gegenüber der Problematik des organisierten Aufstandes.

Grundlage dieser These ist weiter ein **ungebührlicher Triumphalismus** gegenüber den Perspektiven der Wandlung der italienischen Gesellschaft und der Volksmassen in der Krise; denn wie schon gesagt, ist die Krise keineswegs katastrophal und sieht auch keine unvorhergesehenen Verschiebungen am Wählerhorizont vor. Wir stehen nicht vor einer katastrophalen Krise, sondern mitten in der kapitalistischen Umstrukturierung.

**b) Unterschätzung des Gegners**

Die neue Art politischer Legitimation durch den Reformismus, die neue Art der Kontrolle, die neuen Bündnisse, auf denen die Sozialdemokratisierung (gestützt durch die Kommunisten) sich anbahnt, haben nichts mit der chilenischen Situation zu tun.

Bei uns in Italien, wie schon im übrigen Europa, wird die Kontrolle durch die Arbeiterklasse selbst ausgeübt, verfestigt sie sich in der Arbeitsideologie, festigt sie sich durch eine molekulare Militarisierung des Staats und der Gesellschaft. Das Ideal unserer kommunistischen Genossen ist bestimmt nicht Chile, sondern die Tschechoslowakei (von 1968). Man muß begreifen, daß Italien keine besondere Situation mehr darstellt. Der ganze politische Prozeß zielt, wie auch auf europäischer Ebene, auf eine Stabilisierung und Restrukturierung nach sozialdemokratischer Manier ab (wobei diese Tendenz durchaus zeitweise von konservativen Kräften übernommen werden kann, wie man am englischen Beispiel sieht).

Eine solche Unterschätzung des Gegners bewirkt, daß man einen ungebührlich hohen Preis in Form mangelnder Gegenorganisierung bezahlt, und auf politischer Ebene bewirkt sie eine Zurückentwicklung des Programms, die nur durch vage Hoffnungen aufgewogen wird. Weiter führt sie — als sichtbare Konsequenz — zu einer bürokratischen Transformation der Organisation. Und das ist auch geschehen.

### Die Arbeiterperspektive

Die italienische Arbeiterklasse und die überwiegende Mehrzahl der Arbeiterkader, die die kommunistische Avantgarde ausmachen, werden von diesen Spielchen in den Höhen der Politik absolut nicht berührt. Bestimmte Ebenen von autonomer Klassenorganisation sind zu weit entwickelt, als daß diesen revolutionären Träumereien irgendeine Glaubwürdigkeit zukäme. Im Verhalten der kämpfenden Arbeiter liegt eine verblüffende und starke Gradlinigkeit: die Krise aufrechterhalten, sie durch eine Ausweitung von Gegenmacht vertiefen, organisatorische Ansätze von bewaffnetem Angriff gegen die staatlichen Strukturen in ihrer neuen sozialdemokratischen, reformistischen Form entwickeln; ferner, im Verlauf **aller** dieser Schritte die Frage der „Partei" bzw. des „Aufstands" stellen — als Resultat des Anwachsens von Avantgardeaktionen, die allmählich Massencharakter bekommen.

Die Slogans der Gruppen berühren die Arbeiterklasse höchstens noch durch die Schreibfeder: die Arbeiter haben ihre Aktionen wieder an sich genommen und greifen die Unternehmer an, indem sie versuchen, die Krise weiter zu vertiefen, greifen die Reformisten an, indem sie ihnen die Kontrolle entreißen, greifen die Gruppen an, indem sie jedes Delegationsprinzip ablehnen.

Der einzige Faktor, der in Italien das europäische Niveau von Bewußtsein und Kampf überwunden hat, ist die Arbeiterklasse. In diesem Sinn hat sie weiter ihre italienische Besonderheit: insofern nämlich, als sie eine Kapazität, zu kämpfen und sich zu organisieren, verkörpert, die für den Kampf gegen die Multinationalen geeignet und in der Lage sind, dem neuen terroristischen Staat der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Struktureller Angriff gegen den Profit durch die Weigerung, am Arbeitsprozeß aktiv teilzunehmen, durch Krankfeiern, dauernde Streiks etc., molekulare Verteilung von Angriffsinitiativen und erste Schritte auf dem Weg zur Schaffung der bewaffneten Kontur einer Arbeiterpartei: das sind die großartigen Bestandteile der Arbeiterstrategie in Italien in dieser Phase.

Auf das „Regierungsprogramm" das Lotta Continua vorlegt, antworten die Arbeiter mit einer originellen und kontinuierlichen „Ausübung von Macht". Und die Politik? Und die Strategie? Sie läßt sich nicht gründen auf eine erträumte Spaltung der reformistischen Front, sondern nur durch das Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse selbst. An Überlegungen für ein Regierungsprogramm festzuhalten, ist falsch und zugleich schädlich: falsch, weil die Bedingungen dafür nicht vorliegen, und schädlich, weil so Illusionen geschaffen werden und die Ebene des Kampfes von dort wegverlagert wird, wo die Arbeiterklasse bisher angegriffen und sich eine Erfahrungsbasis geschaffen hat: vom Angriff auf den Profit und gegen die Arbeit.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird im Herbst die Arbeiterklasse wieder massiv zum Angriff übergehen. Garantierter Lohn, Zusammenbringen der Kämpfe gegen die Inflation und die Steuerpolitik, direkte Aneignung: von diesen Inhalten wird der Angriff bestimmt sein. Indem wir dies sagen, haben wir zugleich festgestellt, entlang welcher Scheidungslinie die Einheit der außerparlamentarischen Bewegung endgültig zerbrochen ist:

Auf der einen Seite stehen, wie wir gesehen haben, alle diejenigen, die ein „Regierungsprogramm" vertreten, die sich auf die Teilnahme an Parlamentswahlen vorbereiten, die die gewerkschaftlichen Organe als Ebene des Konflikts und zugleich der Vertretung akzeptiert haben, die die direkten Ziele des Proletariats zu einer Politik der Vertretung und politischen Vermittlung verwässern, auf der anderen Seite alle, die eine **Praxis von Aneignung und Macht durchführen**, die diese Linie durch Organisierung des Angriffs weitertreiben, die glauben, daß sich nur entlang dieser Inhalte eine neue Phase allgemeiner Kämpfe einleiten und innerhalb dieser Kämpfe sich eine Machtstruktur entwickeln läßt, die direkt in der Hand der Arbeiterklasse und des Proletariats liegt. Nur wenn sie von dieser Haltung ausgeht, kann die Aktion der Arbeiter gegen die kapitalistische Restrukturierung siegreich werden und sich allmählich eine günstigere Kampfposition schaffen.

Jede andere Haltung ist, ob sie sich nun dessen bewußt ist oder nicht, opportunistisch: statt die Restrukturierung zu bekämpfen, gibt sie sich dazu her, ihre politische Umsetzung zu legitimieren. Aus diesen Gründen war es in Italien nötig (und wird es in den nächsten Monaten nötiger sein), den Bruch innerhalb des breiten Felds der außerparlamentarischen Linken zu betonen: denn nur die ganz klare Gegenüberstellung zwischen der opportunistischen und der revolutionären Linie (wobei die letztere durch militante Angriffsaktionen unterstützt und verkörpert wird) wird es ermöglichen, eine umfassende Diskussion innerhalb der Arbeiterklasse zu eröffnen und die politischen Inhalte weiterzutreiben, die sich in den Kämpfen weiterhin in beeindruckender Vielfalt ausdrücken. ●




### Wie man heute auf seine Kosten kommt!

Am Mittwoch, den 27. März 1974 werden die Verhandlungen bei Alfa Romeo zum soundsovielten Male abgebrochen. Diesmal aber gerät die gewerkschaftliche Kontrolle ins Wanken: der Exekutivausschuß der Fabrikräte (consigli di fabbrica) sieht sich gezwungen, die Kampfformen zu akzeptieren, die schon seit einiger Zeit von den Genossen der revolutionären Linken vorgeschlagen werden.

In diesem Augenblick muß die ungeheure Wut der Alfa-Arbeiter einen Ausdruck finden, die durch das ständige Abbrechen der Verhandlungen und durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die von der Regierung in diesen Tagen beschlossen worden, verursacht ist.

Während die Masse der Arbeiter gerade die Autobahn blockiert, entschließt sich eine Gruppe von Arbeitern, dem Supermarkt "S. Maria Rossa" einen Besuch abzustatten: einen Besuch, der dem Direktor des Ladens sicher keine Freude gemacht hat, der aber mit offener Sympathie von den Arbeitern verfolgt wurde, die von den ständigen Preissteigerungen betroffen sind. Parolen rufend räumen die Genossen den Supermarkt aus und gehen dann ohne zu zahlen an den Kassen vorbei. Draußen bilden sie dann mit den Genossen, die die Straßenblockade gemacht haben, einen Demonstrationszug; er bewegt sich zu dem Werkstor, wo die Auslieferungsblockade der fertigen Wagen begonnen hatte.

Diese kleine Episode des Klassenkampfs ist so bedeutend nicht wegen der Massenhaftigkeit der Beteiligung der Proletarier, sondern weil sie die Richtung einer notwendigen Entwicklung angibt: der **Aneignung**. Sie hat sich schon auf der Ebene des Massenkampfs in den verschiedenen, heute schon legalen Formen des Kampfs entwickelt: Häuserbesetzungen, Weigerung, die Preise zu zahlen, Herabsetzung der Normen; und sie geht heute daran, sich den Raum der Illegalität zu erkämpfen, womit sie einen qualitativen Sprung macht und sich ein organisatorisches Neveau gibt, das kein reformistischer Kompromiß mehr zerstören kann.

(Aus; Controinformatione 3/4)

Bei den Kämpfen gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife in Frankfurt sind viele Genossen verhaftet worden und haben Prozesse an den Hals gekriegt...SIE BRAUCHEN JETZT UNSERE SOLIDARITÄT - auch materielle **Spendet massenhaft!** Auf das Konto der Bank für Gemeinwirtschaft mit der kontonr.: 3601283501 - Kennw.: Rechtshilfe

# Eine andere Art Politik zu machen!

*Das Folgende sind stark gekürzte Auszüge aus zwei Papieren, die die „Gruppo Gramsci" Ende 1973 veröffentlichte – das eine davon ihr Auflösungspapier. Neben der Organisationsfrage, die dort ähnlich gestellt wird wie im übrigen Bereich der „organisierten Autonomie", ist für diese Gruppe (mit ihrer Zeitschrift Rosso) kennzeichnend, daß stärker als die übrigen politischen Gruppen kulturrevolutionäre Momente und Fragen des Lebenszusammenhangs diskutiert hat.*

Wir sind als Gruppe zu der Entscheidung gekommen, uns aufzulösen. Wir wollen damit Voraussetzungen dafür schaffen, den Kernpunkt unserer politischen Programmatik praktisch anzugehen: die Arbeiterautonomie zu organisieren und im Organisationsprozeß und in der Bewegung einen Anatz von Arbeiterleitung zu verwirklichen.

Unsere Auflösung betrifft aber nicht nur unsere eigene Reorganisierung: wir wissen, daß wir kein Monopol auf den politischen Vorschlag haben, den wir hier entwickeln (wenn wir auch alles daransetzen werden, ihn praktisch umzusetzen und voranzutreiben). Wir wissen, daß andere – auf anderen Wegen – schon zum gleichen Resultat gekommen sind; und wir wissen auch, daß wieder andere in der nächsten Zukunft die Krise der Grüppchenpolitik gründlich erfahren werden.

In der Fabrik, der Schule und auch auf anderen Gebieten beginnt heute eine Phase der heftigen Auseinandersetzungen mit der reformistischen Linie und Praxis; sie wird einer anders orientierten politischen Praxis neue Perspektiven eröffnen. Wir meinen also, daß unser Vorschlag, der aus unserer politischen Praxis entstanden ist, der Phase, die heute beginnt, angemessen ist.

## Für eine Politik in erster Person

Organisation der Arbeiterautonomie heißt: Möglichkeiten schaffen, daß die Elemente der Arbeitsverweigerung und die Inhalte der Entfremdung hervortreten und sich zu einer größeren Massenpolitisierung verallgemeinern können. Es bedeutet, sie in der Perspektive einer politischen Praxis zu organisieren, die von der Fabrik ausgeht, aber nicht in ihr endet. Angesichts des Aufstiegs der Sozialdemokratie ist es keine Lösung, wenn die Gruppen oder die Volksfront links von der KPI harte Forderungsprogramme aufstellen. Auf diesem Terrain liegt die Stärke der Sozialdemokratie, hier gelingt es ihr, sich praktisch ohne Schaden durchzusetzen.

Der zentrale Punkt ist vielmehr die neue Qualität der Autonomie und der Arbeiterkraft. Die Avantgarde ist nicht mehr der Berufsarbeiter der 50er Jahre – sondern der entqualifizierte Arbeiter und Angestellte. Kein anderes Subjekt ist in den 60er Jahren entstanden, das Träger des Widerspruchs zwischen Proletariat einerseits und Kapital und traditionellen Arbeiterorganisationen andererseits sein könnte.

Es ist eine Avantgarde mit **Massencharakter** entstanden: sie ist Trägerin einer neuen und viel tieferen Fremdheit gegenüber der Arbeit, sie hegt keine Illusionen mehr über eine mögliche Karriere, sie findet immer weniger Möglichkeiten, sich mit der Arbeit zu identifizieren, sie ist ungeheuer „geschult" – nicht nur in der Schule, sondern von der ganzen Gesellschaft, sie ist also fähiger, sich die eigene Politik wieder in erster Person anzueignen.

Eine neue Organisationsart und die Schaffung einer Basis für konkrete „Arbeiterleitung" – das ist es, was heute möglich und nötig ist.

## Welche Zentralisierung?

Diese qualitativ neuen Elemente müssen eine Organisation finden, die sie ausdrücken und verallgemeinern kann. Und zwar als „Avantgarde" innerhalb der Bewegung – nicht als externe politische Idee, organisiert als Gruppe, die die Bewegung „führt". Daher ist eine Zentralisation auf gesamtpolitischer Linie, deren Träger die Gruppe ist, nicht plausibel.

Was wir ablehnen: eine Zentralisation auf eine gesamtpolitische Linie, die von außen an die Momente der Autonomie herangetragen wird und die alles sagt: über die Fabrik, die Schule, die Jungen, die Frauen und die Kinder – indem sie sie alle in Kästchen systematisiert und dann entscheidet, was daran kleinbürgerlich und was revolutionär ist. Das heißt, es entsteht so eine politische Linie, die nicht **in der Bewegung** ist und nicht von ihren Widersprüchen ausgeht.

Die Arbeiterautonomie organisieren heißt folglich nicht, sich in einer externen Gruppe zu organisieren, sondern sich als Arbeitergruppen bilden und koordinieren, die die Träger der fortgeschrittensten Inhalte des Kampfzyklus dieser Jahre sind – sei es um die eigene Masseninvention in der Fabrik zu lenken, sei es um Inhalte und Formen des Organisationsprozesses festzulegen. Also: nicht einzelne Arbeiter, die sich als Avantgarde in den Gruppen unterbringen, sondern: **Kollektive** von Arbeitern, die sich selbst als politische Avantgarden der Bewegung bilden, um sich mit anderen Arbeiterkollektiven zu verbinden.

**Das heißt Politik in erster Person machen.** Nur so können Programm und Organisation wirklich aus der Fabrik heraus entstehen und das aktuelle Niveau des Widerspruchs zwischen Arbeiterklasse und Kapital ausdrücken und entfalten.

Heißt das, daß die „Intellektuellen" nichts mehr nützen und die „schweigenden Hände" genügen? Sicher nicht. Was gewiß unnütz ist, ist der Intellektuelle, der die politische Linie „von außen heranträgt". Was dagegen nötig ist, ist eine intellektuelle Arbeit im Organisationsprozeß der Arbeiterautonomie, die sich wirklich an den Notwendigkeiten dieses Prozesses mißt. Theoretische Konfrontation und Einheit um das Programm der Organisation der Arbeiterautonomie sind die einzige Grundlage, auf der eine Kontrolle der Arbeiter über die Bildung der Theorie möglich ist. Heute genügt die „Proletarisierung" nur in der sozialen Zusammensetzung der externen Gruppen nicht: man muß von Fabrikgruppen und -kollektiven **ausgehen**, die wirklich eine Ebene der Konfrontation **unter sich** haben und mit den „externen Intellektuellen" als einzelnen, **nicht als schon strukturierter politischer Gruppe**, zusammenarbeiten können.

Ohne Unternehmer (Zeitung der Autonomen Versammlung von Alfa Romeo)

## Einigkeit im Programm

Nicht zufällig gab es in der Geschichte der Gruppen Vereinigung und Trennung immer nur auf der Basis der Theorie. Das Kampfprogramm dagegen hat immer eine sekundäre Rolle gespielt. Wenn sich Annäherungen im Programm durchsetzten, geschah das immer auf Grund des spontanen und vereinigenden Anstoßes der Bewegung.

Die Gruppen, die sich in der Theorie vereinten, haben so die Bewegung gespalten. Deshalb sind wir der Meinung, daß die Momente der Vereinigung und der Koordination konkret gefunden werden müssen – ausgehend von der Bildung autonomer Organismen in der Fabrik und in der Schule; deshalb sind wir der Meinung, daß hier das vereinigende Terrain zu finden ist, das auch Schichten, die noch nicht in Gruppen verwickelt sind, große Möglichkeiten der Politisierung bietet. Die Diskussionen und die Debatten um den theoretischen Konsens werden nur dann einen Sinn haben, wenn sie die Fähigkeit entwickeln, der Klärung praktischer Aktionssituationen zu dienen, wenn sie die Fähigkeit entwickeln, im Fortschreiten des Organisationsprozesses der Autonomie die Arbeiterleitung über den Gesamtprozeß zu entfalten.

Das heißt für die Fabrik: Das Programm der Egalitarisierung und der Verweigerung der Arbeit; die Bildung von autonomen Fabrikorganismen, in denen die Avantgarden einen politischen Bezugspunkt errichten für die Masseninvention, für den Kampf gegen die gewerkschaftliche Linie und für die Arbeit in den Betriebsräten (consigli di fabbrici); Organismen, die sich im Programm einig sind und die in der Lage sind, sich mit anderen Organismen und autonomen Gruppen zu koordinieren, um die Arbeiterleitung innerhalb der gesamten Bewegung anzutreiben.

Das heißt für die Schule: Kampfprogramm gegen die kapitalistische Organisation der Schule und der Bildung, gegen die Selektion und für eine einzige Mittelschule bis zu 18 Jahren mit garantierter Versetzung und garantiertem Abschluß; Bildung autonomer Studentenorganismen, die als Bezugspunkt die Organisation der Arbeiterautonomie haben.

Das heißt für die Emanzipationsbewegungen: Wiedervereinigung der autonomen und spezifischen Inhalte in einem Kampf gegen die Gesellschaft des Lebens, um zu arbeiten, – diese Wiedervereinigung in Bezug zu den Inhalten der Arbeitsverweigerung; gegenseitige Autonomie, aber Akzeptieren der Auseinandersetzung, die nicht von den Ideen ausgeht, sondern von den Erfahrungen, den Kontakten, den Diskussionen, den Koordinationen.

Es ist also ein Programm, in dem die Ablehnung externer Organisationen, die den Fabrik- und Schulorganismen übergeordnet sind, bestimmender Bestandteil ist: es ist also ein anderer Organisationsvorschlag als der der Gruppen. Nicht defensive Autonomie der Gruppen, sondern offensive, die von unserer Präsenz in der Bewegung ausgeht, auf einer anderen politischen Arbeit basiert und für reale Konfrontation mit den Gruppen ist.

Es ist eine Organisation, die auf städtischen und nationalen Koordinationen der autonomen Fabrikorganismen basiert, die der Bestimmung der politischen Phase, des Niveaus der Klassenauseinandersetzung, der gewerkschaftlichen Linie und insgesamt dessen, was die Arbeiterautonomie ausdrückt, dienen; Koordinationen, an denen sich auch die Studenten beteiligen, und in denen periodisch die Probleme der Schule und der Studentenkämpfe behandelt werden. Keine bürokratische und mechanische Arbeiterleitung (die „Partei der schweigenden Hände"), sondern eine Organisation mit der Fabrik als Zentrum und einer Arbeiterleitung, die fähig ist, sich mit Inhalten und Bewegungen zu konfrontieren, die außerhalb des spezifischen Terrains der Fabrik und der Arbeiterklasse auftauchen – und das nicht nur in der Schule.

## Arbeits- und Lebensbedingungen

Nur der blutleere und verkalkte Marxist denkt heute an den männlichen Arbeiter über 18 Jahre, wenn von den proletarischen Massen die Rede ist. Die Situation der Jungen, die Situation der Frauen, die beide in speziellen Widersprüchen mit dieser Gesellschaft stehen, sind für ihn nur kleine, unbedeutende Nuancen. Das Subjekt der Politik hat männlich, erwachsen und normal zu sein, ohne allzuviele Emotionen und Gefühle. Es ist vernünftig und mit demokratischer und/oder revolutionärer Tendenz ausgestattet. Es ist des weiteren immer und überall bereit, Versammlungen über Geschichte und Tendenzen des Kapitalismus über sich ergehen zu lassen. Und es ist schließlich und letztlich dann bereit, sich – revolutionär geworden – auf dieser Basis mit einer Gruppe zu vereinigen.

Daß die Arbeiter eine Kindheit in einer Familie gehabt haben, daß sie Arbeiter sind, aber dann auch im besonderen Söhne und Töchter, Väter und Mütter, Ehemänner und Ehefrauen – das alles scheint nebensächlich. Die Aufgabe besteht nämlich darin, dem Proletarier die rechte Dosis Marxismus-Leninismus zu verabreichen, ihm also zu erklären, wie und durch welche Mechanismen der abstrakte Arbeiter im Allgemeinen, von dem ausschließlich die Rede ist, ausgebeutet wird. Dann vereinigt sich die Avantgarde und macht die Revolution.

Die Realität aber sieht anders aus. Familie und Geschlecht, Situation des Jugendlichen und der Frau, Verstoßung dessen, der nicht normal ist – das bildet die tägliche Konkretheit, in der sich die Sklaverei der Fabrik und des Lebens manifestiert, die vom Kapitalismus aufgezwungen wird.

Der Arbeiter, der in der Fabrik revolutionär ist, in der Familie und im Bett aber reaktionär, ist keine Erfindung. Er ist das Resultat einer materiellen Gewalt des Kapitals, des gewalttätigen Zwangs, die Unterdrückung der eigenen Bedürfnisse zu akzeptieren, nur um sich als Arbeitskraft zu reproduzieren. Die eigenen Bedürfnisse befreien und sie ausdrücken und gleichzeitig als loyale Arbeitskraft für das Kapital zu fungieren – das sind nicht vereinbare Dinge.

Die Inhalte der Befreiung sind nicht nur von der Fabrik her gegeben – auch wenn sie eine tiefe Verbindung haben mit der Verweigerung der Arbeit und der Entfremdung der Arbeiter. Aus dem Protest der Studenten, aus der Jugendbewegung allgemein, aus der Frauenbefreiungsbewegung, aus den Kämpfen gegen die Unterdrückung von Minderheiten und gegen Repression sind Ansprüche und Ideen über Familie, über das Geschlecht, die sozialen und individuellen Rollen ausgegangen: Anfänge (sehr wichtiger aber) von Vorschlägen für einen totalen Kampf gegen die kapitalistische Welt, Vorschläge, die tendenziell unvereinbar sind mit einer Gesellschaft, in der man lebt, um zu arbeiten und sich reproduziert, um wieder arbeiten zu können.

Mit den Bewegungen, die diese Inhalte ausdrücken, ist eine Beziehung notwendig; sie ist widersprüchlich und wird es sein, sie wird aber eine unaufschiebbare Dimension einer totalen Befreiung aller und jedes einzelnen konstituieren. Aus der Verweigerung der Arbeit und den Inhalten, die von diesen Bewegungen ausgedrückt werden, entsteht – trotz aller Widersprüche – eine eindeutige Stoßrichtung: **Schluß mit der Gesellschaft des Lebens, um zu arbeiten!**

Autonome Bewegungen der Jungen, der Frauen, sozialer Randschichten, die durch das Kapital unterdrückt und ausgebeutet werden, haben heute organisierte Ausdrucksformen: unser Vorschlag wendet sich an diejenigen von ihnen, welche die Auseinandersetzung mit dem Wachstum der Organisation der Arbeiterautonomie akzeptieren, ohne deshalb auf die eigene Autonomie und die eigene Praxis, die auf eigenen und spezifischen Bedürfnissen gründet, zu verzichten. Es handelt sich auch hier darum, Momente der Koordination, der Konfrontation und der wechselseitigen Diskussion der jeweiligen Erfahrungen zu finden.

## Also eine neue Art, Politik zu machen?

Sicher, denn sie ist notwendig. Es ist nicht mehr möglich, sich mit der Pfarrherrensprache von Politikerexperten von Avantgarde an Avantgarde zu wenden, das ganze ABC des Marxismus-Leninismus herunterzubeten und nicht konkret von uns und unseren Erfahrungen zu sprechen. Eine neue Art, Politik zu machen, ist notwendig, damit die politische Praxis verschiedener Teile der Bewegung nicht getrennt und gespalten ist, damit hier schon eine minimale wechselseitige Konfrontation möglich ist.

Und eine neue Art, Politik zu machen, ist schließlich auch deswegen notwendig, weil es heute schon gelingen muß, embryonale Ansätze eines anderen Lebens zu setzen, einer anderen Art, wir selber zu sein und persönliche Beziehungen zu haben, die außerhalb der Rollen liegen, die uns das Kapital aufzwingt, das uns damit ausstoßen, unterordnen, spalten will, damit wir loyale Arbeitskräfte bleiben. Das ist sicher keine „Insel des Kommunismus" – es drückt aber das Bewußtsein aus, daß es heute praktisch möglich ist, konkrete Schritte in diese Richtung zu machen: das Bewußtsein, daß es nicht mehr mit der Logik, dem Leben, den Werten des Kapitals geht, daß es radikale Dinge zu sagen gibt, daß es ein marxistisches Prinzip endlich wirklich anzuwenden gilt, welches sagt:

„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen; die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt – allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift."

Gewöhnlich hört das Zitat hier auf – der Genosse Marx aber fährt in Wirklichkeit fort:

„Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem (von Mensch zu Mensch) demonstriert. Und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein heißt, die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst."

Es gibt noch viele Gruppen aufzulösen!




**Chronik**

*In „L'Espresso" vom 28. 4. 1974 stand folgende Chronik der bisherigen Aktionen der Roten Brigaden in Italien.*
*Außer den Raubüberfällen (die unsere Helden gern „Enteignungen" nennen) wurden alle Aktionen durch Flugblätter von den Roten Brigaden gekennzeichnet. Die Aufzählung erfolgt chronologisch. Brandanschläge richten sich immer gegen Autos von führenden Personen in der Industrie.*

13 Autobrände in Mailand. Zwei Attentate in Turin: Brand im Kino Lux (13. 2. 1972)
Angriff auf die Gewerkschaft SIDA (18. 2. 1972)
Drei Autobrände in Quarto Oggiaro. Einbruch und Brandanschlag in der Villa von Maina bei Turin (27. 2. 1972)
Wieder Mailand: am 3.3. 1972 wird der Ingenieur Idalgo Machhiarini, leitende Persönlichkeit bei Siemens, entführt. Er wird auf einen Lieferwagen geladen, gefesselt und mit einem Schild um den Hals fotografiert, auf dem Rote Brigaden steht. Wird nach einigen Stunden freigelassen.
Cesano Boscone: Angriff gegen das Büro des MSI (13. 3. 1972)
Rubeira: Bankraub in der Banco S. Gemignano und S. Prospero am 29. 5. 1972
candiano: Bankraub in der Sparkasse (24. 7. 1972)
Bibbiano, 24. 7. 1972: Bankraub in der Sparkasse
Turin, 26. 11. 1972: gleichzeitiger Anschlag gegen 9 Autos von Vertretern der faschistischen Gewerkschaft bei Fiat, die zugleich Mitglied des MSI (faschistische Partei) sind.
Mailand, 14. 1. 1973: Einbruch bei Ucid und Entführung von Hesrn Barrana.
Turin, 12.2. 1973: Der faschistische Gewerkschaftsfunktionär Bruno Labate wird entführt. Er wird in einer Garage befragt, kahlgeschoren und zu Fiat gebracht, wo er an einen Zementpfosten angekettet wird.
Lodi, 2. 5. 1973: Brandanschlag auf das Auto von Herrn Valenza.
Mailand, 28. 6. 1973: Der leitende Ingenieur Mincuzzi von Alfa Romeo wird entführt, während er gerade nach Hause fährt. Die Roten Brigaden übernehmen die Verantwortung, lassen ihn aber bald wieder frei. Gefesselt und geknebelt findet man ihn auf einer Wiese mit einem Schild um den Hals.
Turin, 19. 7. 1973: Brandanschlag gegen den Wagen Rosso.
S. Stefano Magra, 7. 12. 1973: Brandanschlag, Auto Ferrari.
Turin, 10. 12. 1973: Der Personalchef von Fiat, Ettore Amerio wird entführt. Die Roten Brigaden halten ihn acht Tage im Volksgefängnis gefangen und lassen ihn dann frei.
16. 1. 1974: Brandanschlag auf Auto Spataro.
Mestre, 4. 3. 1974: Einbruch in das CISNAL-Büro.
Mailand, 9. 3. 1974: Brandanschlag Auto Lunghi.
Turin, 27. 3. 1974: Brandanschlag Auto Agostino Belito.
Genua, 18. 4. 1974: Wenige Meter vor seinem Haus wird Staatsanwalt Sossi entführt.




# Zum Selbstverständnis der Roten Brigaden:



# ARBEITSSTIL, THEORIE UND PRAXIS

*Der folgende Text über Arbeitsstil und Selbstverständnis der „Roten Brigaden" formuliert vor allem zwei Dinge:*
*a) Untersuchung, Theoriebildung, Praxis und Organisation müssen von den Arbeitern selbst – in **einer** Person – geleistet werden.*
*b) Die notwendigen Formen von Gegenmacht sind ohne Militanz nicht konstruierbar – und umgekehrt: die Arbeiter werden die Untersuchung nicht selbst leisten, wenn nicht eine konkrete Angriffsperspektive besteht. Der Text benutzt den Begriff „bewaffneter Kampf" auch für politische Kampfformen, die wir allenfalls mit „Militanz" bezeichnen würden. Dies geschieht jedoch bewußt, um die politische Verbindung zwischen **allen** Formen von Offensivität herzustellen.*

*In diesem Text wird die Arbeitsweise der „Roten Brigaden" an einigen weniger spektakulären Aktionen dargestellt – an den Autobränden bei Fiat 1972. Selbst wenn die Interpretation der Ereignisse überzogen erscheint, ist es nach unserer Meinung wichtig zu begreifen, daß gerade diese relativ „harmlosen" Aktionen sich dem Selbstverständnis nach auf **Untersuchungs**arbeit beziehen.*

Über die Organisation der Roten Brigaden sind ungezählte Artikel jeder politischen Richtung geschrieben worden. Diese Veröffentlichungen boten der Phantasie (oder auch der Sterilität) ihrer Autoren ein weites Feld, sich auszutoben. Doch haben sie erst recht das Bedürfnis geschaffen, die politische Substanz dieser Organisation zu diskutieren. Wir wollen versuchen, mit den folgenden Überlegungen diese Lücke etwas zu schließen – wobei wir uns auf die Beobachtung der Praxis der Roten Brigaden, auf verschiedene Einzeldokumente, auf die Diskussion mit verschiedenen Personen aus dem Feld der Arbeiterautonomie stützen.

## ARBEITSSTIL THEORIE UND PRAXIS

Jede revolutionäre Organisation hat ein bestimmtes politisches Gesicht jenseits ihrer strategischen Zielsetzungen, eine bestimmte Arbeitsweise, die ihren unverwechselbaren Charakter ausmacht.

Nur eine revolutionäre Arbeitsweise kann garantieren, daß die Prinzipien der Theorie angewendet, daß ein Programm durchführbar wird.

Die Organisationsstruktur der Roten Brigaden – über die sich so viele „Experten" mit großer Liebe zum Detail verbreitet haben – ist bestimmt vom bewaffneten Kampf. Sie machte von Anfang an eine originelle, bisher nicht praktizierte Art der Politik erforderlich. Für den Aufbau einer embryonalen Guerillaorganisation ist es undenkbar, das Modell des klassischen Parteiapparats zu wählen, in dem die führenden Instanzen die Daten der politischen Realität sammeln, verarbeiten und theoretisch umsetzen, sie dann in Reden, Argumentationslinien und Phrasen genormt an die mittleren Instanzen weitergeben, die sie dann ihrerseits bei der Fabrikagitation und in Massenversammlungen umsetzen.

Genausowenig ist es möglich, eine kollegiale Struktur zu schaffen, in der Entscheidungen und die politische Linie Resultat einer breiten, oft sehr verstreuten Diskussion sind.

Im ersten Fall erstickt die vertikale Struktur, deren unvermeidlicher Begleiter der Bürokratismus ist, den bewaffneten Kampf schon im Entstehen – denn der bewaffnete Kampf kann seiner Natur nach nicht verordnet, sondern muß verstanden und „erlebt" werden.

Im zweiten Fall wird die zerbrechliche Struktur einer bewaffneten Initiative geköpft, einerseits, weil sie gegenüber den Schlägen der Repression verwundbar ist, andererseits, weil es unmöglich ist, auf die Weise unterschiedliche politische Situationen miteinander zu vergleichen und zu vereinheitlichen, wo doch gerade die taktischen und strategischen Besonderheiten dieser Situationen durch gewaltsame Auseinandersetzungen noch weiter verschärft werden. Es ist also wahrscheinlich, daß es darauf ankommt, zwei Dinge gleichzeitig zu tun: die Notwendigkeit der Zentralisierung mit den unvermeidlichen Anstößen zur Dezentralisierung zu verbinden.

Jeder Sektor, jede „Situation" muß politisch autonom bleiben und dennoch Teil eines zusammenhängenden politischen Projekts sein. Vor allem ist es wichtig, daß jeder Kern, jede Gruppe in der Lage ist, sich selbst zu führen – in enger Beziehung zum gemeinsamen politischen Rahmen.

Eine solche Organisation kann nicht durch äußeren Willen leben. Sie kann auch nicht bürokratisch aufgebaut werden. Welche Personen, welche Klasseninhalte, welche Bedingungen haben es möglich gemacht, daß die Organisation der Roten Brigaden sich nach außen öffnete, sich inhaltlich verbreiterte und ihre politische Ebene festigen konnte?

Will man auf diese Frage antworten, so muß man vor allem die persönliche Zusammensetzung der Roten Brigaden kennen und den Rahmen, auf den sie sich politisch beziehen.

Bei der Betrachtung der Aktionen, die im großen und ganzen den Arbeitsstil verkörpern, hat die Mehrzahl der Kommentatoren Interpretationen sehr begrenzter Art gegeben: sie wollten in der Praxis des bewaffneten Kampfs nur den Stempel von Fanatikern oder Übermenschen erkennen. Man vermutete „hocheffiziente" Terrorismuszentralen – man sah den dunklen Schatten der Untergrundkriminalität. Niemand wollte den klaren Klassenrahmen erkennen, das klare politische Gesicht, das jeden Schritt, jede Phase der politischen Entwicklung dieser Genossen bestimmt hat.

Eine bewaffnete klandestine Organisation, die keinen illustren Generalstab hat, keinen „Rassestammbaum", die sich nicht mit abstrusen Theorien bewaffnet, die keine unschlüssige Polemik betreibt – warum zieht diese Organisation es ihren oft bescheidenen, aber gut gewichteten Aktionen nicht vor, die reine Gewalt zur Schau zu stellen? Warum schwingt sie nicht das Banner des Extremismus und erfindet eindrucksvolle Slogans wie die zerstörte RAF?

Warum lehnt sie Bomben ab, die, auch wenn sie inhaltlich zweideutig sein mögen, immer vom Abenteurertum gezeichnet sind? Warum setzt sie sich nicht an die Stelle der Massen, indem sie vor Kämpfen im Kern exzentrische Aktionen durchführt, sondern richtet sich immer an den Bedürfnissen des Proletariats aus? Warum benutzt sie keine arrogante Terminologie, in der sie sich als Stützpunkt der kommenden Partei bezeichnet, sondern nennt sich lieber eine „bewaffnete, aber sehr kleine Avantgarde"?

Warum schließlich verteilt sie keine Phantasieprogramme für die Machtergreifung, sondern arbeitet geduldig daran, einen politischen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen die revolutionäre Perspektive vorangetrieben werden kann?

Die Antwort auf diese drängenden Fragen darf nicht zufällig oder oberflächlich sein. Denn von dieser Antwort hängen unserer Meinung nach der bisherige Erfolg, die Unangreifbarkeit und die „Außerordentlichkeit" der Genossen der Roten Brigaden ab. In einem Interview mit der Zeitschrift „Espresso" haben die Roten Brigaden erklärt, der größte Teil ihrer Kader komme aus dem proletarischen Bereich. Das heißt, und die Praxis bestätigt dies, daß es in ihren Reihen keinen Raum gibt für abenteuerliche Aktionen, für den reinen Militarismus, und auch nicht für den Terrorismus, die sich alle aus kleinbürgerlicher Rebellionslust und Spontaneismus erklären lassen.

Die politisch eindeutige und geduldige Auswahl der Objekte, die es anzugreifen gilt, die Perfektion, mit der diese Aktionen ausgeführt werden, zeigen nicht etwa, daß Berater des CIA in diesem Umkreis tätig sind, noch sind sie ein Indiz für eine Art Wahnsinn, sondern sie stellen lediglich die proletarische Kreativität und Ausdauer unter Beweis. Das heißt, **völlig normale Leute, die in Fabriken und an anderen Arbeitsplätzen tätig sind, sind in der Lage, mit sehr beschränkten Mitteln, dafür aber mit großem politischen Ernst, Aktionen durchzuführen und Ziele anzugreifen, wo viele Beobachter der Ansicht sind, es handle sich um „fast ans Wunder grenzende" Unternehmungen.**

## ARBEITER-UNTERSUCHUNG

Anhand der Aktionen und einiger Dokumente, die in den Fabriken zirkulierten, läßt sich feststellen, daß die Roten Brigaden in der Lage waren, eine höchst originelle Form der politischen Arbeit zu entwerfen und weiterzuentwickeln. Ihre Verankerung in den Fabriken des Nordens, die Unterstützung der Arbeiter-Avantgarde für ihre Äußerungen, die Sympathie mit bestimmten Aktionen der „bewaffneten Propaganda" lassen sich nur durch eine bestimmte Überzeugungskraft ihrer politischen Arbeit erklären.

Viele Jahre lang wurde in den revolutionären Linken politische Arbeit begriffen als eine Arbeit, die sich zunächst politisches Verständnis und eine umfassende Analyse erarbeiten mußte – **was außerhalb** der Fabriken, Wohnviertel und gesamten sozialen Struktur stattfand. Die Resultate der Untersuchungen und Analysen wurden dann den Empfängern „übermittelt", und zwar in Form von politischen Schlußfolgerungen, die es zu diskutieren und anzuwenden galt.

Die Grenzen einer solchen Methode liegen auf der Hand: der externe Genosse übernimmt eine ganze Reihe von Aufgaben, die eigentlich den Arbeitergenossen zukommen und ihrem Bedürfnis nach Auseinandersetzung, sowie den Problemen ihres jeweiligen Sektors entsprechen. In diesem Sinn verfügt der externe Genosse immer nur über eine beschränkte oder verstümmelte Kenntnis, die er nur schwer auf dem neuesten Stand halten kann, die subjektiv bleibt, oft nur von seinem Kopf bestimmt und abstrakt ist. Diese Methode wurde häufig als Überwindung der politischen Begrenzung auf einen Industriesektor oder eine Fabrik verkauft. In Wirklichkeit aber verloren in diesem Prozeß die Avantgarden in der Fabrik, die über die Stadt verstreuten revolutionären Arbeiter, die spontanen Stadtteilkerne immer mehr ihre Fähigkeit, Analyse und Bewußtsein **autonom und direkt** zu entwickeln. Entweder kam die Information, die Nachricht, die ideologische Auswertung von außerhalb, von den „Berufsrevolutionären", oder man tappte im Leeren, von den Maßnahmen der Unternehmer überrollt, da diese nie unbewaffnet sind, nie in Stillstand bleiben.

Diese Arbeitsmethode bewirkte, daß es nach den großen Kämpfen von 1969 in den Fabriken und Stadtvierteln bald nur noch wenige oder gar keine Genossen mehr gab, die in der Lage gewesen wären, Fakten und Informationen zu sammeln, zu systematisieren und auszuwerten. Solche Informationen betreffen z. B.:

- Die Faschisten und die Herrschaftsinstrumente in der Fabrik;
- Den „Polizei"apparat, der mit der Fabrikhierarchie verflochten ist;
- Die Umorganisierung von Entscheidungsstrukturen, sei es in einem Teilbereich, sei es auf der Gesamtebene des Betriebs;
- Den Zusammenhang zwischen Organisation der Fabrik und Unternehmerpolitik;
- Die Inhalte, die die politischen Gruppen aufgreifen, und die Bedeutung dieser politischen Arbeit in der Klassendynamik;
- Die Organisation der Produktion in der Fabrik und dem betreffenden Industriezweig;
- Das Verhältnis zwischen Krisenzyklus und Unternehmerpolitik, Krisenzyklus und Arbeiterkampf;
- Die Veränderungen des Produktionsapparats, der technologischen Struktur und des Verhältnisses zwischen Arbeitskraft und organischer Zusammensetzung des Kapitals;
- Die Verbindung zwischen reaktionären Kräften in der Gesellschaft und konterrevolutionären in der Fabrik. Die Genossen in der Fabrik und im Stadtteil wurden gegenüber diesen und tausend anderen Problemen Stück für Stück entwaffnet: jahrelange Delegation ihrer Aufgaben und jahrelanges Desinteresse hatten ihnen die Waffen der Kritik geraubt. Wollte man die „Klassenuntersuchung" wieder zu einer Angelegenheit der Arbeiter machen, so ging es vor allem darum, eine einfache, wirksame Methode zu finden. Jede Information, alle „Daten", die sich aus dem genauen Studium der Fabrik ergeben, mußten Teil einer politischen Praxis werden. Diese Praxis wiederum ist auf wenigstens drei Ziele ausgerichtet, nämlich:
- Direkte, aktive Kenntnis des jeweils spezifischen Terrains, auf dem die Konflikte stattfinden; vor allem geht es darum, die Neuerungen zu begreifen, die die Entwicklung der Klasse blockieren.
- Aufbau einer internen Avantgarde in der Fabrik, die sich bewußt ist, innerhalb welcher politischen Perspektive sie als Zentrum und Motor wirkt.
- Schaffung eines „Erbes" von Kenntnissen, das geeignet ist, einen umfassenden Überblick über die Konflikte in der Gesellschaft zu geben. **Durchführender und Adressat** einer solchen „Methode" ist jetzt wieder der „interne" Genosse: der Fabrikarbeiter, der Proletarier im Stadtteil etc. Die Arbeiter haben so auch die praktischsten und geeignetsten Methoden entwickelt, sich zu informieren, zu beobachten, Wissen zu bilden.

Die ersten Teile des „Fragebogens" der Untersuchung waren ziemlich einfach. Die Genossen in der Fabrik begannen ihre Untersuchung, indem sie sich fragten, wie es dem Fabrikkommando gelingt, allgegenwärtig, schnell und effektiv zu sein. Es dauerte nicht lange, die Antwort zu finden: Die Entscheidungszentren der Betriebe übertragen den unteren Entscheidungsebenen eine ganze Reihe von bis ins einzelne vorgeplanten Anordnungen. Die unteren Entscheidungsebenen wiederum vertrauten die Durchführung dieser Aufgaben einer wohlsortierten Schar von Ausführungsorganen an: Meistern, Vorarbeitern, Faschisten, Soziologen usw. Je nachdem, wie die Entscheidungszentren die Situation bestimmten, waren es einmal die Abteilungsleiter, dann die CISNAL-Faschisten, dann die Werkschutz-




leute, dann wieder Provokateure oder „Kräfte, die zu überzeugen versuchen", die die Vorschriften der obersten Instanzen verwirklichten.

Das sind elementare Feststellungen, aber bevor man sie festhielt, gab es in der Fabrik die Tendenz, die einen Instanzen mit den anderen gleichzusetzen, ohne irgendwelche Unterschiede zu machen – was dazu führte, daß man die jeweiligen Eigenheiten und Schattierungen verwischte. Nachdem die Genossen die Unterdrücker gewissermaßen sortiert hatten, fingen sie an, jede Kategorie und Rolle gesondert zu analysieren, die ihr zugeschriebene Funktion und Bedeutung innerhalb des Netzes der Hierarchie auseinanderzunehmen.

Bei ihrer Untersuchung erkannten die Fabrikgenossen, daß es möglich ist, den Kernwiderspruch jedes Problems herauszuarbeiten und die entscheidenden Punkte anzugreifen. Die Entführung des Siemens-Ingenieurs Macchiarini in Mailand und der „Scheiterhaufen" von Autos von Faschisten in Turin waren der spektakulärste politische Ausdruck dieser Arbeitsweise. (Beides geschah 1972)

Die gleichzeitige Zerstörung der Autos von 9 bekannten Faschisten hatte in Turin enorme Auswirkungen in der Fabrik und außerhalb. Die Zeitungen spielten das Ereignis herunter und bemühten sich, es in der Verbrechenschronik untergehen zu lassen. Die Faschisten aber – die zu jener Zeit das Hauptinstrument der Unternehmerpolitik bildeten – fühlten sich trotz des Schutzes durch Fiat bedroht. „Jemand", der offensichtlich eng mit der Fabrik verbunden war, hatte angefangen, jeden einzelnen von ihnen nachzugehen und seine Besonderheiten auszukundschaften, genauso wie sie es bei den Arbeitern getan hatten. Und schließlich hatte dieser Jemand zugeschlagen. Diese symbolische Aktion war wirksamer als eine Tracht Prügel und ihre Wirkung war lange Zeit zu spüren. Es war keine beispielhafte Episode im militanten Antifaschismus und sollte auch nicht über die schon bekannte Tatsache aufklären, daß es bei Fiat in Turin Faschisten gibt.

Die Aktion hatte vielmehr eine doppelte politische Funktion: einerseits machte sie klar, daß die Pilzkultur der Faschisten, wie sie bei Fiat gezüchtet wurde, ein Angelpunkt der gegen die Arbeiter gerichteten Taktik ist. Andererseits zeigte sie, daß sich im Herzen des großen Industriepols ein bewaffneter Vorposten bildet. Die Umstände und Durchführung der Aktion machten die Identität der Organisation und die politische Klarheit dieser Avantgarde deutlich.

Die zeitliche Abstimmung und perfekte Kenntnis des Terrains waren Ausdruck von mehr als einfach technischer Perfektion oder militärischer Effektivität. Tagelang, monatelang waren 20, 30, 40 Faschisten beobachtet, eingeschätzt und ausgesucht worden. Über jeden einzelnen von ihnen wurde ein „detaillierter Bericht" angefertigt, der seine politischen Aktivitäten festhielt (dies geht aus den von den Roten Brigaden verteilten Flugblättern hervor). Die Genossen, die mit großer Ausdauer die Tagesläufe und Eigenheiten der Fiat-Faschisten herausgearbeitet haben, haben mit dieser geduldigen und in die Einzelheiten gehenden Untersuchung zugleich die politische Perspektive ihres militanten Angriffs verwirklicht. Jede Phase des Unternehmens war von dem politischen Ziel bestimmt, auf das sie ausgerichtet war. Die proletarische Intelligenz und Ausdauer waren die dafür notwendigen Instrumente. Als Losungsworte galten: „Einen treffen, um hundert zu erziehen" und „Es ist nötig, eine bewaffnete Machtebene zu schaffen!"

Ausgehend von der Fabrik, aber mit einer organisatorischen Verzweigung auch außerhalb, gelang es den Roten Brigaden mit ihrer Aktion gegen die Faschisten folgendes zum Ausdruck zu bringen:

- Welche Haltung man gegen das schwächste, weil ungeschützteste Glied eines der terroristischen Unternehmen einnehmen mußte.
- Welche **politische Untersuchungsmethode** es anzuwenden gilt, wenn man die Herrschafts- und Kontrollinstrumente der Unternehmen neutralisieren und entscheidend treffen will.
- Wie man die konkrete Möglichkeit weitertreibt, in der Fabrik und im Rahmen der Fabrikauseinandersetzungen zu militanten Kampfformen zu greifen. Aus diesem Typ von Aktion ergaben sich grundlegende Folgerungen. Wer die Aktion unterschätzte, der versäumte es, ihre Popularität politisch zu begreifen. Sie war Teil einer breiter angelegten politischen Argumentation. Erstens zeigte sie, daß es eine Avantgarde gibt, die sich von den Ängsten der anderen nicht zurückhalten läßt. Zweitens machte sie klar, daß diese Avantgarde innerhalb der Bedürfnisse der Klasse agiert, in gewissem Sinn ihr fortgeschrittenster Ausdruck ist. Drittens drückte sie aus, daß ein Ansatz von „Gegenmacht" im Entstehen ist, der sich an der Linie des Angriffs orientiert. Viertens machte sie ein für alle Mal klar, daß die Antwort der Arbeiter im Konflikt (der sich ständig eskaliert) sich aus der Untersuchung und einer Art von Politik ergibt, die sich am bewaffneten Kampf orientiert.

Mit der einfachen Sprache der Tatsachen, jenseits aller verbalen Polemiken, ließ sich so in den Zentren der Linken und vor allem an den **Arbeitsplätzen** ein Urteil über opportunistische Positionen und solche, die ewig abwarten, fällen.

Den politisch qualifizierten Genossen sprang der Unterschied ins Auge zwischen einer Position, die den Massen, und nur den Massen, „revolutionäre Rechte" zugesteht, und Leuten, die – weit entfernt davon, die Massen zu unterschätzen – innerhalb der Massen den Versuch machen, eine treibende Avantgarde aufzubauen. Zwischen Leuten, die hinter dem Ausspruch – „Wir stehen in einer von Kämpfen erfüllten Zeit" – ihre eigene politische Unfähigkeit verbergen, und Leuten, die die revolutionäre Initiative als Anstoß für die Weiterentwicklung der revolutionären Situation betrachten. Zwischen denen schließlich, die jeden „Gewaltakt" ablehnen und sagen, dies sei den Methoden und Problemen der Klasse fremd, und denen, die in der Praxis der revolutionären Gewalt den Kernpunkt einer neuen Avantgarde sehen.

(Zu den Aktionen 1972 und 1973: vgl. das Buch „Arbeiter produzieren die Krise / Gegenmacht als Kampfform – Schriften zum Klassenkampf 41, Trikont-Verlag)

*Kommunique Nr. 2*

Im Laufe des Sonntags, 17. 12. 1973, haben einige Zellen die Autos angegriffen und zerstört von:

**Guicciardiono Guiseppe** – Via Magenta 5 – Simca 1000

Es ist das zweite Mal, daß wir uns mit diesem Faschisten befassen, der ein Freund der Carabinieris ist. Nachdem wir ihn „gewarnt" hatten, indem wir seinen nagelneuen 127er sprengten, hat er sich wieder vor Tor 5 von Rivalta mit Messern und Ketten gezeigt und zusammen mit anderen Räubern einen Delegierten der FLM angegriffen. Das heute ist noch keine „Antwort", sondern ganz einfach eine Einladung, Rivalta zu verlassen.

**Da Soller Ettore** – Via Candiolo 60/30

Mit diesem Werkschutz-Chef – der auch filmerische Ambitionen hat – haben die Arbeiter und Angestellten noch einige Rechnungen zu begleichen. Indem wir seinen 850er zerstört haben, haben wir die Rechnung sicherlich nicht beglichen, aber wir haben ihn daran erinnert, daß es nicht ungestraft bleibt, zu provozieren und Grund zu Entlassungen zu sein, so wie er es am 2. November gemacht hat.

**Cestari Augusto** – Via Cibrario 54

Altes Werkzeug der Faschisten. Aas von einem Werkschutz-Chef, den wir getroffen haben, um alle Schergen seines Schlages daran zu erinnern, daß es sich immer weniger lohnt, sich in diesen Zeiten gegen die Arbeiterklasse zu stellen.

**Crafa Ferdinando** – C.so Torino 23 – Chieri

Erster unter den Streikbrechern der Mechaniker (Werkstatt 76). Dieser schweigige Provokateur der SIDA hat geglaubt, gut versteckt zu sein, indem er eine Wohnung in Turin hat (Via Viriglio 33), aber in Chieri wohnt. Aber wie wir ihn am Donnerstag, 30. Dezember, und am 19. Oktober während der internen Demonstrationen aufgespürt haben, als er während des Streiks die Bänder am Laufen hielt, so haben wir ihn auch am Sonntagmorgen aufgespürt. Indem wir sein „Juwel" (einen 124er) zerstört haben, erinnern wir ihn daran, daß für Bastarde wie ihn in der Fabrik kein Platz ist.

**Orlando Leonardo** – Via Firenze 36 – Rivoli

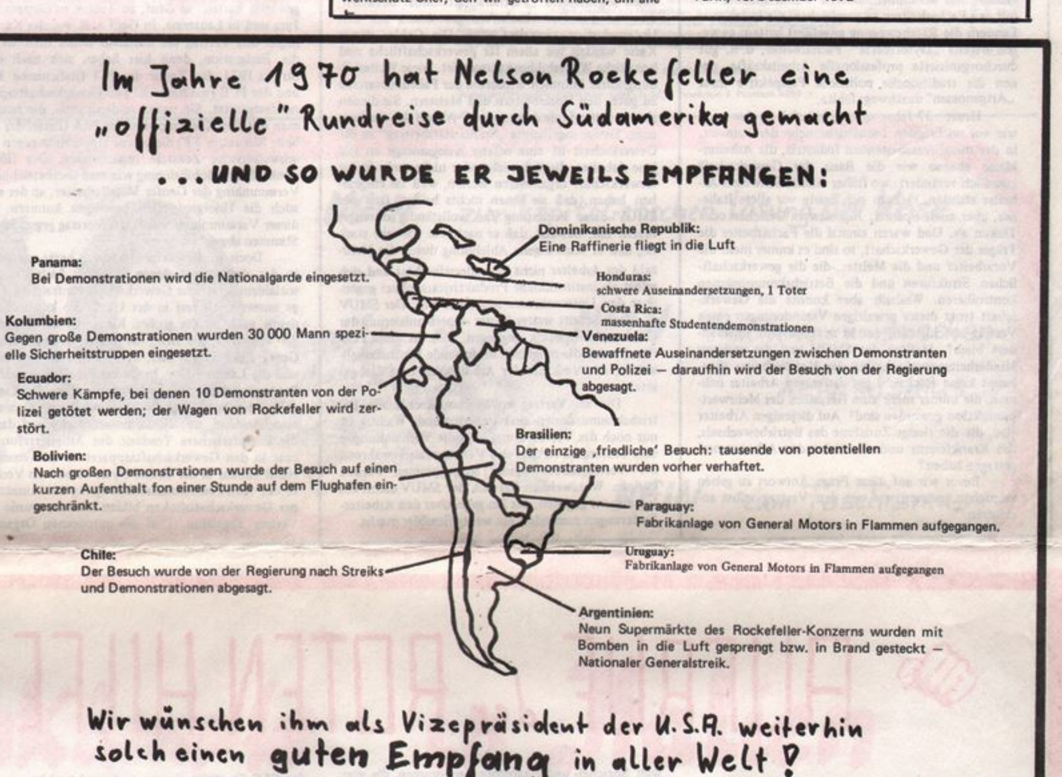
Dieser Streikbrecher hat offenbar nicht den Mut seine politische Position zu bekennen! **Wir** erwähnen sie: er ist Mitglied der SIDA.

Repräsentant der Werkstätten 76-77 in den Komitees.

**Devardo Angelo** – Via S. Georgio Canavese 29

Er ist Mitglieder der internen Kommission der SIDA in Revalta . . . und also ein Sklaven-Spion, wie er im Buch steht!

Turin, 18. Dezember 1972






# Wie lange noch „Arbeitsfrieden"?

## (Zum Schweizer Gesamtarbeitsvertrag)

Seit dem 19. Juli gilt in der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie ein neuer Gesamtarbeitsvertrag, das sogenannte „Abkommen über den Arbeitsfrieden". Dieser Vertrag hat nunmehr eine erschreckend lange Tradition: 1937 zum ersten Mal unterschrieben, wurde er darauffolgend ohne Unterbrechung alle vier Jahre erneuert. Als der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband (SMUV) 1937 zum ersten Mal diese „absolute Friedenspflicht" unterschrieb, institutionalisierte er nun eine lange Zeit fast durchwegs defensiver Arbeiterkämpfe gegen Deflation und Arbeitslosigkeit. Der „Arbeitsfrieden" war das Produkt einer reformistischen Arbeiterbewegung, die in Kombination mit der staatlichen Repression alle Versuche der Arbeiter, offensiv für ihre Bedürfnisse vorzugehen, abblocken konnte. Die damaligen Facharbeiter in der sich eben erst zum dominierenden Industriezweig entwickelnden Metall- und Maschinenindustrie waren nicht mehr mit den Facharbeitern zu vergleichen, die in anderen Ländern die Rätebewegung angeführt hatten: es waren bereits „taylorisierte" Facharbeiter, d. h. gut durchorganisierte professionelle Arbeitskräfte, denen die traditionelle politische Perspektive ihrer „Artgenossen" durchwegs fehlte.

Heute: 37 Jahre später, hat sich in der nach wie vor wichtigsten Industriebranche der Schweiz, in der metallverarbeitenden Industrie, die Arbeiterklasse ebenso wie die Basis der Gewerkschaft gründlich verändert: wo früher einmal Schweizer Arbeiter standen, rackern sich heute vor allem Italiener, aber auch Spanier, Jugoslawen, Griechen oder Türken ab. Und waren einmal die Facharbeiter die Träger der Gewerkschaft, so sind es immer mehr die Vorarbeiter und die Meister, die die gewerkschaftlichen Strukturen und die Betriebskommissionen kontrollieren. Weshalb aber konnte die Gewerkschaft trotz dieser gewaltigen Veränderungen einen Vertrag abschließen, der in der Substanz unverändert blieb? Mußten der SMUV und die anderen Minderheitsgewerkschaften der Metallarbeiter überhaupt keine Rücksicht auf diejenigen Arbeiter nehmen, die immer mehr zum Herzstück der Mehrwertproduktion geworden sind? Auf diejenigen Arbeiter also, die die riesige Zunahme des Betriebswechsels, des Krankfeierns und der sinkenden Arbeitsmoral getragen haben?

Bevor wir auf diese Frage Antwort zu geben versuchen, müssen wir uns den Vertrag selbst anschauen.

### Der Vertrag

Als der SMUV im Herbst 1973 die Diskussionen über den Vertrag aufnahm, betonte er, daß er sich vor allem für die Veränderung der Vertragsstruktur einsetzen werde; die materiellen Forderungen stünden erst an zweiter Stelle auf der Rangliste. Die erneuerte Vertragsstruktur sollte den Geltungsbereich des Vertrags vor allem auf die technischen und administrativen Angestellten ausdehnen, die in den letzten Jahren eine immer größere quantitative Bedeutung erhalten haben. Zweitens sollten die gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeiter (mindestens 2/3 aller Arbeiter) der Gewerkschaft tributpflichtig gemacht werden. Die erste Forderung mußte der SMUV fallen lassen, die zweite setzte er fast vollständig durch. Ab sofort müssen deshalb alle Unorganisierten einen jährlichen Beitrag von 84 Fr. in einen sogenannten „Partnerschaftsfonds" bezahlen, der von den Gewerkschaften gemeinsam mit den Unternehmern verwaltet wird. Die Gelder dieser Kasse werden vor allem für gewerkschaftliche und berufliche Weiterbildung verwendet. Diese Weiterbildungskurse kommen wiederum der Fabrikhierarchie zu gute: den Vorarbeitern und Meistern. Sie dienen also in erster Linie dem „guten" Ablauf der Ausbeutung. Dieser sogenannte „Solidaritätsbeitrag" an die Gewerkschaft ist eine offene Kriegsansage an alle jene Arbeiter, die sich nicht oder nicht mehr in der Gewerkschaft organisieren wollen, weil sie eingesehen haben, daß sie ihnen nichts bringt. Daß der SMUV diese Forderung fast vollständig durchgebracht hat, beweist, daß er nach wie vor sehr stark ist, daß er seine eigene Ablehnung durch die Mehrzahl der Arbeiter nicht besonders fürchtet und sich selbst als institutionelle Produktivitätspolizei gegenüber den Unternehmern ausbauen will. Der SMUV ist einen Schritt weiter in der Amerikanisierung der Gewerkschaftspolitik gegangen, d. h. in einer Politik, die sich die möglichst umfassende Institutionalisierung des Verkaufs der Arbeitskraft zum Ziel gesetzt hat.

Die im Vertrag erweiterten Rechte der Betriebskommissionen sind unbedeutend. Wichtig ist nur noch die Vereinbarung, daß die Verhandlungen über bestimmte Artikel des Vertrages auch während der Vertragsdauer wieder aufgenommen werden können. Wohlweislich hat sich der SMUV damit ein Instrument gegeben, das ihn gegenüber den Arbeiterforderungen zumindest ein wenig flexibler macht.

Und die materiellen Verbesserungen: Die einzige wirkliche Verbesserung bringt der Vertrag nur durch die Einführung des 13. Monatslohns (1974: 60 %, 1975: 80 %, 1976: 100 %). Die eigentlichen Lohnverhandlungen bleiben weiterhin auf Betriebsebene isoliert, d. h. in den Händen untätiger Betriebskommissionen. Über die Arbeitszeit wurde gar nicht diskutiert, es bleibt weiterhin bei der 44-Stundenwoche und nur die alten Arbeiter erhalten mehr Ferien. Die sehr magere Vereinbarung über die Betriebsschließungen garantiert in Wirklichkeit auch nicht viel.

Ein Vertrag also, der die Gewerkschaft stärkt und den Arbeitern nichts bringt.

### Wie konnte dieser Vertrag durchkommen?

Und trotzdem wurde der Vertrag auf schweizerischer Ebene mit großer Mehrheit angenommen. Mit allerdings noch größerer Mehrheit wurde er in all jenen Situationen abgelehnt, in denen die Arbeiter in der letzten Jahren offenere Kampfformen angewandt hatten: in Genf, im Tessin, in Chippis, im Jura und in Lausanne. In Genf z. B. war der Kampf gegen den Vertrag ein durchaus neues Erlebnis für die Emigration, denn hier haben sich nach den Streiks 1971 die Kader der PCI (italienische KP) und der PCE (spanische KP) im Gewerkschaftsapparat festgesetzt. Sie waren es denn auch, die zusammen mit den Kommunisten der PdA (Partei der Arbeit; Schweizer KP) die offene Opposition gegen die schweizerische Zentrale organisierten. Der Höhepunkt dieser Mobilisierung war eine überbetriebliche Versammlung der Genfer Metallarbeiter, an der sich auch die Unorganisierten beteiligen konnten. An dieser Versammlung wurde der Vertrag gegen 20 Ja-Stimmen abgelehnt.

Doch in den übrigen, und das heißt vor allem in der deutsch-sprachigen, Schweiz hielt die alte sozialdemokratische Gewerkschaftszentrale die Dinge immer noch fest in der Hand. Sie kontrollierte damit auch all die großen Konzerne der Branche: die Von Roll, die BBC, die Sulzer, den Saurer, die Georg Fischer, die SIG, den Bührle, die Schindler und die Landis + Gyr. In diesen Fabriken waren die Bewegungen der letzten Jahre, vor allem der Kampf gegen die betrieblichen Pensionskassen, zu wenig einschneidend, um die kommunistische und damit die kämpferische Tendenz des Arbeiterreformismus in den Gewerkschaftsapparat zu schwemmen. Nicht einmal in der Escher-Nyss, wo sich im Verlaufe der Anti-Pensionskassenbewegung ein Ansatz einer Gewerkschaftslinken bilden konnte, wurde der Vertrag abgelehnt. Und die autonomen Organisationsansätze schafften es ebenfalls nicht, die Situation ausreichend zu beeinflussen, so daß sich in der Folge auch die Gewerkschaftspolitik verändert hätte.

In diesen Regionen blieb der Arbeiterkampf auf der Ebene der tagtäglichen Auseinandersetzungen mit der Hierarchie in der Fabrik stecken. Die Auseinandersetzungen blieben auf Abteilungsebene isoliert, so daß die Gewerkschaft insgesamt keine Rücksicht nehmen mußte. Die hauptsächliche Kampfform ist nach wie vor der Betriebswechsel, der in diesen Jahren stetig zunahm.

Der SMUV konnte z. B. in Betrieben mit mehreren tausend Arbeitern Versammlungen mit kaum 50 Gewerkschaftern organisieren, die dem Vertrag dann haushoch zustimmten, ohne daß sich eine ernsthafte Opposition gegen diese Taktik bemerkbar gemacht hätte. So konnten die Gewerkschaftsbürokraten an der Industriekonferenz dann von großen Mehrheiten in ihren Betrieben berichten und die von den italienischen, spanischen und schweizerischen Kommunisten kontrollierten Gewerkschaftssektionen wurden „erfolgreich" isoliert.

Die Gewerkschaftsentfremdung der jungen Emigranten mit ihren lustlosen Jobs, aber auch vieler dequalifizierter Schweizer, ist damit noch weiter getrieben worden. Doch jene Kräfte in den Fabriken, die die Arbeiterbedürfnisse autonom zu artikulieren vermöchten, haben sich noch nicht ausreichend strukturiert, um die das Bedürfnis nach Kämpfen umzusetzen. Und von den vielen externen politischen Gruppen, die seit 1969 von außen in die Fabriken intervenieren, sind die Arbeiter sowieso endgültig desillusioniert, als daß sie noch eine reale Kraft darzustellen vermöchten.

Wir befinden uns deshalb in einer sehr schwierigen Übergangsphase, die heute nur noch durch die interne Strukturierung der autonomen Fabrikavantgarden überwunden werden kann. Diese Fabrikavantgarden sind sehr wohl vorhanden, aber zumeist völlig isoliert voneinander. Und die Wiederaufnahme autonomer Arbeiterinitiativen wird auch dadurch erschwert, daß die Unternehmer das „politische Loch" in der Kontrolle über die Arbeiter sehr wohl zu interpretieren wußten, und in der letzten Zeit ihre „Betriebssicherheitssysteme" enorm ausgebaut haben. Denn so stark sich die Gewerkschaft auf überbetrieblicher Ebene auch repräsentieren kann, so schwach ist sie in Wirklichkeit auf Abteilungsebene. Und dies ist eine Konfliktebene, wo die Fremdenpolizei allein nicht mehr ausreicht.

Einige Genossen des „Klassenkampf"

# AUFRUF der ROTEN HILFE

Es gibt ungefähr einhundert politische Gefangene in der Bundesrepublik und Westberlin.

Es sind Angehörige der Roten Armee Fraktion und vergleichbarer Gruppen. Sie haben ihr politisches Engagement, den Kampf gegen den Vietnamkrieg und andere Verbrechen der USA und der mit ihnen verbündeten Staaten praktisch gemacht.

Mitte 1972 wurden die meisten Angehörigen dieser Gruppen verhaftet. Der Vietnamkrieg ist seitdem beendet; überall in der Welt ist bekannt, daß in diesem Krieg von amerikanischer Seite, mit Hilfe der befreundeten Staaten wie der BRD, Kriegsverbrechen und Massaker begangen wurden, die nur mit der Naziherrschaft zu vergleichen sind.

Die Angehörigen der Roten Armee Fraktion sind seit über zwei Jahren in Haft. Die Bedingungen dieser Haft können nur als unmenschlich bezeichnet werden. Über Jahre hinaus wurden diese Personen einer totalen – akustischen, optischen, sozialen – Isolation unterworfen. Dabei traten und treten immer mehr gesundheitliche Schäden auf. Katharina Hammerschmidt wurde erst aus dem Gefängnis entlassen, als ein Krebsgeschwulst nicht mehr zu verheimlichen war. Astrid Proll, die man auf Grund von Lügen des versuchten Mordes beschuldigt hatte, mußte als haft- und verhandlungsunfähig entlassen werden. Am 9. April 1974 brach der politische Gefangene Klaus Jünschke an einem Kreislaufkollaps zusammen.

Wolfgang Grundmann hat seit ca. einem Jahr eine schmerzhafte Kiefergelenkentzündung. Die Krankheit hatte inzwischen auch die Augen und das Gehör in Mitleidenschaft gezogen. Eine sofortige Behandlung in der Universitätsklinik ist bisher vom zuständigen Richter abgelehnt worden.

Die Hauterkrankung bei Gerhart Müller und die Augenerkrankung bei Irmgard Möller sind durch folterähnlichen Schlafentzug (nachts stündliches An- und Ausschalten des Lichts bei gleichzeitigem starken Lärmen) verschärft worden.

Bei u. a. Helmut Pohl, Christa Eckes, Wolfgang Beer wurden von Ärzten unter Anwendung von Gewalt Speichel- und Haarproben genommen, die von der Justiz zu Ermittlungszwecken benutzt werden. Carmen Roll wurde zwecks Abnahme von Fingerabdrücken in hohem Erregungszustand mit Äther zwangsnarkotisiert. An Ulrike Meinhof sollte gegen ihren Willen eine Gehirnuntersuchung vorgenommen werden. Die verantwortlichen Gefängnisärzte wie z. B. Dr. Degenhardt in Schwalmstadt und Dr. Meintzner, Berlin, haben bei den Zwangsmaßnahmen tatkräftig Beihilfe geleistet, wobei sie vor folterähnlichen Maßnahmen nicht zurückschreckten. Die Gefängnisärzte stellen sich mit der Verhinderung der ärztlichen Behandlung hinter die Interessen der Justiz und Verfolgungsbehörden, sie beteiligen sich aktiv an den Ermittlungen.

Die Verteidiger der Angehörigen der Roten Armee Fraktion werden in ihrer Arbeit durch Beschlüsse des Bundesgerichtshofs immer wieder entscheidend behindert. Sie werden beim Besuch der Gefangenen in einer menschenunwürdigen Weise durchsucht, man versucht rechtswidrig, ihren Ausschluß vom Verfahren zu bewerkstelligen (so z. B. bei Otto Schilly, Berlin, und Jörg Lang, Stuttgart). Man beschuldigt sie auf Grund von haltlosen Verdächtigungen der Mittäterschaft bei militanten Aktionen der RAF – weil sie sich, wie das jeder Anwalt tun sollte, im Rahmen der Gesetze vorbehaltlos für ihre Mandanten einsetzten.

Wie sich jetzt herausgestellt hat, versucht besonders das Bundeskriminalamt, das Verfahren gegen den sog. „harten Kern" der Roten Armee Fraktion in unglaublicher Weise zu beeinflussen. So benannte das Bundesamt für Verfassungsschutz nur einen einzigen Zeugen im Prozeß gegen Astrid Proll, obwohl sich zur behaupteten Tatzeit am behaupteten Tatort über dreißig Verfassungsschützer aufhielten.

Von ingesamt 1803 Aktenordnern, die sich beim Bundeskriminalamt zum Komplex Rote Armee Fraktion bzw. Baader/Meinhof Gruppe befinden, sind dem Gericht bis heute nur ganze 134 Ordner ausgehändigt worden. Sämtliche natürlich mit belastendem Material.

Dr. Printzing, der Vorsitzende des 2. Strafsenats des OLG Stuttgart, war auch das noch nicht genug: mit der Begründung „. . . die bisher einschlägigen Erfahrungen legen es nahe. . ." schloß er fünf Anwälte, denen die Gefangenen das Mandat erteilt hatten, aus und beauftragte stattdessen fünf Anwälte seiner Wahl und seines Vertrauens mit der „Verteidigung".

Für das nächste Jahr ist der Hauptprozeß gegen die Rote Armee Fraktion geplant. Die öffentliche Hetze wurde im wesentlichen durchgeführt von den Zeitungen des Konzerns von Axel Springer. Sie hat ihren Ursprung im Bundeskriminalamt und der Bundessicherungsgruppe Bonn – die beide schon heute des bewußten Meineids beschuldigt werden können. Siegfried Buback, der heutige Generalbundesanwalt, hatte schon wenige Wochen nach der Verhaftung der prominenten RAF-Mitglieder öffentlich die Überzeugung geäußert, daß das Urteil für Andreas Baader und Ulrike Meinhof nur lebenslänglich lauten könne (FAZ, 14. Juni 1972).

Um diese Hetze zu rechtfertigen, wird in Stuttgart-Stammheim ein Prozeßgebäude errichtet, das 12 Millionen Mark kosten wird. Es handelt sich um eine Polizeifestung, die von vornherein die Gemeingefährlichkeit der Angeklagten als feststehend betrachtet; in diesem Gebäude wird ein juristisch erst zu findender Schuldspruch vorweggenommen. Auch für den Bau dieses Sondergerichts zeichnet Dr. Printzing verantwortlich.

Verantwortlich für die Maßnahmen gegen die politischen Gefangenen waren bisher der ehemalige Innenminister Genscher und seine Gefolgschaft im dritten Strafsenat des BGH: Mayer, Wiefels, Schubart, Kraut, Neifer, Pickardt, Woesner. Jetzt sind es Bundesinnenminister Maihofer, Dr. Maul, Untersuchungsrichter z. Z. Stuttgart, Hoffstr. 10 und Printzing, OLG Stuttgart, 2. Strafsenat. Genscher insbesondere hat auch die drei polizeilichen Morde an drei mutmaßlichen Mitgliedern der RAF öffentlich gerechtfertigt. Alle politischen Fälle, so auch die KPD-Verfolgung in den 50er Jahren wurden allein vom dritten Strafsenat des BGH behandelt – das widerlegt schlagend die Behauptung, es gebe weder politische Gefangene noch politische Prozesse in der BRD. Von den politischen Gefangenen und ihren Anwälten wurde immer wieder die Forderung erhoben „Gleichstellung mit den übrigen Gefangenen". Was diese Gleichstellung bedeutet, läßt sich jetzt u. a. an den aufgedeckten Morden und Mordversuchen der Justizvollzugsanstalt Mannheim ablesen. Selbst eine solche „Gleichstellung" wurde verweigert.

Es ist damit zu rechnen, daß zumindest ein Teil der Gefangenen bei Beginn der Prozesse weder haft- noch verhandlungsfähig ist. Da die Untersuchungshaft heute schon mehrfach die gesetzlich vorgesehene Dauer von sechs Monaten überschritten hat, kann nur die sofortige Haftentlassung aller Beschuldigten die rechtlich zu verantwortende Maßnahme sein. Dasselbe gilt für bereits Verurteilte wie z. B. Horst Mahler, in dessen Prozeß offensichtlich bezahlte Zeugen den Ausschlag gaben.

Alle Demokraten, Sozialisten und Antifaschisten müssen in der Behandlung der Angehörigen der Roten Armee Fraktion das Stück Faschismus, Folter und Willkür sehen, das tatsächlich hier enthalten ist. Es ist absurd, gegen den Faschismus in Chile zu protestieren, wenn faschistische Tendenzen, die im Strafvollzug und in der Justiz ihren Ausdruck finden, nicht hier auf einer breiten Ebene bekämpft werden. Was in den letzten zwei oder drei Jahren hier geschehen ist, der Versuch der physischen, psychischen und juristischen Vernichtung von Menschen, kann nur durch die sofortige Einstellung aller Verfahren und die Aufhebung der bisherigen Urteile wieder gut gemacht werden.

*Freilassung für alle politischen Gefangenen!*
*Allgemeine Amnestie für alle übrigen Gefangenen!*

Rote Hilfe

Postadresse: 6 Frankfurt/M., Unterlindau 74

Bankkonto: Dresdener Bank, Frankfurt/M., Nr. 4 116 604